Der lange Weg

Mattersdorfs zu Österreich

Die Folgen

Nr. 29. Erscheint Jeden Donnerstag. Wien, 20. Juli 1922. Abonnements durch jede Buchhandlung und Postamt. XLI. Jahrg.

Der erste burgenländische Landtag.

Die feierliche Konstituierung des Landtages unter dem Präsidium des Abgeordneten Josef Wimmer, Vizepräsidenten Rudolf Bruckmann und Dr. Josef Wagast, Schriftführer Pfarrer Michael Dangl und Frau Rosa Zull, in Anwesenheit der als Ehrengäste anwesenden Mitglieder der Bundesregierung Präsident Dr. Hainisch, Bundeskanzler Dr. Seipel (beide sitzend rechts) und Vizekanzler Dr. Frank (stehend rechts) im Saale der Militär-Oberrealschule in Eisenstadt.

Nach einer photographischen Spezialaufnahme für das „Interessante Blatt" von Robert Forstner.

Anna Benedek, Georg Luif

Vorwort

Am 10 September 1919 war mit dem Vertrag von Saint-Germain bei den Pariser Friedensverhandlungen besiegelt worden, dass dem neuen Staat Österreich westliche Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg zugesprochen werden; am 4. Juni 1920 musste Ungarn mit dem Vertrag von Trianon zähneknirschend neben anderen auch diesem Gebietsverlust zustimmen.

Mit der Geburtsstunde des neuen österreichischen Bundeslandes mit dem Namen Burgenland entstanden für Bund und Land neue zu bewältigende Aufgaben. Damit beschäftigt sich der vierte Teile unserer Ausstellung „Der lange Weg Mattersdorfs zu Österreich“ im 70er Haus der Geschichten. Der erste Teil war dem Hianzenland gewidmet; so wurde der Landstrich Deutsch-Westungarn benannt, der ab 1921 zum Burgenland wurde. Der zweite Teil beschrieb die Kämpfe um die Besitznahme 1921 und der dritte Teil gab Einblick in die Vertragsverhandlungen in Saint-Germain-en-Laye und Trianon 1920 und deren unmittelbaren politischen Reaktionen.

Die Folgen nach der Grenzziehung für das Burgenland sind Inhalt unserer diesjährigen Ausstellung. Der neue Landstrich war aus Teilen von drei vorher eigenständig verwalteten ungarischen Komitaten hervorgegangen, die von Agrarwirtschaft geprägt waren. Bund und Land mussten sich großen Herausforderungen für Verwaltung, Infrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung, Schulwesen und kulturelle Identität stellen. Durch die Abstimmung im Dezember 1921 war Ödenburg als Hauptstadt verloren gegangen. Die Ausstellung widmet sich ausführlich der langjährigen Auseinandersetzung um den Regierungssitz des Landes. Ein Teil der Ausstellung gibt Einblick in die Politlandschaft der ersten Jahre nach der Geburtsstunde des Burgenlands.

Wie immer haben wir eine begleitende Broschüre mit zahlreichen Abbildungen zu all diesen Themen zum Nachlesen verfasst.

Im nächsten Jahr(en) werden wir uns mit den weiteren Entwicklungen des jüngsten Bundeslandes Österreichs bis zum Zweiten Weltkrieg und nach 1945 bis heute beschäftigen.

Mattersburg, September 2022.

Das 70er Haus der Geschichten veröffentlicht zu seinen Ausstellungen begleitendes schriftliches Material. Dies dient einerseits als Dokumentation und andrerseits zum Nachlesen.

Das „70er Haus der Geschichten“ in Mattersburg, Hinterg.70 ist Informationsstelle, Archiv, Kontakt- und Ansprechort für diejenigen, die die Vergangenheit erforschen und daraus Fragen für die Zukunft stellen.

Impressum:

Herausgeber und Verantwortlicher:

Dr. Georg Luif, Hinterg. 70, 7210 Mattersburg.

Druck:

online Druck GmbH, Brown-Boveri-Straße 8, 2351 Wr. Neudorf

Mattersburg, September 2022

Mattersburg

Kulturland Burgenland

Inhalt

Hauptstadtfrage 5
- Ein Land ohne Hauptstadt
- Ödenburg bleibt bei Ungarn – was nun?
- Nachspiel

Schaffung eines Verwaltungsgebietes 15
- Landeswappen und -farben
- Feldzeichenweihe in Mattersburg
- Anpassung der Gesetze und Rechtsangleichung

Revisionspolitik Ungarns 19

Demokratische Wegfindung 21
- Drei politische Lager beherrschen die Politlandschaft

Neuausrichtung der Infrastruktur 27
- Bahnverbindungen nach Österreich
- Verkehrssituation im Lichte des Friedensvertrages
- Elektrifizierung

Wirtschaftliche Umorientierung 33
- Agrarstruktur als Herausforderung
- Vorteile aus Grenzlage
- Strukturverbesserung durch Auswanderung
- Gewerbliche Kleinbetriebe
- Schwach entwickelte Industrie
- Gewerbebetriebe
- Zuckerindustrie braucht Zuckerrübe
- Gewerbegenossenschaften
- Kredit- und Bankwesen

Bäder, Burgen, Sommerfrischen 44

Aufbau des Schulwesens 47

Angleichung des Sozialwesens 50
- Organisation der Arbeiter

Kultureller Neubeginn 53
- Aufbau von kulturellen Institutionen
- Theater mit Laiendarstellern
- Nationaler Kampf um Franz Liszt

Anhang 58
- Charakterisierung des Burgenländers
- Wie Eisenstadt die Hauptstadt des Burgenlandes wurde
- Hauptstadtfrage im Gemeinderat

Hauptstadtfrage

Ein Land ohne Hauptstadt

Im Vertrag von Saint-Germain, am 10. September 1919 von Staatskanzler Karl Renner unterzeichnet, wurden dem neuen Staat Österreich westliche Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg zugeordnet. Am 4. Juni 1920 unterzeichnete die ungarische Delegation im Schloss Trianon mit Zähneknirschen den Friedensvertrag, in dem unter anderem die Übergabe Teile Westungarns an Österreich bekräftigt wurde. Darin war auch Sopron/Ödenburg einbezogen. Sie empfanden ihn jedoch als Schmach und Schande. In einem Verfassungsgesetz der Republik Österreich vom 1. Oktober 1920 war Deutsch-Westungarn als ein eigenes Bundesland mit dem Namen Burgenland erklärt worden.

Komitatshaus Ödenburg

Neukloster bei Wiener Neustadt

Der Vertrag von Trianon trat am 16. Juli 1921 in Kraft. Die Übergabe wurde für den 27. August 1921 festgelegt. Die Landnahme scheiterte zwei Mal. Freischärler organisierten sich, um die Übergabe Burgenlands an Österreich zu verhindern. Im August 1921 begannen die ersten Kampfhandlungen in Agendorf.

Bereits am 25. Mai 1919 war im Staatsamt für Inneres und Unterricht in Wien eine interministerielle Kommission gebildet worden, die Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns hieß. Mit dem „ersten Burgenlandgesetz“ vom 25. Jänner 1921 wurde die Verwaltungsstelle für das Burgenland mit zwölf Mitgliedern und sechs Ersatzmitgliedern geschaffen; sie konstituierte sich am 15. März 1921 im Bundesministerium für Inneres in Wien. Den Vorsitz führte der Sektionschef Robert Davy. Er sollte seinen Arbeitsplatz im Komitatshaus Ödenburg beziehen. Dazu kam es wegen der Kampfhandlungenn in Agendorf nicht.

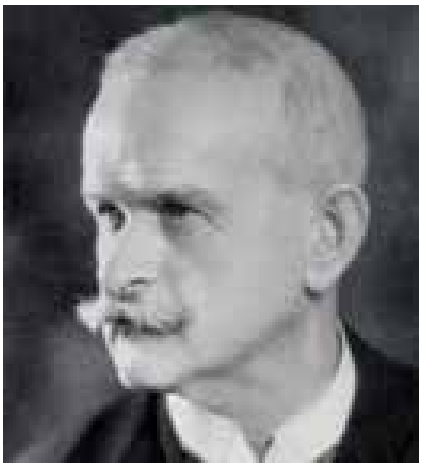
Mit der friedlichen Übergabe der deutsch-westungarischen Gebiete an Österreich war eine Interalliierte Generalskommission betraut, die sich aus 30 Offizieren und deren Gefolge zusammensetzte. Am 17. August 1921 trafen die Militärs in Ödenburg ein und verteilten sich später auf die einrückenden österreichischen Einheiten. Die Landnahme sollte am Sonntag, dem 28. August beginnen, am 29. August sollte die Ostgrenze erreicht und das Burgenland an Sektionschef Davy übergeben sein. Bis 27. August sollte Budapest sein Militär zurückziehen. Die Österreicher würden am Sonntag, den 28. August, bis zu einer vereinbarten Linie nachrücken – in diesem Fall bis Agendorf – und am Montag das ganze Vertragsgebiet, Sopron inklusive, besetzen.

Die Interalliierte Generalkommission, welche im Auftrag der Pariser Botschafterkonferenz der Entente in Ödenburg die Übergabe vermitteln und überwachen sollte, erlaubte nur der Gendarmerie und der Zollwache den Grenzübertritt. Ein Einmarsch des Bundesheeres im Falle des Widerstands seitens Ungarn gegen die Landnahme war nicht erlaubt. Die aus 30 Offizieren bestehende Interalliierte Kommission sollte dafür sorgen, dass der Landesverwalter Robert Davy am 29. August, begleitet von Gendarmen, seine Arbeit im Ödenburger Komitatshaus antreten konnte. Jedoch wurde er von ungarischen Banden bei Agendorf am Grenzübergang festgehalten. Als er schließlich durchgelassen wurde, kam es zum Schusswechsel. Ein wild gewordener Freischärler, László Baracsi, schoss um sich und wurde von einer Kugel der Gendarmen tödlich getroffen.

Davy schlug sein Quartier noch am selben Tag in Mattersdorf auf. Aber auch von dort musste er bald wegen Kampfhandlun-

Freischärler in der Umgebung von Mattersdorf

Dr. Robert Henry Louis Davy



Dr.Alfred Rausnitz, Polizeikommandant, Landesverwalter und Landeshauptmann

gen weichen. Statt, wie vorgesehen, in Ödenburg schlug Davy nun sein Büro im Neukloster bei Wiener Neustadt auf.

Nachdem aber in Neukloster zu wenig geeignete Räumlichkeiten für die Ämter und Beamten zur Verfügung standen, wurde der Sitz der Landesverwaltung provisorisch nach Sauerbrunn verlegt, wo ausreichend Gebäude geboten waren. Schon ab der zweiten Sitzung führte der Sektionschef Dr. Robert Davy den Vorsitz. Insgesamt fanden jedoch nur vier Sitzungen statt, da sich die Verwaltungsstelle in dieser Form als sehr schwerfällig erwies. Es zeigte sich außerdem, dass man wenig Ahnung von den Verhältnissen in Westungarn hatte. Die Zusammenarbeit mit Davy war konfliktbeladen, da er auf die Wünsche und Vorschläge der Parteienvertreter nicht einging. Die Gegensätze hatten zur Folge, dass Davy am 16. Jänner 1922 zurücktrat. Bundeskanzler Schober ernannte Dr. Alfred Rausnitz, Polizeikommandant von Wr. Neustadt, zu Davys Nachfolger, obwohl alle drei burgenländischen Parteien Hofrat Josef Rauhofer, einen gebürtigen Mattersburger, favorisierten. Rausnitz wurde später Landeshauptmann.

Mit der ersten Landtagswahl vom 18. Juni 1922 und der Einrichtung einer geordneten Landesverwaltung endete die Aufgabe der Verwaltungsstelle.

„Im Eisenstädter Landhaus hängt das Ölporträt von Davy in der Landeshauptmännergalerie im Wandelgang vor dem Sitzungssaal. Das Burgenland erinnert sich an ihn als seinen ersten Landeshauptmann. Davy war der Sohn eines schottischen Eisenbahningenieurs. Seine Mutter, eine geborene Bensemann, entstammte einer jüdischen Berliner Familie. Wenn stimmt, dass Jude ist, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde, dann war der erste Landeshauptmann des Burgenlandes Jude. ... Im April 1924 verstarb Davy. Sein Enkel kam erst im Dezember dieses Jahres zur Welt. …. Walter Davy war ja der Schremser, der Dezernatsleiter mit der Krücke, der dem Major Kottan zur Hand gegangen ist mit seinem trockenen Schmäh.“

(Zitat aus dem Standard ALBUM - Artikel von Wolfgang Weisgram, 12.9.2021)

Bad Sauerbrunn : Große Villa Bank [1922-30 provisorischer Sitz der Landesverwaltung] Verlag: Ludwig Bräuer, Sauerbrunn 1924 SW-Ansichtskarte, gelaufen Poststempel: 29.VI.27 (Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Fotosammlung)

Ödenburg bleibt bei Ungarn – was nun?

Auf Grund der ständigen Unruhen gegen die Landnahme kam es schließlich durch Vermittlung Italiens zu Verhandlungen in Venedig zwischen Österreich und Ungarn, wo am 13. Oktober 1921 das Venediger Protokoll unterzeichnet wurde. Darin wurde festgelegt, dass eine Volksabstimmung über den Verbleib von Ödenburg/Sopron entscheiden soll. Sie fand von 14. bis 16. Dezember 1921 statt. Nach Druck auf die Bevölkerung und Aktionen der Ungarn wurde mit 65% für den Verbleib der Stadt bei Ungarn votiert.

Für das neue entstandene Burgenland war Ödenburg die natürliche Hauptstadt. Mit der Abstimmung wurde dies verunmöglicht. Somit war das Burgenland ein aus Teilen früherer ungarischer Komitate zusammengesetztes Land ohne kulturelle, politische und wirtschaftliche Identität und ohne Zentrum.Es dauerte mehr als drei Jahre, bis die Hauptstadtfrage entschieden war. Am 15. Jänner 1926 wurde die Landesverfassung verabschiedet, in der zu lesen ist: „Der Sitz der Landesregierung ist Eisenstadt". Damals wurde der Terminus Landeshauptstadt gemieden, weil das Land noch immer die Hoffnung hatte, dass Ödenburg doch noch Hauptstadt werden könnte. Erst 55 Jahre später heißt es in der Landesverfassung vom 14. September 1981 „Landeshauptstadt und Sitz des Landtages und der Landessregierung ist Eisenstadt".

Was geschah zur Hauptstadtfrage von 1921 bis 1925?

Eine Hauptstadt, das Zentrum für Verwaltung und Repräsentation, muss eine geeignete geographische Lage, verkehrstechnisch zweckmäßig ausgestattet sein, Infrastruktur und entsprechende Gebäude für die Verwaltungsämter, angemessene Unterkünfte für die Beamten und Angestellten, kulturelle Anziehungspunkte, Nähe zu wirtschaftlichen Zentren und Schulen haben. Das neue Burgenland hatte keine Städte, selbst die größeren Orte waren agrarisch geprägt.

Damals wurde kurze Zeit überlegt, das Bundesland zu teilen. Das nördliche Burgenland könnte zu Niederösterreich kommen und der südliche Teil der Steiermark zugeordnet werden. Am 8. Jänner 1922 war es sogar in Mattersburg zu einer Arbeiterversammlung gekommen, in der der Anschluss des nördlichen Burgenlandes an Niederösterreich gefordert wurde. Jedoch setzten sich im ganzen Land die Verteidiger eines selbständigen Bundeslandes durch. Zunächst wurde diskutiert, ob der Sitz der Landesverwaltung im Neukloster und in der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt angesiedelt werden solle. Es wurde jedoch entschieden, die Verwaltung im eigenen Bundesland aufzubauen. Sauerbrunn war der einzige Ort, wo Platz in den nach dem Krieg leerstehenden Pensionen für die Ämter vorhanden war. Die günstige Bahnverbindung zu Wiener Neustadt sprach auch für den Ort. Im Dezember 1921 wurden die ersten Ämter in Sauerbrunn installiert. Ab 5. März 1922 befand sich die Landesverwaltung unter Leitung von Dr. Alfred Rausnitz in Sauerbrunn.

Jedoch stand in Sauerbrunn kein Sitzungssaal für die 33 Landtagsabgeordneten der ersten Landtagssitzung am 15. Juli 1922 zur Verfügung, sie musste nach Eisenstadt in die ehemalige k.u.k. Oberrealschule (später Martinskaserne) verlegt werden. Damit begann ein Tauziehen um die endgültige Hauptstadt des Landes.

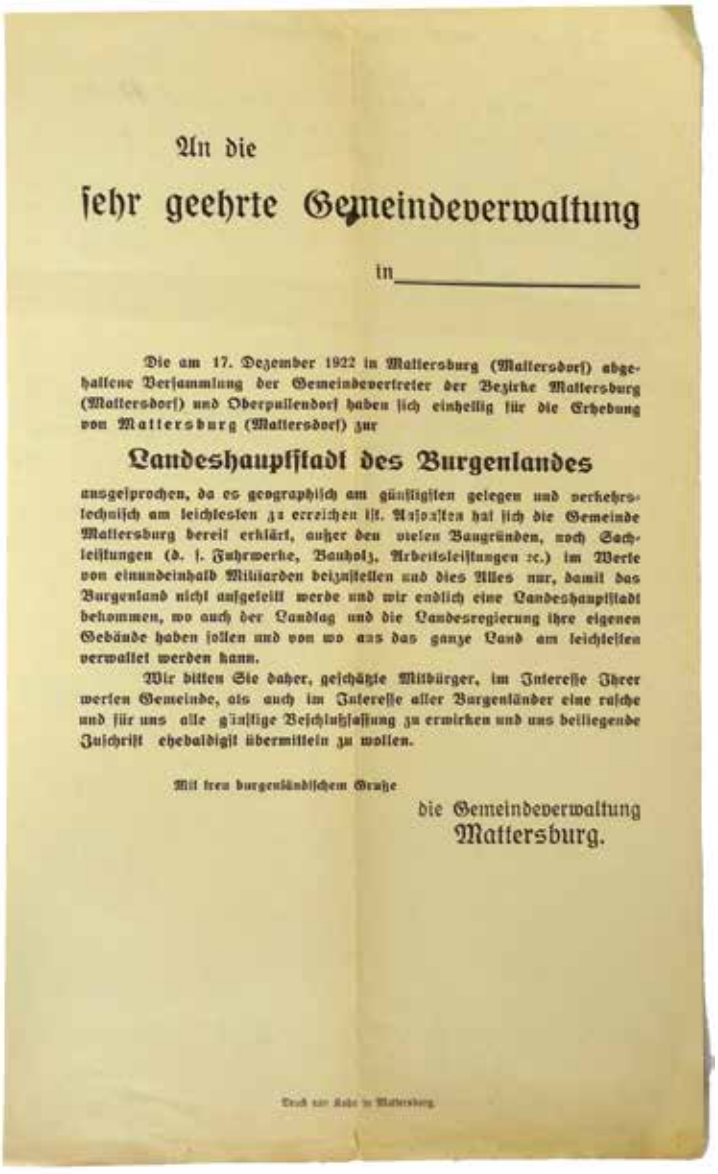
Auf der Landtagssitzung am 12. Oktober 1922 stellten die Landtagsabgeordneten der CsP, der SdAP und des Burgenländischen Bauernbunds einen Dringlichkeitsantrag an die Landesregierung, mit „jenen Gemeinden, die infolge ihrer geographischen Lage in Frage kämen, Verhandlungen über die Unterbringung der für die Landesverwaltung vorgesehenen Ämter und Beamten, sowie des Landtages und seiner Nebenräume einzuleiten und dem Landtag sodann die geeignetste Gemeinde unverzüglich in Vorschlag zu bringen." (Stenographisches Protokoll des burgenländischen Landtages am 12. Oktober 1922). Der in derselben Sitzung ebenfalls eingebrachte Antrag der Großdeutschen Volkspartei, die Freistadt Eisenstadt zur provisorischen Hauptstadt zu erheben und den Sitz der Landesregierung nach Sauerbrunn zu verlegen, wurde vom Landtag abgelehnt. Adalbert Wolf trat für eine rasche Entscheidung für Eisenstadt als Landeshautstadt ein. Es wurde auch über die Möglichkeit debattiert, Sauerbrunn und Mattersdorf gemeinsam für die Unterbringung der Landesregierung und des Landtags zu bestimmen.

Eisenstadt : „Eisenstadt muss Hauptstadt werden!", Demonstration durch die Hauptstraße, angeführt von Bürgermeister Ämilian Necessany, 3. Juli 1923 (Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Fotosammlung)

Villa Bank in Sauerbrunn: Hauptgebäude der Landeregierung

Mattersburg (Mattersdorf) Einwohner 1923: 4.520

Am 9. Dezember 1922 wurde im Mattersdorfer Gemeinderat die Thematik „Verlegung des Sitzes der Landesregierung nach Mattersdorf“ behandelt. Michael Koch, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter beantragte „eine Besprechung aller Gemeindevertreter und Abgeordneten aus den Bezirken Mattersdorf und Oberpullendorf für den 17. Dezember 1922 einzuberufen.“ Die „Erhebung der Gemeinde Mattersdorf zur Landeshauptstadt und der Bau von Regierungsgebäuden“ wurden bei dieser Versammlung in Mattersdorf im Hotel Steiger beraten. Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser gab Richtlinien für die Diskussion vor, die dann aber recht hitzig wurde.



An die

sehr geehrte Gemeindeverwaltung

in_____

Die am 17. Dezember 1922 in Mattersburg (Mattersdorf) abgehaltene Versammlung der Gemeindevertreter der Bezirke Mattersburg (Mattersdorf) und Oberpullendorf haben sich einhellig für die Erhebung von Mattersburg (Mattersdorf) zur

Landeshauptstadt des Burgenlandes

ausgesprochen, da es geographisch am günstigsten gelegen und verkehrstechnisch am leichtesten zu erreichen ist. Außerdem hat sich die Gemeinde Mattersburg bereit erklärt, außer den vielen Baugründen, noch Sachleistungen (d. i. Fuhrwerke, Bauholz, Arbeitsleistungen etc.) im Werte von einundeinhalb Milliarden beizustellen und dies Alles nur, damit das Burgenland nicht aufgeteilt werde und wir endlich eine Landeshauptstadt bekommen, wo auch der Landtag und die Landesregierung ihre eigenen Gebäude haben sollen und von wo aus das ganze Land am leichtesten verwaltet werden kann.

Wir bitten Sie daher, geschätzte Mitbürger, im Interesse Ihrer werten Gemeinde, als auch im Interesse aller Burgenländer eine rasche und für uns alle günstige Beschlußfassung zu erwirken und uns beiliegende Zuschrift ehebaldigst übermitteln zu wollen.

Mit treu burgenländischem Gruße

die Gemeindeverwaltung
Mattersburg.

Druck von Kuhn in Mattersburg.

Aufrufs zur Unterstützung von Mattersburg 1922 (statt Mattersdorf steht bereits Mattersburg

Michael Koch (CsP) betonte die Vorteile von Mattersdorf. Der Ort sei geographisch günstig gelegen und verkehrstechnisch am besten geeignet. Der Ort stelle Baugründe und Sachleistungen mit einem hohen Betrag für die Errichtung der notwendigen Gebäude für den Landtag und die Landesregierung zur Verfügung. Landesrat Ernest Hoffenreich (SdAP) unterstützte den Antrag.

In der Sitzung plädierte Sauerbrunn für den Sitz der Landesregierung und des Landtages in Sauerbunn, Mattersdorf solle alle Nebenämter übernehmen und auf das Prädikat Landeshauptstadt verzichten. Der Vorschlag fand aber kaum Unterstützung.

1922 hatte Mattersdorf beantragt, den Ortsnamen von Mattersdorf auf Mattersburg zu ändern. Daher wurde Mattersburg (Mattersdorf) in die Dokumente geschrieben. Ab 14. Juni 1924 durfte sich der Ort offiziell Mattersburg nennen. 1926 wurde Mattersburg zur Stadt erhoben.

Die Sitzung endete mit einem einstimmigen Ja für die Erhebung Mattersburgs zur Landeshauptstadt. Unmittelbar danach wurde der Beschluss mit einem Aufruf zur Unterstützung an alle Gemeinden des Burgenlandes, mit Ausnahme der Bezirke Eisenstadt und Neusiedl am See, geschickt.

Es traten 51 Gemeindeerklärungen für Mattersburg (Mattersdorf) ein. Die meisten waren ohne jeglichen Zusatz versehen, andere Gemeinden fügten jedoch Bemerkungen oder sogar Einschränkungen an.

Bis 1925 wurde im Landtag und in der Bundesregierung die Hauptstadtfrage diskutiert und geprüft, die Bewerber wurden langsam ungeduldig. Mattersburg wurde nochmals aktiv. Die Gemeinde rief für den 19. April 1925 zu einer Massenversammlung auf, in der eine Resolution zur Hauptstadterhebung verfasst wurde. „Hunderte von Menschen“ (Der Freie Burgenländer vom 15. März 1925) versammelten sich unter Anwesenheit einiger Landes- und Bezirksvertreter.

Es wurde folgende Resolution verabschiedet (aus dem Archiv der Gemeinde Mattersburg):

105
An die
Gemeindeverwaltungskommission
in Mattersburg
(Mattersdorf)

An die
Gemeindeverwaltungskommission
in Mattersburg
(Mattersdorf)

Bei der am 17. Dezember l. J. stattgefundenen Gemeindeverwaltungs… wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, für die Erhebung der Gemeinde Ma… (Mattersdorf) zur Landeshauptstadt für das Burgenland einzutreten und die … willigkeit ausgesprochen, sie in ihrem Vorhaben auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Mattersburg, am 29. Dezember 1922.

Für die Gemeindeverwaltung:

Bei der am 30. Dezember l. J. stattgefundenen Gemeindeverwaltung… wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, für die Erhebung der Gemeinde Ma… (Mattersdorf) zur Landeshauptstadt für das Burgenland einzutreten und die … willigkeit ausgesprochen, sie in ihrem Vorhaben auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Olbendorf, am 30. Dezember 1922.

40
An die
Gemeindeverwaltungskommission
in Mattersburg
(Mattersdorf)

Bei der am … Dezember l. J. stattgefundenen Gemeindeverwaltungssitzung wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, für die Erhebung der Gemeinde Mattersburg (Mattersdorf) zur Landeshauptstadt für das Burgenland einzutreten und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sie in ihrem Vorhaben auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Bocksdorf, am 29. Dezember 1922.

Für die Gemeindeverwaltung:

Verwaltungsmitglied: Verwaltungskommissär:

An
die Gemeindevorstehung
von
Mattersburg.

Auf Ihre Zuschrift hat die Gemeindevertretung von Oberwarth in ihrer Sitzung vom 30. Dezember v.J. einstimmig mit Beschluss die Erhebung von Mattersburg zur Landeshauptstadt verlangt, da es für das südliche Burgenland doch noch am nächsten zu erreichen ist.

Oberwarth, 3. Jänner 1923.

119
An die
Gemeindeverwaltungskommission
in Mattersburg
(Mattersdorf)

Bei der am 29. Dezember l. J. stattgefundenen Gemeindeverwaltungssitzung wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, für die Erhebung der Gemeinde Mattersburg (Mattersdorf) zur Landeshauptstadt für das Burgenland einzutreten und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sie in ihrem Vorhaben auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Schattendorf, am 29. Dezember 1922.

Für die Gemeindeverwaltung:

Verwaltungskommissär:

…gskommission
in Mattersburg
(Mattersdorf)

15 Groschen

Burgenländer

Eisenstadt, 4. April 1925. 5. Jahrgang.

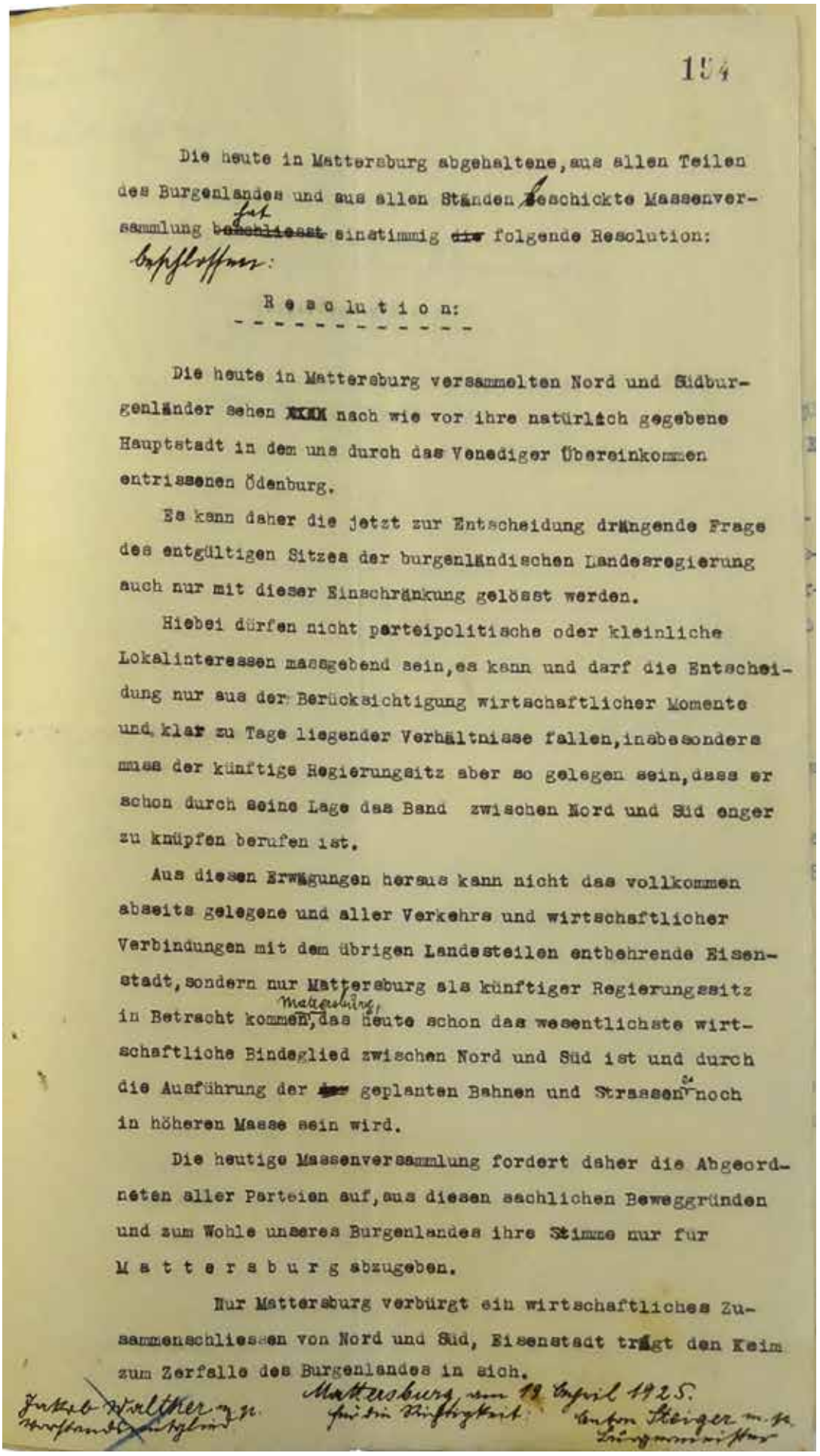
…den für das Burgenland.

…der Lösung. — Eisenstadt, Sauerbrunn oder Mattersburg?

…, die unsere Landes… …ann Rauhofer, seit … Geld für das Burgen… …m Ringen endlich ein …r nämlich von unter… …Burgenland vom Bunde …hs Milliarden Kronen …n, endlich ernstlich an …ranzutreten.

… der Landtag voraus… …ates April zusammen… …h mit der Hauptstadt… …dendes Stadium tritt, zu befassen haben. Allerdings ist dies davon abhängig, ob es gelingt, eine Zweidrittelmehrheit, die zur Lösung dieser für das Land und seinen Weiterbestand so wichtigen Frage notwendig ist, zustandezubringen, was nicht so leicht sein wird, trotzdem den einzelnen Abgeordneten von ihren Klubs die Abstimmung freigegeben werden wird und die Absicht besteht, die Abgabe der Stimme auf schriftlichem Wege, also geheim, vornehmen zu lassen.

Es wäre verfehlt, heute schon sich in Prophezeiungen zu ergehen. Wir können derzeit nur dem Wunsche Ausdruck geben: Mögen die Landesregierung, mögen unsere Landesväter bei der Lösung der Hauptstadtfrage von einem guten Sterne geleitet sein.



154

Die heute in Mattersburg abgehaltene, aus allen Teilen des Burgenlandes und aus allen Ständen beschickte Massenversammlung ~~beschliesst~~ hat einstimmig ~~die~~ folgende Resolution: beschlossen:

R e s o l u t i o n:

Die heute in Mattersburg versammelten Nord und Südburgenländer sehen ~~XXXX~~ nach wie vor ihre natürlich gegebene Hauptstadt in dem uns durch das Venediger Übereinkommen entrissenen Ödenburg.

Es kann daher die jetzt zur Entscheidung drängende Frage des entgültigen Sitzes der burgenländischen Landesregierung auch nur mit dieser Einschränkung gelösst werden.

Hiebei dürfen nicht parteipolitische oder kleinliche Lokalinteressen massgebend sein, es kann und darf die Entscheidung nur aus der Berücksichtigung wirtschaftlicher Momente und klar zu Tage liegender Verhältnisse fallen, insbesonders muss der künftige Regierungsitz aber so gelegen sein, dass er schon durch seine Lage das Band zwischen Nord und Süd enger zu knüpfen berufen ist.

Aus diesen Erwägungen heraus kann nicht das vollkommen abseits gelegene und aller Verkehrs und wirtschaftlicher Verbindungen mit dem übrigen Landesteilen entbehrende Eisenstadt, sondern nur Mattersburg als künftiger Regierungssitz in Betracht kommen, Mattersburg, das heute schon das wesentlichste wirtschaftliche Bindeglied zwischen Nord und Süd ist und durch die Ausführung der ~~der~~ geplanten Bahnen und Strassen es noch in höheren Masse sein wird.

Die heutige Massenversammlung fordert daher die Abgeordneten aller Parteien auf, aus diesen sachlichen Beweggründen und zum Wohle unseres Burgenlandes ihre Stimme nur für M a t t e r s b u r g abzugeben.

Nur Mattersburg verbürgt ein wirtschaftliches Zusammenschliessen von Nord und Süd, Eisenstadt trägt den Keim zum Zerfalle des Burgenlandes in sich.

Mattersburg, am 19. April 1925.

Jakob Walther m. p. Vorstandsmitglied

für die Richtigkeit

Anton Steiger m. p. Bürgermeister

Wenige Tage später wurde auf den Landtagssitzungen am 29. und 30. April 1925 endgültig entschieden, dass Eisenstadt Sitz der burgenländischen Landesregierung wird. Mattersburg stand gar nicht mehr zur Wahl. Was genau die Landtagsabgeordneten Michael Koch und Hans Suchard dazu bewogen hat, die Bewerbung für Mattersburg zurückzuziehen und für Sauerbrunn einzutreten, ist nicht klar dokumentiert. Im Stenographischen Protokoll wird Koch wie folgt zitiert:

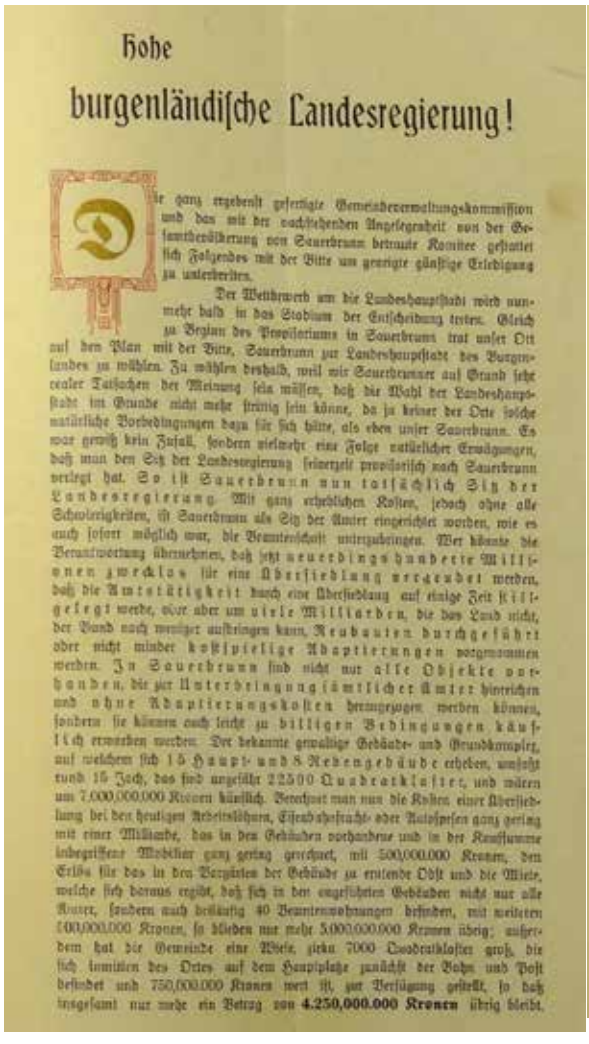
„Die Herren wissen genau, daß ich seit 12. Oktober 1922 für Mattersburg eingetreten bin und auch heute noch dafür wäre, ….. Aber leider habe ich gestern ….. erfahren müssen, daß nichts anderes übrigbleibt, als den Antrag ‚Sauerbrunn' einzubringen. …..“

Sauerbrunn Einwohner 1923: 1.357 (vor 1923: 710)

Kurort Sauerbrunn, Burgenland. Quelle und Wasserheilanstalt

Sauerbrunn war von 1922 bis 1925 einstweiliger Sitz der Landesregierung, aber nicht Hauptstadt. Der Ort stellte leere Villen, Pensionen und Hotels für die Unterkünfte der Ämter und Beamten zur Verfügung. Allerdings waren die Wohnungen meist sehr bescheiden. Die Beamten, die vor allem aus Wien und Niederösterreich kamen, waren sehr unzufrieden über den ärmlichen Zustand der Zimmer. Für die Sitzungen des Landtags gab es keinen geeigneten Raum. Der Landtag musste nach Eisenstadt ausweichen. Die Gemeinderatswahl von 1923 brachte der Wirtschaftspartei 6 Mandate, der Sozialdemokratischen Partei ebenfalls 6 Mandate. Durch Los wurde Matthias Buchinger von der Wirtschaftspartei Bürgermeister von Sauerbrunn. Die Gemeinde Sauerbrunn brachte am 5. Jänner 1923 eine Petition an die burgenländische Landesregierung ein, in der alle Vorzüge zur Hauptstadterhebung erklärt wurden. Als Hauptargumente wurden die bereits zur Verfügung gestellten Unterkünfte für Ämter und Beamte genannt, was Kosten für Neubauten gering halten würde, sowie die verkehrstechnisch günstige Lage an der Südbahn von Wr. Neustadt nach Ödenburg; nur 10 km von Wr. Neustadt entfernt.

Nach weiteren zwei Jahren gab es noch immer keine Entscheidung. Die bereits ungehaltene Sauerbrunner Bevölkerung drängte darauf, das ewige Provisorium zu beenden, mit dem sie riskierten, ihren Ruf als Kurort zu verlieren. Die Kurort A.G. in Sauerbrunn brachte sogar eine Räumungsklage gegen den Bund ein. Sie benötige die Räumlichkeiten, in der die Landesregierung und deren Beamte untergebracht seien, für eigene Zwecke. Die Klage wurde vom Bezirksgericht Mattersburg abgewiesen. Die Sauerbrunner mussten weiter auf eine Entscheidung warten, die letztlich gegen die Hauptstadterhebung des Ortes ausging.



Hohe

burgenländische Landesregierung!

Die ganz ergebenst gefertigte Gemeindeverwaltungskommission und das mit der nachstehenden Angelegenheit von der Gesamtbevölkerung von Sauerbrunn betraute Komitee gestattet sich Folgendes mit der Bitte um geneigte günstige Erledigung zu unterbreiten.

Der Wettbewerb um die Landeshauptstadt wird nunmehr bald in das Stadium der Entscheidung treten. Gleich zu Beginn des Provisoriums in Sauerbrunn trat unser Ort auf den Plan mit der Bitte, Sauerbrunn zur Landeshauptstadt des Burgenlandes zu wählen. Zu wählen deshalb, weil wir Sauerbrunner auf Grund sehr genauer Tatsachen der Meinung sein müssen, daß die Wahl der Landeshauptstadt im Grunde nicht mehr strittig sein könne, da ja keiner der Orte solche natürliche Vorbedingungen dazu für sich hätte, als eben unser Sauerbrunn. Es war gewiß kein Zufall, sondern vielmehr eine Folge natürlicher Erwägungen, daß man den Sitz der Landesregierung seinerzeit provisorisch nach Sauerbrunn verlegt hat. So ist Sauerbrunn nun tatsächlich Sitz der Landesregierung. Mit ganz erheblichen Kosten, jedoch ohne alle Schwierigkeiten, ist Sauerbrunn als Sitz der Ämter eingerichtet worden, wie es auch sofort möglich war, die Beamtenschaft unterzubringen. Wer könnte die Verantwortung übernehmen, daß jetzt neuerdings hunderte Millionen zwecklos für eine Übersiedlung verpulvert werden, daß die Amtstätigkeit durch eine Übersiedlung auf einige Zeit stillgelegt werde, aber um viele Milliarden, die das Land nicht, der Bund noch weniger aufbringen kann, Neubauten durchgeführt oder nicht minder kostspielige Adaptierungen vorgenommen werden. In Sauerbrunn sind nicht nur alle Objekte vorhanden, die zur Unterbringung sämtlicher Ämter hinreichen und ohne Adaptierungskosten herangezogen werden können, sondern sie können auch leicht zu billigen Bedingungen käuflich erworben werden. Der bekannte gewaltige Gebäude- und Grundkomplex, auf welchem sich 15 Haupt- und 8 Nebengebäude erheben, umfaßt rund 15 Joch, das sind ungefähr 22500 Quadratklafter, und wären um 7.000.000.000 Kronen käuflich. Berechnet man nun die Kosten einer Übersiedlung bei den heutigen Arbeitslöhnen, Eisenbahnfrachte- oder Autospesen ganz gering mit einer Milliarde, das in den Gebäuden vorhandene und in der Kaufsumme inbegriffene Mobiliar ganz gering gerechnet, mit 500,000.000 Kronen, den Erlös für das in den Parzellen der Gebäude zu erstehende Obst und die Miete, welche sich daraus ergibt, daß sich in der angeführten Gebäuden nicht nur alle Ämter, sondern auch demnächst 40 Beamtenwohnungen befinden, mit weiteren 500,000.000 Kronen, so bleiben nur mehr 5.000,000.000 Kronen übrig; außerdem hat die Gemeinde eine Wiese, zirka 7000 Quadratklafter groß, die sich inmitten des Ortes auf dem Hauptplatze zunächst der Bahn und Post befindet und 750,000.000 Kronen wert ist, zur Verfügung gestellt, so daß insgesamt nur mehr ein Betrag von **4.250,000.000 Kronen** übrig bleibt.

Die Abzahlung kann sich auf mehrere Jahrzehnte erstrecken. Für den Fall, daß selbst diese verhältnismäßig geringe Summe zahlungslosen Orten Verlegenheiten erregen sollte, wäre letzten Endes ein Syndikat bereit, die Finanzierung dieses Kaufvorganges durchzuführen. Daß diese Lösung äußerst praktisch wäre, bedarf nicht vieler Worte. Es würden nicht nur ländliche Ämter auf einem zusammenhängenden Komplex untergebracht sein, sondern auch noch zirka 40 Wohnungen für Beamte sofort zur Verfügung stehen. Sollte Sauerbrunn zunächst weder Provisorium als Landeshauptstadt sich nicht bewähren, oder aber das Burgenland als selbständiges Bundesland nicht erhalten bleiben, sondern auf die Nachbarländer aufgeteilt werden, so sind die Gebäude, da sie ja in einem ausgesprochenen Kurorte stehen, sehr gut verwertbar, während in jedem anderen Orte die mit einem Milliardenaufwand hergestellten oder umgebauten Gebäude nie verwertet werden können.

In keinem Orte können die Beamten so schnell und so günstig untergebracht werden wie in Sauerbrunn. Die äußerst günstige Bahnverbindung (Schnellzugstation) in der Nähe der Hauptstrecke der Südbahn prädestiniert unseren Ort geradezu zur Landeshauptstadt. Gut nicht zu reden von der Nähe der Stadt Wr.-Neustadt, die jedweden Schulbesuch der Beamtenkinder ermöglicht, und von der Tatsache, daß Wr.-Neustadt, das mit der Bahn in 15 Minuten zu erreichen ist, als verkehrspolitischer Mittelpunkt zwischen Burgenland-Nord und Burgenland-Süd angesprochen ist. Auch durchzieht die bereits im Bau befindliche Straße Siegendorf — Mörz — Wiesen — Wr.-Neustadt unseren Ort, wodurch die Verbindung Sauerbrunns mit dem Oberpullendorfer Bezirk hergestellt ist.

Der Landtag könnte auch jederzeit untergebracht werden; die jetzige Trennung der gesetzgebenden Körperschaft von der Verwaltung ist doch unmöglich aufrecht zu erhalten. Gesetzgebung und Verwaltung gehören zusammen. Dazu kommen noch eine Reihe minder wichtiger Gründe, welche zusammengenommen auch ganz bedeutend ins Gewicht fallen. Die hier bereits gelegten Telephonleitungen brauchten nicht adaptiert und anderswärts neu gelegt werden; auch der Abwässerung bei der Elektrizitätswerk in Sauerbrunn aufgestellten Motoren könnte in Zukunft, wodurch ebenfalls eine ganz bedeutende Summe erspart würde. Wenn wir schließlich noch darauf hinweisen, daß beispielsweise jetzt im Winter in anderen Orten der Typhus und andere gefährliche Infektionskrankheiten herrschen, während Sauerbrunn in gesundheitlicher Beziehung alle seine Konkurrenten weit hinter sich läßt, so haben wir damit noch immer keine vollständige Liste der Vorteile gegeben, die dafür sprechen, Sauerbrunn zur Hauptstadt des Burgenlandes zu machen. Wir glauben aber im Vorstehenden genug Gründe angeführt zu haben, um unser Ersuchen auf diese von einer hohen Landesregierung und einem hohen Landtag verlangen zu können, daß sie Sauerbrunn als Sitz der Landesregierung und des Landtages bestimmen.

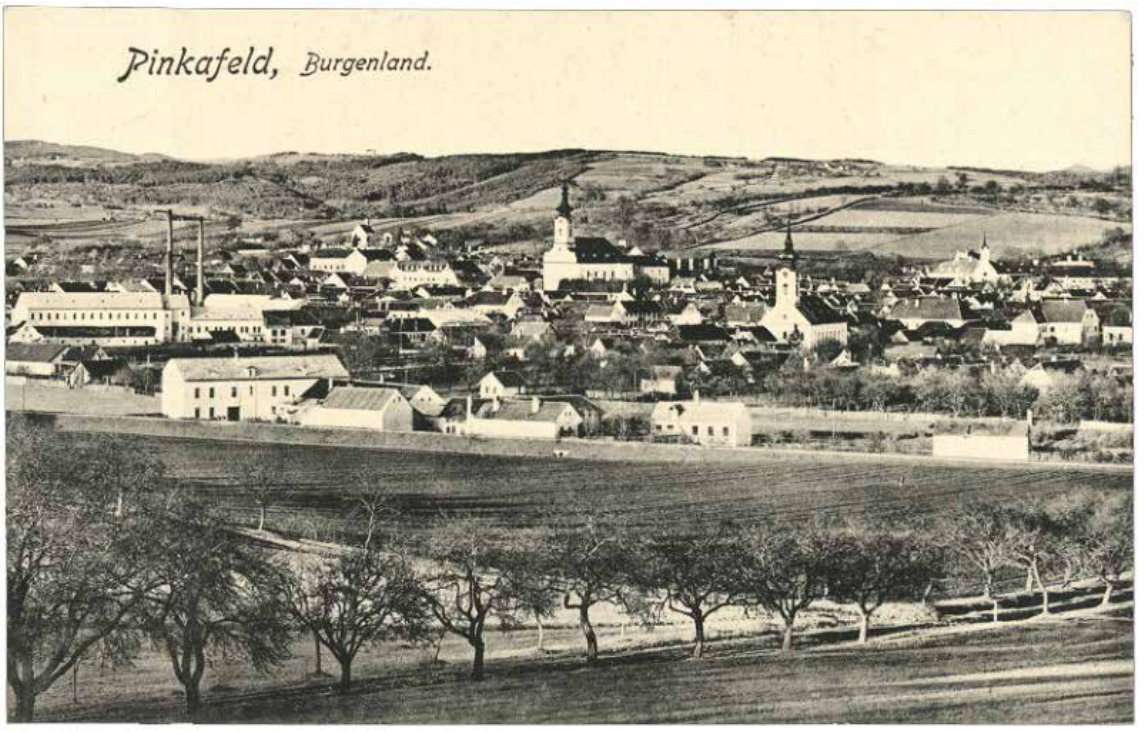
Wir bitten daher ganz ergebenst, in diesem Sinne die endgültige Entscheidung treffen zu wollen.

Sauerbrunn, am 5. Jänner 1923.

Die Verwaltungskommission der Gemeinde Sauerbrunn. — **Das mit vorstehender Angelegenheit betraute Komitee.**

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die im Krieg zerstörten Tourismus- und Kureinrichtungen wiedererrichtet und zur Nutzung der hochwertigen Heilquelle ausgebaut. Ab 1. Jänner 1987 durfte der Ort den Gemeindenamen „Bad Sauerbrunn“ führen.

Pinkafeld Einwohner 1923: 2.776



Nach den Landtagswahlen 1923 wurde die Hauptstadtfrage besonders aktuell. Die Entscheidungsfindung wurde von der neuen Regierung getragen und Pinkafeld schaltete sich am 21. Oktober 1923 als Mitbewerber ein. Die Politiker des Landbundes, eine Oppositionspartei, die in den südburgenländischen Gemeinden mehrheitlich vertreten war, schlugen den Ort als Landeshauptstadt vor. Der Bürgermeister Julius Lehner trat ohne Einladung mit einem Antrag an die Landesregierung heran. Die Lage im Süden wäre ein wichtiger geographischer Faktor, um den Zusammenhalt des gesamten Landes zu stärken. Für den Ort spräche auch der Bahnbau Pinkafeld-Friedberg als Verbindung zum Norden und der einzigartige Industriestandort. In Pinkafeld waren Tuchfabriken, Leder- und Schuherzeugung, Siebbödenfabrikation und Seifenherstellung angesiedelt. Der Ort besaß auch bereits eine fertige Kanalisation. Es wurden sowie auch von Mattersburg kostenfreie Sachleistungen für die Errichtung der notwendigen Regierungsgebäude und Beamtenwohnhäuser in Aussicht gestellt.

Die heilende Kraft

der

Theer- und Harz-Präparate

aus der

Harzproducten-Fabrik

des

Herrn Anton Berger zu Pinkafeld.

Nach Beobachtungen in den grossen Krankenhäusern von Frankreich, England und Belgien, und eigenen Erfahrungen

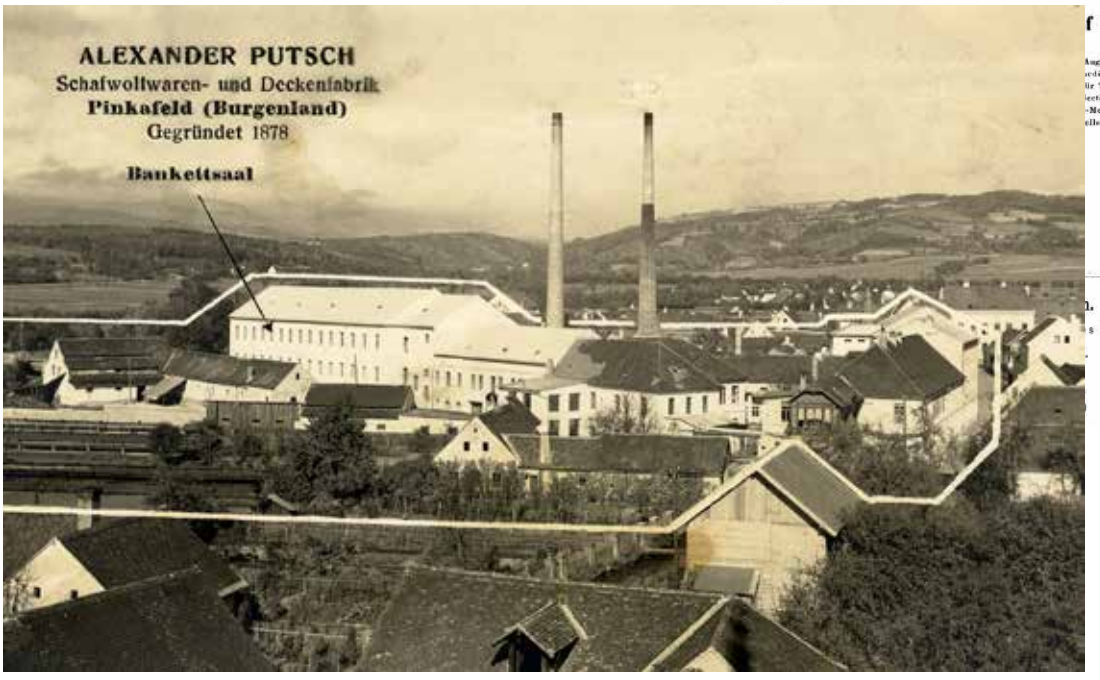
von

f Melicher

Augenheilkunde, Geburtshilfe und Zahnheilkunde, ...ärztlichen, chirurgischen und gymnastisch-orthopädischen Turnlehrer und Turnlehrerinnen, Professor bei ...sections-Arzt, gew. Chefarzt im k. k. Wiener I. ...-Medaille, wirkl. und correspondirendes Mitglied ...ellschaften des In- und Auslandes etc. etc.

...s Herausgebers.

B



Pinkafeld : Teilansicht mit Alexander Putsch Schafwollwaren- und Deckenfabrik, 15. November 1925 SW-Ansichtskarte, ungelaufen (Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Fotosammlung)

Eisenstadt Einwohner 1923: 6.796

Eisenstadt : Ortsansicht mit Pfarrgasse, Schloss Esterházy und ehemaliges Esterházyschem Verwaltungsgebäude, von der Dompfarrkirche aus Verlag Josef Popper, Wien, II. Taborstrasse 26. – 1923 SW-Ansichtskarte Beschrieben, Poststempel fehlt (Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Fotosammlung)Schloß Esterházy in Eisenstadt

Eisenstadt war von allen vier Bewerbern die attraktivste und kulturell bedeutendste Stadt, hatte aber auch einige Nachteile. Die ungünstige Verkehrslage und die hohen Kosten für eine Übersiedlung von Sauerbrunn nach Eisenstadt und für die Errichtung neuer Gebäude wurden von mehreren Seiten als Argumente gegen Eisenstadt vorgebracht. Dennoch wurde vom Bund Eisenstadt präferiert. Der Ersparungskommissär der Bundesregierung Friedrich Hornik war nach Prüfung der Kosten im Februar 1924 zu dem Schluss gekommen, dass Eisenstadt die billigste Lösung wäre. Das Finanzministerium teilte der Landesregierung jedoch mit, dass aus budgetären Gründen im Jahre 1924 mit einer Entscheidung über finanzielle Mittel nicht zu rechnen sei. Die Landesregierung übte daraufhin mit Erfolg Druck auf den Bund aus.

Bürgermeister Paul Koller starte einen „Medien-Coup", um die Chancen für den Gewinn des Rennens um die Hauptstadt zu erhöhen. Er lud wenige Tage vor der Entscheidungssitzung des Landtags Presseleute aus Wien ein, um mit ihnen eine Autotour zu den Bewerberstädten zu unternehmen. Mattersburg und Sauerbrunn waren auf die Besuche in keiner Weise vorbereitet. Pinkafeld wurde als Bewerber nicht mehr ernst genommen. Er selbst erzählt darüber wie folgt:

„ … Noch fünf Tage vor dem historischen Landtagsbeschluss vom 25. 4. 1925 (?) der Eisenstadt zur Landeshauptstadt erhob, fanden in Wiener Neustadt Klubsitzungen der christlichsozialen und sozialdemokratischen Mitglieder des burgenländischen Landtages statt. In diesen Klubsitzungen wurde der Beschluß gefaßt, Eisenstadt zur Hauptstadt des Burgenlandes zu ernennen. Eisenstadt sollte auch der Sitz des burgenländischen Landtages bleiben. Hingegen würde die Landesregierung in Sauerbrunn verbleiben. Auf diese Weise, hieß es in der Presseaussendung, werde das derzeitige Provisorium, das nicht zuletzt das Resultat des im Burgenland eingerissenen Protektionismus sei, wenigstens vorläufig verewigt. Noch am selben Tage - es war am Samstag, dem 25. 4. 1925 - gegen Abend hat mir ein Teilnehmer an diesen Klubsitzungen von diesem Eisenstadt feindlichen Beschluß Mitteilung gemacht. Die Eisenstadtgegner, sagte er, jubeln über diesen vorgefassten sicheren Mehrheitsbeschluß zu Gunsten Sauerbrunns.

Diese Nachricht knapp vor der entscheidenden Landtagssitzung war begreiflicherweise für uns Eisenstädter momentan niederschmetternd. Jetzt galt es für mich als Bürgermeister, rasch zu handeln. Es war für Eisenstadt Gefahr im Verzuge. Für die Einberufung des Gemeinderates war die Zeit zu kurz. Es konnten nur mehr die Fraktionsobmänner zusammengerufen werden, die mit der sofortigen Mobilisierung der öffentlichen Meinung - der österreichischen Presse - einverstanden waren. Noch am selben Tage fuhr ich nach Wien und erwirkte in den Nachtstunden durch das Amtliche Korrespondenzbüro nachstehendes Rundschreiben an die Wiener Presse: „Die Stadtverwaltung der Freistadt Eisenstadt richtet an die Wiener Tageszeitungen die Einladung, einen Redakteur zu delegieren, der an einer Montag, den 27. ds._ Mts., stattfindenden Autorundfahrt durch das Burgenland teilnehmen wird, welche die drei für die Wahl der Landeshauptstadt in Betracht kommenden Orte Eisenstadt, Mattersburg und Sauerbrunn berühren soll. …. Die Fahrt ging von Wien direkt nach Sauerbrunn. Sauerbrunn, der damalige Sitz der Landesregierung, war über das plötzliche Erscheinen der Wiener Pressevertreter Montag früh überrascht. Landeshauptmann Dr. Rauhofer wurde davon verständigt und empfing dann die Gäste in seinen Amtsräumen. … Sauerbrunn selbst wurde von der Presse nur als Kurort, der schon in Vorkriegszeiten von allen Österreichern gern besucht wurde, hervorgehoben …. Inzwischen war das Kommen der Pressevertreter in Mattersburg bekannt geworden. Der Aufenthalt dauerte dort nicht lange. .Einhellig haben die Pressevertreter festgestellt und auch geschrieben, daß Mattersburg seit der Abtrennung Ödenburgs vom Burgenland an volkswirtschaftlicher Bedeutung viel gewonnen hat und jetzt über den größten Viehmarkt im ganzen Burgenland verfügt…

In Eisenstadt angekommen, waren die Pressevertreter sichtlich umgestimmt. Nicht wenig mag auch dazu der vorher drei Wochen andauernde Regen beigetragen haben. Die Straßen Sauerbrunns, Mattersburgs und die durch Wulkaprodersdorf waren damals noch nicht ausgebaut. In Eisenstadt gab es auch damals schon ein Pflaster, wenn es auch nur Katzenköpfe waren; aber nach einigen Stunden mehr in Kot schwimmender Fahrt, wie die Pressevertreter sagten, gab es in Eisenstadt wieder festen Boden. Schon bei unserer Einfahrt gab es am Oberberg eine Verkehrsstockung. Die beim Bau des Haydnkinos arbeitenden Fuhrwerke verstellten uns auf einige Minuten den Weg. Die heimfahrenden Wochenmarktbesucher belebten die Straße. Es war ja an einem Montag gegen Mittag. Ich fuhr im ersten Auto der Pressevertreter und konnte selbst ihre wiederholten Ausdrücke der Bewunderung für das rege Leben und den großen Verkehr in Eisenstadt mit anhören. Die Fahrt ging durch Eisenstadt zur ehemaligen Militär-Oberrealschule, wo schon damals der burgenländische Landtag auf das herrlichste untergebracht war. Nach der Begrüßung durch den Landtagsdirektor und der Besichtigung der Konferenz- und Klubräume sowie des Landtagssitzungssaales fuhren die Pressevertreter zum großen Empfang im Rathaus. …. Zur Ausschmückung des Sitzungssaales wurden nicht nur die schönsten Palmen und Blumen des Esterházyschen Hofgartens, sondern auch die Bürgerfahnen aus dem XVIII. und XIX. Jahrhundert sowie das Richtschwert als Symbole der alten Freiheitsrechte der Stadt verwendet. Alle Gemeindevertreter, Amtsvorstände, Vertreter der Behörden, Anstalten und Organisationen und die gesamte Arbeiter- und Beamtenschaft der Stadt waren beim Empfang der Pressevertreter anwesend. …. "

Die Pressemitteilungen fielen natürlich zu Gunsten von Eisenstadt aus, was die Entscheidung auf der Landtagssitzung am 29./30. April 1925 sicher beeinflusste.

Zwei Wochen nach der Abstimmung demissionierte Landeshauptmann Rauhofer, der für Sauerbrunn stimmte, wurde aber am 9. Juni 1925 mit den Stimmen des Bauernbundes und der Christlichsozialen Partei wieder zum Landeshauptmann gewählt.

Eisenstadt : Schlusssteinlegung für das Landhaus, Empfang von Dr. Michael Hainisch, 14. Dezember 1927 (Foto: Robert Forstner, Eisenstadt / Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Fotosammlung)

Daraufhin wurde in der Freistadt Eisenstadt viel gebaut. Zur Vergrößerung der Stadt wurden die Gemeinden Unterberg, Oberberg und St. Georgen eingemeindet. Mit der Bundesregierung wurde ein Finanzierungsplan für den Bau eines neuen Regierungsgebäudes erarbeitet. Eine Ausschreibung zum Wettbewerb für den Bau nahe beim Schloss Esterházy wurde entworfen. Insgesamt lagen im Juni 1926 dem Landtag 79 Entwürfe zur Diskussion und Prüfung vor. Man entschied sich für die Realisierung des Entwurfs von Rudolf Perthen, ein Otto Wagner Schüler. Am 14. Dezember 1926 wurde der Grundstein für den Bau gelegt. Nach drei Jahren war er fertiggestellt und die Übersiedlung der Abteilungen der Landesregierung aus Sauerbrunn konnte beginnen. Am 31. März 1930 zog die Landesregierung endgültig in das neu erbaute Landhaus in Eisenstadt ein.

Nachspiel

Mattersburg war bei der Abstimmung gar nicht mehr zur Wahl gestanden, nahm aber in der Gemeinderatssitzung vom 8. Mai 1925 kritisch zur Entscheidung für Eisenstadt Stellung.

Sauerbrunn und Mattersburg verfassten ein gemeinsames Protestschreiben an die Bundesregierung, in dem erklärt wird: „Eisenstadt ist für uns kein wirtschaftlicher Mittelpunkt, Eisenstadt lehnen wir auch als kulturellen Mittelpunkt des Landes ab, weil wir Deutsche sind und uns von den magyarischen Einflüssen Eisenstadts verschont wissen wollen." Die Verwaltungssekretäre des Landes wurden gebeten, das Protestschreiben zu unterzeichnen und der Bundesregierung zu übermitteln.

Die Landesregierung reagierte mit einer Warnung an die Verwaltungssekretäre, der Aufforderung nachzukommen und drohte mit Anzeige. Der Bund erklärte, er würde keinerlei Einspruch gegen den Verfassungsgesetzesbeschluss des burgenländischen Landtages vom 30. April 1925 erheben. Daraufhin versuchte es die Bürgermeister von Sauerbrunn, Mattersburg, Pinkafeld, Güssing, Jennersdorf mit einem Antrag an die Bundesregierung wegen Verfassungswidrigkeit des Beschlusses: In der Landtagssitzung vom 30. April wäre gegen die Geschäftsordnung des burgenländischen Landtages verstoßen worden, weil die 24 Stundenfrist zwischen erster und zweiter Lesung nicht eingehalten worden wäre. Diese Eingabe wurde vom Bundeskanzler Ramek an das Land weitergegeben mit dem Hinweis, dass dies eine Angelegenheit des Landes sei. Landeshauptmann Rauhofer drohte den Personen, die die Eingabe gezeichnet hatten, mit Konsequenzen.

Fertig gestelltes Landhaus in Eisenstadt

Sauerbrunn verfasste noch eine letzte Petition für die Beibehaltung Sauerbrunns als Regierungssitz, die von Rauhofer deutlich abgewiesen wurde. Daraufhin musste sich Sauerbrunn mit der Niederlage abfinden.

Schaffung eines Verwaltungsgebietes

Aus drei Komitaten ohne ihre Verwaltungszentralen muss die burgenländische Verwaltungsorganisation geformt werden. Die zentralistisch, ungarisch national und aristokratische Komitatsverwaltung muss in ein föderalistisch-demokratisches Bundesland umgewandelt werden. Vorerst wird eine Landesverwaltungsstelle mit dem Landesverwalter als Vorläufer der Landesregierung mit dem Landeshauptmann und sieben Bezirksverwaltungsämter als Bezirkshauptmannschaften errichtet.

Gemeindeordnung

Durch die Einrichtungsverordnung des Bundes, die sogenannte Juliverordnung 1922, werden vorerst Einrichtungen der Verwaltung, der Gerichte und andere bestimmt. Die bestehenden Gemeindeorgane werden durch eine Gemeindeverwaltungskommission abgelöst, die paritätisch mit den drei großen Parteien besetzt wird. Die neue Gemeindeordnung schafft die Gemeindeverwaltungskommission (später Gemeinderat), den Verwaltungskommissär (später Bürgermeister), den Gemeindesekretär (später Amtmann). Die Sekretäre sind nun dem Verwaltungskommissär unterstellt. Die Notäre, Exponenten der ungarischen zentralistischen Verwaltung werden abgelöst.

Bezirkshauptmannschaft

Entsprechend den ungarischen Bezirken mit dem Oberstuhlrichter werden sieben Bezirksverwaltungen mit Bezirksverwaltungsämtern eingerichtet, die späteren Bezirkshauptmannschaften. In Mattersburg wird das ungarische Stuhlrichtergebäude als Bezirkshauptmannschaft verwendet. In den Bezirkshauptmannschaften wird das landwirtschaftliche und Invalidenreferat eingerichtet. Die Mutterberatungsstelle, die Berufsvormundschaft und Fachleute für das Bauwesen werden zusätzlich eingegliedert.

Landhaus und andere Verwaltungsbauten

Die Grundsteinlegung für den Bau des Landhauses erfolgt 1926 und die Schlusssteinlegung des Landhauses am 14. Dezember 1929 unter Landeshauptmann Thullner. Die Landesregierung zieht am 31.März 1930 ein. Die Kosten des Landhausbaus belaufen sich auf 3,8 Millionen Schilling.

Es werden weitere Verwaltungsgebäude für Ämter vorgesehen:

- Bauernkammer, Industrielle Bezirkskommission und Arbeiterkammer in den Bezirken.
- Landesgericht in Mattersburg
- Zentralamtsgebäude in Jennersdorf und Güssing
- Infanteriekasernen in Pinkafeld und Oberwart
- Zollamtsgebäude in Loipersbach und Schattendorf
- Bezirks-Gendarmerie-Kommando in Mattersburg

Ein Festtag der neuen burgenländischen Hauptstadt: Bundespräsident Dr. Hainisch, umgeben von den Vertretern der Zentralregierung und des Landes, führt die ersten Hammerschläge auf den Grundstein des Landesregierungsgebäudes in Eisenstadt.

Die Eröffnung des ersten burgenländischen Landtages: Die zur feierlichen Konstituierung des Landtages erschienenen 33 Landtagsabgeordneten.

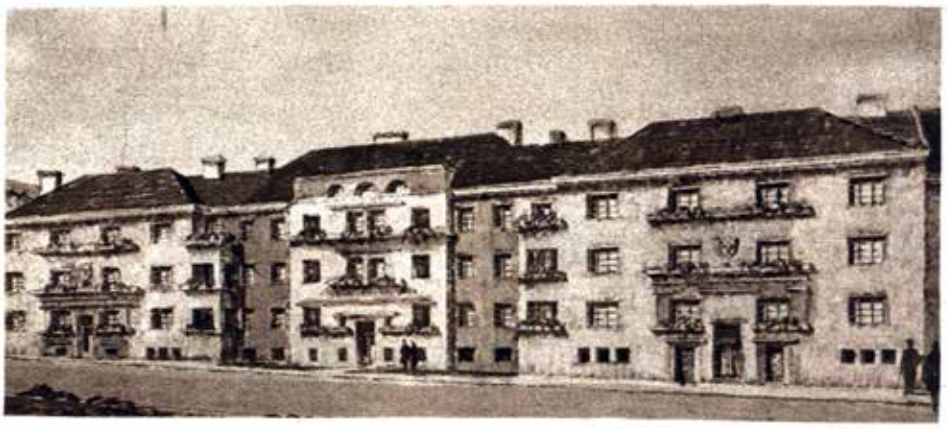
Nach einer photographischen Spezialaufnahme für das „Interessante Blatt" von Robert Forstner.

Wohnbauten für Beamte

Für die Beamten der neuen Verwaltung werden Beamtenwohnungen in Eisenstadt (85 Wohnungen) und Oberwart (11 Wohnungen) für 2,9 Millionen Schilling ausgebaut.

Insignien der Besitznahme

Als Teil der Herstellung eines Verwaltungsgebietes sind hier beispielhaft die Insignien der Inbesitznahme vorgestellt: Landeswappen, Landesfarben und Feldzeichen der burgenländischen Truppen. Eine Landeshymne wird erst 1935 unter der Herrschaft der Vaterländischen Front eingeführt. Im August 1922 fordert die Landesverwaltungsstelle die Gemeinden auf, Landes- und Bundesfahnen anzukaufen.

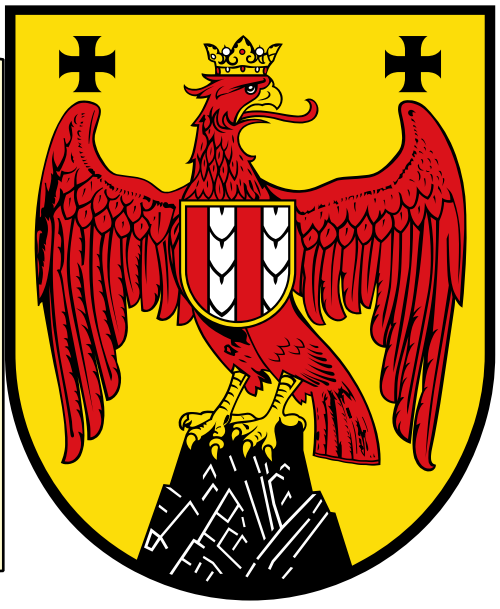


Aus der neuen burgenländischen Hauptstadt: Der Entwurf des Städtischen Wohnhauses für 21 Beamtenfamilien in Eisenstadt.

Landeswappen und -farben

Das Landeswappen ist ein Rückgriff auf die Wappen der beiden Grundherrschaften, der Mattersdorfer-Forchtensteiner und der Güssinger-Bernsteiner. Vom Mattersdorfer Wappen wird der auffliegende Adler, vom Güssinger Wappen das Schild genommen. Der Forchtensteiner Adler lehnt sich an das Wappen des Templerordens an. Der Adler hat auf seinen ausgebreiteten Flügel das Ordenskreuz. Dieser Ritterorden wird als ein Vorkämpfer des Abendlandes und der geistigen Einheit Europas angesehen. Dieser Rückgriff auf das Mittelalter deutet auch auf die Hoheitsverhältnisse dieses Gebietes bei Österreich hin.

Die Empfehlung des Instituts für Genealogie vom 22.Mai 1922 betreffend Landesfarben wird in der Landtagssitzung vom 1.August 1922 abgelehnt und der Landtag entscheidet sich für Rot-Gelb (Gold), die Landesfarben Westungarns zur Zeit des ungarischen Nationalitätenministeriums. Auf Anraten des Wappenzensors werden daher auch die Farben des Wappenbildes geändert: der Adler wird Rot (statt schwarz), Felsen und Kreuzchen schwarz (statt rot) und das Schild gold (statt silber) umrandet.

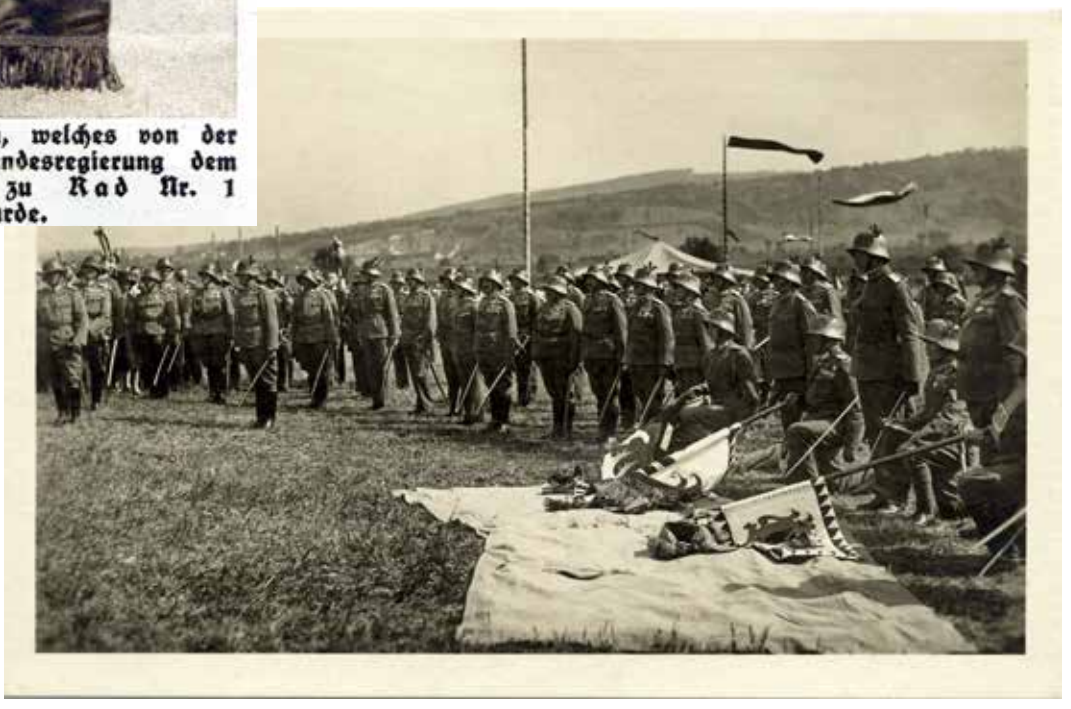


Die militärische Feier bei Mattersburg im Burgenland: Weihe der neuen Feldzeichen der burgenländischen Truppen. (S. S. 3.)

Das Ehrensignalhorn, welches von der burgenländischen Landesregierung dem Feldjägerbataillon zu Rad Nr. 1 gestiftet wurde.

Feldzeichenweihe in Mattersburg

Am Rinselfeld in Mattersburg werden dem Feldjägerbataillon Nr.1 (früher Infanterieregiment Nr.76) zwei Fahnen, dem Feldjägerbataillon zu Rad Nr.1 ein Ehrensignalhorn und der Dragonerschwadron Nr.1 (früher Dragonerregimetn Nr.15) eine Standarte feierlich überreicht. Bundespräsident Hainisch, Bundeskanzler Dr. Seipel, Minister Vaugoin, Landeshauptmann Schreiner und andere Festgäste nehmen an der Weihefeier teil. Die Truppen legen den Eid auf die Feldzeichen ab. Mit der Defilierung der Truppen vor den Festgästen endet die Feier. (Bericht aus Das Illustrierte Blatt 27.9.1928)



Anpassung der Gesetze und Rechtsangleichung

Um Rechtssicherheit zu bewahren wird durch das Bundesverfassungsgesetz 1921 entschieden, dass das ungarische Recht bis auf weiteres aufrecht bleibt. Das Österreichische Recht muss erst durch Beschlüsse des Landtages übernommen wird. Der ungarische Wortlaut eines Gesetzes gilt als authentischer Text. Die Bundesregierung kann aber durch Verordnungen in das geltende Recht eingreifen. Es wird entschieden, Burgenland als ein selbstständiges und gleichberechtigtes Bundesland anzuschließen, da die ungarischen Gesetze und die Verwaltungsstruktur grundlegend unterschiedlich zu den österreichischen sind. Der Bund gibt vorerst eine Landesordnung und Landtagswahlordnung vor (Burgenlandgesetz vom 25.Jänner 1921). So wird an die Spitze des Burgenlandes ein Landesverwalter bei einer Landesverwaltungsstelle eingesetzt.

Die Gemeindeordnung wird am 7. November 1924 vom Landtag beschlossen. Am 1.Juli 1926 beschließt der burgenländischen Landtag die selbst von ihm gewählte Landesverfassung. Das Burgenland legt die Zahl der Abgeordneten auf 33 bzw. 32 fest. Der Landtag wird für drei Jahre gewählt.

Aus politischen Gründen werden vier Rechtsbereiche nicht an das österreichische Recht angeglichen. Eherecht, Matrikenwesen, Volksschulwesen und Kultusrecht. Einige andere wie das Grundbuch- und das Baurecht erfordern administrative Vorarbeiten, um sie einführen zu können.

Eherecht

Das vorhandene Eherecht im Burgenland bleiben nach Beschluss vom 12.Oktober 1922 im Landtag weiter aufrecht. Das liberale ungarische Eherecht basiert auf der obligatorischen Zivilehe. Es gibt keine Ehehindernisse religiöser Art. Eine Wiederverehelichung wird ermöglicht, unabhängig von religiösen Beschränkungen. Erst mit der nationalsozialistischen Angleichung an das deutsche Recht wird das ungarische Eherecht aufgehoben.

Matrikenwesen und Kultusrecht

Im ungarischen Recht ist das Matrikenwesen staatliches Recht im Gegensatz zum österreichischen Recht, wo die Pfarren mit Ausnahme der Konfessionslosen die Matriken führen. Eine Vereinheitlichung erfolgt erst durch die Einführung des deutschen Rechtes unter dem Nationalsozialismus.

Schulaufsichtsgesetz und Schulstreit

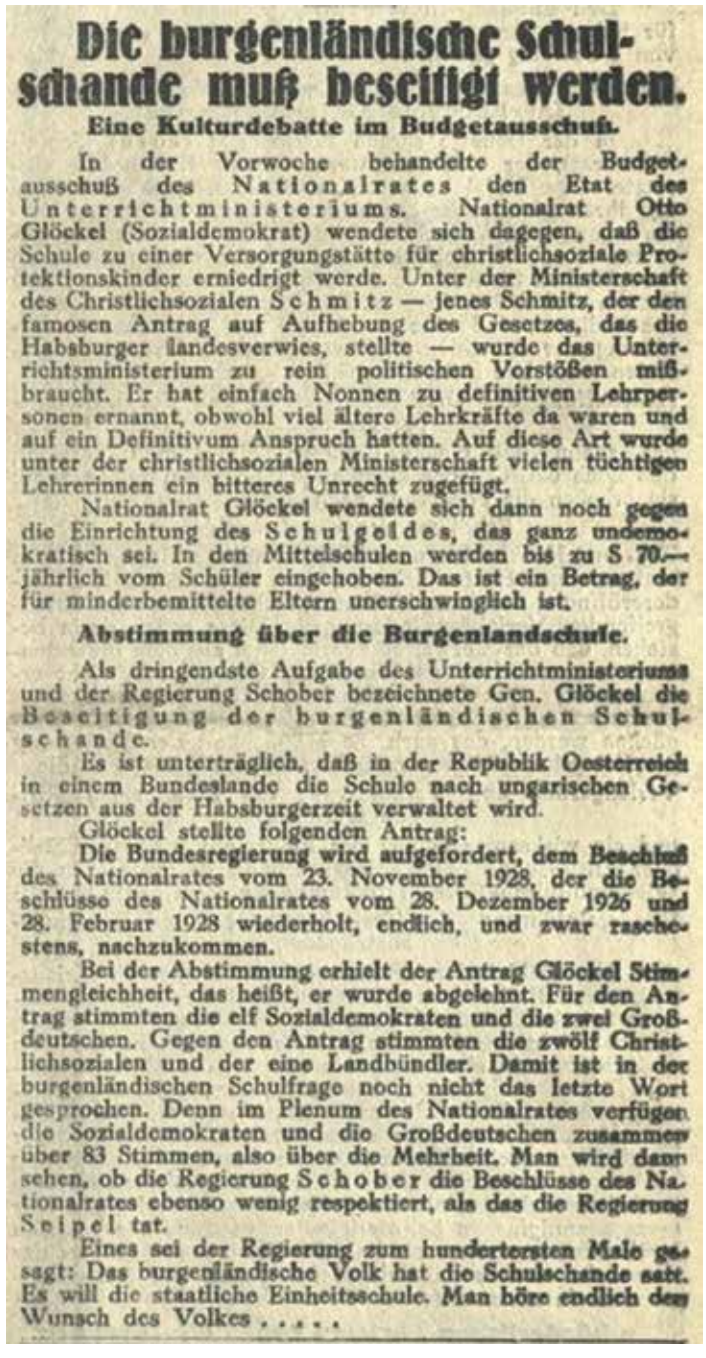
Bauernbund und Großdeutsche beantragen in der 3. Landtagssitzung nach der Wahl 1922 die Übernahme der österreichischen Schulgesetze für das Burgenland. Der Widerstand durch die katholische Kirche ist zu diesem Zeitpunkt gering, da die ungarische Kirche insbesondere die Diözesen Raab und Steinamanger keinen Einfluss mehr hat. Die österreichische katholische Kirche kann rechtlich noch nicht mitbestimmen. Nach dem ungarischen Gesetz hat die Oberaufsicht über die Volksschulen der Schulstuhl unter dem Vorsitz des Gemeindepfarrers. Der Schulstuhl entscheidet über die Anstellung des Lehrers, die Verwendung des Lehrmaterials und der Lehrgegenstände. Im von Wahlheim eingebrachten Gesetzesvorschlag sollen die Mitglieder des Ortsschulrates nach den Ergebnissen der Gemeinderatswahl ausgewählt werden und aus Lehrern der Schule bestehen. Das Bestreben der liberal-bürgerlichen Parteien geht dahin, den Einfluss der ungarfreundlichen Pfarrer und des Schulstuhles zurückzudrängen und ein deutsches Schulwesen aufzubauen. Der Pfarrer soll durch einen Lehrer als Leiter ersetzt werden. Die CsP wird durch die bürgerlichen Parteien und der SdAP überstimmt.

Auf Bundesebene wird aber von der Bundesregierung verhindert, dass dieser Gesetzesbeschluss in Kraft tritt. Nur das Gesetz betreffend der achtjährigen Schulpflicht tritt 1923 in Kraft. In weiterer Folge verbünden sich Landeshauptmann Rausnitz und die Christlichsozialen in der Schulfrage. Sie versuchen eine bürgerliche Koalition gegen die SdAP zu bilden.

1929 einigen sich die Landespolitiker der CsP und des Landbundes darauf, dass die konfessionellen Volksschulen nicht vom österreichischen Reichsvolksschulgesetzes betroffen sind. 1932 erklärt der Unterrichtsminister Rintelen, dass eine Änderung auf dem Verordnungswege nicht möglich ist. Erst 1936 wird das österreichische Gesetz auf das Schulwesen des Burgenlandes angewendet. Landeshauptmann Sylvester erlässt das neue Schulaufsichtsgesetz und Landesschulgesetz.

Grundbuchrecht

Durch die ungenau geführten Grundbücher in Ungarn kann die österreichische Grundbuchsordnung erst nach erfolgter Neueinrichtung der Grundbücher eingeführt werden. Vorerst müssen die mangelhaft geführten Grundbücher berichtigt werden und die ungarischen Dokumente übersetzt werden.



Die burgenländische Schulschande muß beseitigt werden.

Eine Kulturdebatte im Budgetausschuß.

In der Vorwoche behandelte der Budgetausschuß des Nationalrates den Etat des Unterrichtministeriums. Nationalrat Otto Glöckel (Sozialdemokrat) wendete sich dagegen, daß die Schule zu einer Versorgungstätte für christlichsoziale Protektionskinder erniedrigt werde. Unter der Ministerschaft des Christlichsozialen Schmitz — jenes Schmitz, der den famosen Antrag auf Aufhebung des Gesetzes, das die Habsburger landesverwies, stellte — wurde das Unterrichtsministerium zu rein politischen Vorstößen mißbraucht. Er hat einfach Nonnen zu definitiven Lehrpersonen ernannt, obwohl viel ältere Lehrkräfte da waren und auf ein Definitivum Anspruch hatten. Auf diese Art wurde unter der christlichsozialen Ministerschaft vielen tüchtigen Lehrerinnen ein bitteres Unrecht zugefügt.

Nationalrat Glöckel wendete sich dann noch gegen die Einrichtung des Schulgeldes, das ganz undemokratisch sei. In den Mittelschulen werden bis zu S 70.— jährlich vom Schüler eingehoben. Das ist ein Betrag, der für minderbemittelte Eltern unerschwinglich ist.

Abstimmung über die Burgenlandschule.

Als dringendste Aufgabe des Unterrichtministeriums und der Regierung Schober bezeichnete Gen. Glöckel die Beseitigung der burgenländischen Schulschande.

Es ist unerträglich, daß in der Republik Oesterreich in einem Bundeslande die Schule nach ungarischen Gesetzen aus der Habsburgerzeit verwaltet wird.

Glöckel stellte folgenden Antrag:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Beschluß des Nationalrates vom 23. November 1928, der die Beschlüsse des Nationalrates vom 28. Dezember 1926 und 28. Februar 1928 wiederholt, endlich, und zwar raschestens, nachzukommen.

Bei der Abstimmung erhielt der Antrag Glöckel Stimmengleichheit, das heißt, er wurde abgelehnt. Für den Antrag stimmten die elf Sozialdemokraten und die zwei Großdeutschen. Gegen den Antrag stimmten die zwölf Christlichsozialen und der eine Landbündler. Damit ist in der burgenländischen Schulfrage noch nicht das letzte Wort gesprochen. Denn im Plenum des Nationalrates verfügen die Sozialdemokraten und die Großdeutschen zusammen über 83 Stimmen, also über die Mehrheit. Man wird dann sehen, ob die Regierung Schober die Beschlüsse des Nationalrates ebenso wenig respektiert, als das die Regierung Seipel tat.

Eines sei der Regierung zum hundertersten Male gesagt: Das burgenländische Volk hat die Schulschande satt. Es will die staatliche Einheitsschule. Man höre endlich den Wunsch des Volkes . . . . .

Grenzregulierungskommission

derung von Orten wie Lockenhaus und Rechnitz an Ungarn

Nr. 3. Erscheint Jeden Donnerstag. Wien, 19. Jänner 1922. Abonnements XLI. Jahrg.

Die Verhandlungen mit Ungarn.

Die Durchführung des Venediger Protokolls.

Eine Sitzung der österreichischen und ungarischen Fachbeamten des Handels- und Eisenbahnressorts unter Vorsitz des Sektionschefs Dr. Enderes, welche die Regelung des Eisenbahn-, Verkehrs- und Paßwesens sowie des Peagerechtes durch Oedenburg für unser neues Bundesgebiet bezweckt.

Nach dem Anschluss Westungarns an Österreich und der Volksabstimmung in Sopron fordert die ungarische Regierung bereits zu Beginn von 1922 Grenzberichtigungen. Die ungarische Regierung sieht die Übergabe Ödenburgs an Ungarn als ersten Schritt einer Revision des Friedensvertrages. Es werden nun Hoffnungen in die Grenzregulierungskommission gesetzt, dass sie weitreichende Grenzberichtigungen durchführen könne. Andrerseits formieren sich Freischaren, die am Bahnhof in Sopron Mitgliedern anwerben. Sie werden auf Esterházyischen Gutshöfen beschäftigt. Es werden Grenzverletzungen durch ungarische Beamte gemeldet. Im Juli 1922 erfolgt in Hagendorf ein Überfall von rund 70 Freischärlern auf den Gendarmerieposten. Weiters haben sich in Körmend, Sopron und Kapuvár Offizierstruppen von 200 bis 250 Mann gebildet. Durch die Verhaftung von Iván Héjjas bzw. Überwachung der Hintermänner György Hír und Antal Sigray werden weitere Überfälle verhindert.

Die Lokalpresse verfolgt die Schritte der Grenzregulierungskommission und versetzt die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Es wird von Vergeltungsmaßnahmen und Einschüchterungen der Bevölkerung berichtet. Gerüchte über die Wiederangliederung werden verbreitet. Weiters sollen Loipersbach, Schattendorf und Baumgarten Ungarn zugeschlagen werden. Als Reaktion darauf bildet sich in Rechnitz eine Formation österreichischer Freischärler.

Die Grenzregulierungskommission besucht deshalb bereits am 6.März 1922 diese Gemeinden und teilt Fragebögen an die Bevölkerung aus. Der internationale Grenzregulierungsausschuss weist diese Forderungen Ungarns im ehemaligen Komitat Sopron am 28.März 1922 zurück.

Die ungarischen Vertreter in der Grenzregulierungskommission fordern weiters im Eisenburger Komitat die Rückgliederung von 13 Gemeinden. Es werden aber nur die folgenden acht Gemeinden durch die Genfer Völkerbund-Entscheidung am 19.September 1922. an Ungarn zurückgegeben: Klein- und Groß-Nahring, Ober- und Unter- Schilding, Deutsch- und Ungarisch-Großdorf (Vaskeresztes), Kroatisch -Schützen (Horvátlövö) und Pernau (Pornóapáti). Die Gemeinden Schachendorf, Schandorf, Unterbildein, Oberbildein und Luising bleiben bei Österreich.

Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen

Auch nach der Beendigung der Arbeit der Grenzregulierungskommission besteht Ungarn weiter auf die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen. Sie sieht den Friedensvertrag mit der Entente als das „Diktat von Trianon". Die diplomatischen Bemühungen Ungarns, eine Revision des Friedensvertrages von Trianon zu erzielen, zeigen ein gewisses Wohlwollen der italienische Regierung von Benito Mussolini. Die italienische Regierung sieht den Friedensvertrag von Trianon als ungerecht und ist der Ansicht, dass keine Verträge in Stein gemeißelt sind. Die Abwehrhaltung der kleinen Entente von Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien gegen diese Revisionspolitik führt zu diplomatischer Ausgrenzung der Bemühungen Ungarns.

Der österreichische Botschafter Cnobloch in Budapest sieht dabei das Venediger Protokoll als Ursache der Verschärfung der Revisionspolitik Ungarns. Er schlägt vor, das Burgenland Niederösterreich und Steiermark anzugliedern, damit das Burgenland nicht mehr als Corpus Seperatum angesehen werden kann und die Revisionsbemühungen der Ungarn ins Leere laufen. (Haslinger Seite 59)

Großgrundbesitzer Träger der ungarischen Irredenta

Die Großgrundbesitzer sind zumeist ungarische Adelige, die kein Interesse am Verbleiben Burgenlands in Österreich haben. Daneben ersetzen sie bei ihnen beschäftigte Landarbeiter durch billige Arbeitskräfte aus Ungarn. Die Großgrundbesitzer leben in Ungarn und überweisen die Erträge ihres Großgrundbesitzes nach Ungarn. Die Meierhöfe sind Zentren ungarnfreundlicher Arbeiter.

Esterházy besitzt das Patronatsrecht über 73 katholische Pfarren im Burgenland. Es werden Pfarrer eingesetzt, die gute Magyaren sind. Als Unterstützung dient Kardinal Piffl, der sich für eine Rückgliederung des Burgenlandes und eine Restauration der Habsburger ausspricht. Ebenso spielt der Bischof von Szombathely Mikes im Aufbau eines revisionistischen ungarischen Netzwerkes ein Rolle. Demonstratives Eintreten für Ungarn zeigt sich im Singen ungarischer Kirchenlieder und pro ungarischer Predigten. Der burgenländische Landtag beschließt am 17.August 1922, den St. Stephanstag nicht mehr als gesetzlichen Feiertag zu feiern, um die aufwendigen Gottesdienste für Sankt Stephan zu beenden.

Exodus der Magyaronen

Die Zahl der ungarisch sprechenden Burgenländer sinkt von rund 24.000 (1920) auf rund 15000 (1923). Vor allem sind es Verwaltungsbeamte und Lehrer mit ihren Familien, die nach Ungarn auswandern. Auch ungarische Pfarrer verlassen das Burgenland.

Die Eisenbahnverwaltung besteht zum Großteil aus ungarischem Personal, das mit den Kunden ungarisch spricht. Die vorhandenen Ortstafel werden belassen. Die ungarische Zoll- und Grenzwache geht willkürlich gegen den kleinen Grenzverkehr vor. Schmuggler werden brutal aufgegriffen. Es herrscht bei den ungarischen Beamten die Meinung vor, dass das Burgenland nur von Österreich besetzt wäre und in naher Zukunft befreit werden würde.

Ungarische paramilitärische Gruppen

Die Gründung von verschiedenen Jugendorganisationen, vor allem der „Levente"-Verein in Westungarn, verursacht Unsicherheit bei den burgenländischen Verwaltungsbehörden. Die Mitglieder werden militärisch durch ehemalige ungarische Offiziere ausgebildet. Sie fordern die Rückkehr des Burgenlandes zu Ungarn. Sie bilden Netzwerke mit magyarophilen Personen im Burgenland.

Legitimistische Kreise im Burgenland

In Österreich konstituiert sich 1920 die paramilitärische Organisation der Frontkämpfer. Die führenden Köpfe sind ehemalige Soldaten mit einem hohen Anteil an Offizieren aus der k.k. Armee. Sie lehnen die Republik ab und sind konspirativ tätig, um die Monarchie wieder zu errichten. Die Vereinigung der Frontkämpfer sieht ihr Ziel in der Rettung der Kirche und Ausrottung der „volkszerstörerischen" Elemente der Sozialisten und Kommunisten. Ihre Größe wird auf 1000 bis 2000 Mann eingeschätzt. Sie treten in Konflikt mit dem Heimatschutz, einem Teil der Heimwehr. Ihr politischer Einfluß wird aber durch die Auseinandersetzung mit den anderen militärischen Verbänden immer geringer.

Die burgenländischen Landesschützen entstehen aus der Heimwehr und zählen 1934 rund 10.000 Mann. Sie unterstützen die Restauration der Habsburger und die austrofaschistische Regierung Dollfuß.. In 177 burgenländischen Gemeinden wie auch Mattersburg wird Otto von Habsburg auf Druck legitimistischer und kirchlicher Kreise zum Ehrenbürger ernannt.

Signale aus dem Burgenland

Die Wahl Wahlheims als Landeshauptmann, der in Ödenburg aufgewachsen ist, und die zögerliche Entscheidung über die Landeshauptstadt des Burgenlandes verleitet die ungarische Regierung zur Ansicht, dass die Eingliederung Soprons noch auf der österreichischen politischen Tagesordnung steht. Die Ernennung Eisenstadts zum Sitz der Landesregierung am 30.April 1925 vermeidet den Ausdruck Landeshauptstadt, da Ödenburg als die heimliche Landeshauptstadt gilt.

Wiederaufnahme der Revisionspolitik 1927-1929

Legitimistische Kreise in Ungarn und innenpolitische Diskussionen in Österreich über das Verhältnis von Teilen der burgenländischen Christlichsozialen zur ungarischen Revision und monarchistische Vorstellungen bringen das Thema der Rückgliederung Burgenlands auf das politische Parkett. Es werden Gerüchte in Umlauf gesetzt, dass das Burgenland bis April 1927 wieder an Ungarn zurückfallen werde. Diese Frage wird mit der Rückgabe Südtirols an Österreich verbunden.

Ende der Burgenlandfrage

Ab 1929 verschwindet die Burgenlandfrage aus den ungarischen Medien. Die ungarische Diplomatie versucht aus Anlass des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich 1938, die Burgenlandfrage wieder ins Gespräch zu bringen. Staatsekretär Weizsäcker unterweist den deutschen Gesandten in Budapest, dass Hitler die deutsch-ungarische Grenze als endgültig ansieht. Bei einer ethnischen Revision des Friedensvertrages würde Ungarn mehr Gebiete verlieren als durch das Burgenland zu gewinnen. Dies bedeutet das Ende der Burgenlandfrage in Ungarn.

Demokratische Wegfindung

Als Burgenland zu Österreich kommt, sind demokratische Bedingungen eines Parteienstaates nicht vorhanden. Mit Ausnahme der Zeit der Räteregierung ist das Wahlrecht auf eine kleine Gruppe der Bevölkerung begrenzt. Die Parteien scharen sich um einen Adeligen, der bei Wahlen an seine Anhänger Geschenke verteilt. Die politischen Themen befassen sich vor allem mit Legitimisten und Königswählern. Im Burgenland werden dagegen die Parteienformationen Österreichs übernommen, die sich um drei große Gruppen formieren: Sozialdemokraten, Christlichsoziale und Deutschnationale. Aber im Gegensatz zum Bund etabliert sich im Burgenland ein Wechselspiel der unterschiedlichen Parteikoalitionen, sodass auch die Sozialdemokraten Teilhaber an der demokratischen Macht werden. Die demokratische Wegfindung zeigt sich vor allem in den häufigen Regierungswechseln. Trotz den politischen Auseinandersetzungen kommt es durch Konzentrationsregierungen zur Festigung der politischen Institutionen.

Vorerst werden die politischen Auseinandersetzungen im Landtag und den parteinahen Zeitungen geführt. Durch das Auftreten der Frontkämpfervereinigung, die keine parteipolitische Vertretung im Landtag hatten, verlagern sich die politischen Diskussionen auf die Straße. Die Mitglieder der Frontkämpfervereinigung streben einen militärisch-autoritären bzw. monarchistischen Staat an und stellen die demokratischen Errungenschaften in Frage.

Die Einsetzung der Landesregierung im Burgenland: Der burgenländische Landeshauptmann Dr. Walheim (1), in dessen Begleitung sich Landesamtsdirektor Dr. Reissig (2) und Landesregierungsrat Dr. Kubin (3) befinden, wird in Kittsee von der Gemeindevertretung und der Bevölkerung festlich empfangen.

Frühjahr 1921: Gründung der Parteien

Am 9. Jänner 1921 konstituiert sich die Sozialdemokratische Partei in Wiener Neustadt. Sie tritt die Nachfolge der westungarischen sozialdemokratischen Bewegung an. Am 14.April formiert sich in Wien die Christlichsoziale Landesparteileitung für das Burgenland. Am 22./23.Dezember wird der Burgenländische Bauernbund in Bauernversammlungen in Deutsch-Kaltenbrunn, Stegersbach und Dobersdorf gegründet. Am 8.Jänner 1922 findet die Gründungsversammlung des „Großdeutschen Landbundes für das Burgenland" in Sauerbrunn statt.

18.Juni 1922: 1.Landtagswahl und Wahl des Landeshauptmann Rausnitz

Der Sieg der SdAP hat seine Grundlage vor allem in den traditionellen Wanderarbeitergebieten des Nordburgenlandes. Zusätzlich ist es der sozialdemokratischen Partei gelungen, auch die bäuerliche Verwandtschaft der Wanderarbeiter und die Landarbeiter für die Wahl zu gewinnen, die durch den Kleinbesitz immer mehr unter wirtschaftlichem Druck steht. Landeshauptmann wird der vorherige Landesverwalter Dr. Rausnitz. Die ersten Gesetzesvorschläge behandeln die Abänderung der Schulgesetze nach der österreichischen Gesetzeslage. Von den 388 Volksschulen sind 318 konfessionelle Volksschulen, die unter der Aufsicht von Schulstühlen unter Vorsitz eines Pfarrers stehen. Es wird eine Vereinbarung zwischen CsP und SdAP getroffen im Burgenland keine Wehrformationen aufzustellen, da Unruhen zum Einmarsch von ungarischen Truppen führen könnte.

14.Juli 1923: Wahl des Landeshauptmanns Walheim

Landeshauptmann Rausnitz tritt wegen seiner Position in der Landeshauptstadtfrage mit seinem Engagement für Wr. Neustadt, der Schaffung einer bürgerlichen Koalition und einer Lynchvorfall in Piringsdorf zurück.

21.Oktober 1923: 2.Landtagswahl

4.Jänner 1924: Wahl Landeshauptmann Rauhofer

Der Versuch des CsP, auf Anraten der Bundesregierung eine bürgerliche Regierung zu bilden, scheitert. CsP und SdAP bilden am 27. Dezember eine Koalition. Am 4.Jänner 1924 wird Rauhofer zum Landeshauptmann gewählt. Bei der Neubesetzung der Schulstühle 1924 wird ein Kompromiss zwischen beiden Parteien getroffen. Die Pfarrer erhalten weiter einen Sitz in den Schulstühlen und die kirchliche Behörden üben die Oberaufsicht aus. Der Ortsschulrat wird nun durch allgemeine Wahlen bestellt. In der Folge schwelt in der SdAP ein Konflikt zwischen Gemäßigten und Radikalen über die Kompromissbereitschaft der sozialdemokratischen Führung. Auch die Wienlastigkeit der Parteiführung wird kritisiert. Ähnliche Konflikte über die Kompromisse von Rauhofer mit den Sozialdemokraten werden in der christlichsozialen Partei geschürt. Die Kleriker Gangl und Thullner wollen mit Unterstützung von Seipel eine antimarxistische Front gegen die SdAP bilden.

30.April 1925: Rücktritt Landeshauptmann Rauhofer

Die Sozialdemokraten können die Koalition trotz einer Vertrauenserklärung für Rauhofer nicht retten. Der sozialdemokratische Landtagspräsident Hans Morawitz übergibt dem Landeshauptmannstellvertreter Leser die Agenden des Landeshauptmannes und die Weiterführung der Geschäfte. So gelingt es Landeshauptmannstellvertreter Leser in dieser Zeit des Interregnums 21 konfessionelle Schulen in Gemeindeschulen umzuwandeln.

9.Juni 1925: Wiederwahl von Rauhofer

Die CsP einigt sich nun mit dem Bauernbund auf eine Wiederwahl von Rauhofer. Aber durch den Rücktritt der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder wird durch eine Geschäftsordnungsänderung die Regierung durch die fehlende Zahl von Mitgliedern nicht beschlussfähig. Diese Regierungskrise dauert bis Dezember 1925.

30.Dezember 1925: Bildung einer Konzentrationsregierung

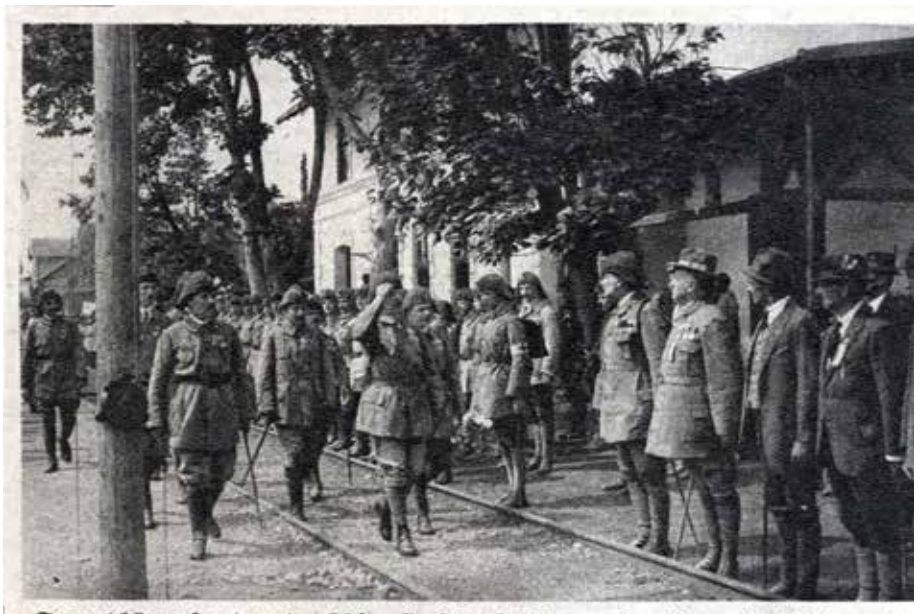
Durch eine Aberkennung von Mandaten kommt es zwischen Christlichsozialen und Bauernbund zu einer Auseinandersetzung, die mit dem Austritt des Bauernbundes aus der Koalition endet.

30.Jänner 1927: Schattendorf

1925/26 werden in den Bezirken Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf Lokalorganisatonen der Frontkämpfervereinigung gegründet. Sie werden von Ungarn unterstützt. Sie streben an, die Grenzorte und die Bahnlinie nach Ödenburg zu beherrschen. Sie zeigen Präsenz in den sozialdemokratischen Gemeinden. Nach Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei werden Ortsvereine des Republikanischen Schutzbundes aufgebaut. Auch die Heimwehren gründen ihre ersten Verbände im südlichen Burgenland. Die politischen Auseinandersetzungen verlagern sich auf die Straßen. Landeshauptmann Rauhofer meint zur Auseinandersetzung in Schattendorf : „Vor allem muss die Autorität der Gesetze und der Behörden gewahrt werden."

Feber 1927: 3.Landtagswahl

Die CsP gründet eine Einheitspartei mit den Großdeutschen, um alle bürgerlichen Parteien zu einigen. Der Landbund verweigert sich aber. Es wird wieder eine Konzentrationsregierung gebildet und Josef Rauhofer bleibt Landeshauptmann



Frontkämpfertag in Eisenstadt: Defilierung der burgenländischen und Wiener Frontkämpferformationen vor dem Reichsobmann Oberst Zeiß.

10.Jänner 1928: Schreiner neuer Landeshauptmann

Es wird die Landeshypothekenanstalt gegründet. Eine notwendige Agrarreform scheitert aber. Die SdAP fordert eine Enteignung des Großgrundbesitzes mit einer Entschädigung der Besitzer. Ein Teil des enteigneten Bodens soll zur Vergrößerung von Bauernwirtschaften und die Errichtung von Arbeiterwohnungen herangezogen werden. Der andere Teil soll unter öffentlicher Verwaltung in Großmusterwirtschaften gestellt werden, damit Landarbeiter Beschäftigung erhalten. Die CsP sind gegen die Enteignung von Privateigentum. Sie wollen mit Entwässerung, Flußregulierung und Kultivierung von Ödland Ackerflächen gewinnen. Durch Kommassierung soll die Bewirtschaftung produktiver werden.

Die große Leichenfeier für die Opfer von Schattendorf: Unter riesiger Beteiligung der Ortsbewohner sowie vieler tausender aus dem Burgenlande und den übrigen Bundesländern herbeigeeilter Trauergäste wird die Leiche des achtjährigen Josef Größing zu Grabe getragen.

24.Juli 1929: Rücktritt von Schreiner und Wahl von Johann Thullner

Die Landesregierung versucht durch ein Aufmarschverbot der militärischen Wehrverbände die Straßenkämpfe zu unterbinden. Landeshauptmann Schreiner tritt während der Debatte um die Bodenreform zurück. Ihm folgt der Pfarrer Thullner als Landeshauptmann nach.

Der blutige Sonntag im Burgenlande: Arbeiterordner als Ehrenwache an der Stelle vor dem Gasthaus Tscharmann in Schattendorf, wo der Kriegsinvalide Matthias Smarictödlich getroffen wurde.

Besuch des Bundespräsidenten im Burgenland: Empfang des Bundespräsidenten Dr. Hainisch auf dem Marktplatz in Mattersburg.

9.November 1930: 4.Landtagswahl

Die CsP tritt mit der Heimwehr zur Wahl an. Die jüngeren Mitglieder der CsP wie Sylvester, Karall und Wagner treten für der Errichtung einer Einheitsfront gegen den Marxismus an.

5.Dezember 1930: Wiederwahl Schreiner

Es wird wieder eine Konzentrationsregierung von CsP, SdAP und Landbund gebildet. Michael Koch verliert sein Landesratsmandat an Johann Wagner.

5.Oktober 1931: Rücktritt von Schreiner

25.November 1931: Wahl von Walheim

Die CsP verweigert eine Koalition: Leser bildet mit dem Landbund eine Koalition. Walheim wird Landeshauptmann. Die SdAP kann aber beim Fernbleiben der CsP Mitglieder in der Regierung keine Beschlüsse fassen. Koch verhindert so jeden Regierungsbeschluss. Walheim vom Landbund nimmt Verhandlungen mit Sylvester auf. Beide Parteien bilden ein Koalition.

Ausschaltung des Parlaments und der Parteien

Nach der Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß werden sozialdemokratische Versammlungen verboten, der Republikanische Schutzbund aufgelöst und die Presse zensuriert. 1933 wird die Arbeiterkammer aufgelöst, die durch Verhandlungskommissionen ersetzt wird. Im Jänner 1934 wird in Kaisersteinbruch ein Anhaltelager für politische Gefangene errichtet. Der Gemeinderat wird in Gemeindetag umbenannt und die Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung werden ausgeschlossen. Landbund und Großdeutsche lösen ihre Parteien auf. Die CsP wird am 16.Oktober 1934 aufgelöst. Der Großteil der Mitglieder hat sich schon 1933 der Vaterländischen Front angeschlossen.

Erhebung vom 12.Februar 1934

Landesschützen, Heimatschutz und Ostmärkische Sturmscharen besetzen alles wichtigen Orte. Unblutige Kämpfe gibt es in Neufeld, Siegendorf, Pöttsching und Neutal. Funktionäre werden in das Anhaltelager in Wöllersdorf eingeliefert. Nur Ludwig Leser gelingt die Flucht nach Preßburg. Personen, die Widerstand gegen das faschistische Regime leisten, werden verhaftet und eingekerkert. Insbesondere die Meierhöfe sind Zentren des Widerstandes. In Walbersdorf wird der Bürgermeister Lehner Johann abgesetzt und der Gendarmerie-Inspektor Morbitzer Reinhold als Sicherheitskommissär eingesetzt.

In Mattersburg werden sozialdemokratische Ortsgruppen Vereine aufgelöst wie der „Österreichische Baugewerkschaft“, „Freie Schule - Kinderfreunde“, Reichsverband der Hebammen Österreichs“, „Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschösterreichs“, der Arbeiter-Musikverein, Arbeiter Jagd- und Schützenverein, der Arbeiter-Radiobund, der Arbeiter-Sparverein aufgelöst.

Walheim wird am 22. Feber 1934 als Landeshauptmann ab- und Hans Sylvester eingesetzt. Das Amt der Landesregierung wird in Landeshauptmannschaft umbenannt. Der neu eingesetzt Landtag aus Vertretern der Kirche, des Schulwesens und der Berufsstände beschließt am 15.Oktober 1934 eine neue Landesverfassung. Der Landeshauptmann wird vom Bundespräsidenten ernannt. Der Landtag hat nur beratende Funktion.

Drei politische Lager beherrschen die Politlandschaft

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SdAP)

Die SdAP war von 1922 bis 1930 stimmenstärkste oder zweitstärkste Partei. Ihre Entstehung hat ihren Ursprung in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihre Anhänger rekrutierten sich einerseits aus den Wanderarbeitern, die in Wien oder Niederösterreich ihr Brot verdienten und dort auch die Ideen des Sozialismus kennen lernten und anderseits aus den Kleinbauern und Tagelöhnern, die in prekären Verhältnissen lebten. In Ödenburg wurde 1892 ein Arbeiterbildungsverein gegründet, aus dem die „Sozialdemokratische Partei" hervorging. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde die davor revolutionäre oppositionelle Sozialdemokratische Partei Regierungspartei der Republik Deutsch-Österreich. Bei den westungarischen Sozialdemokraten bildeten sich zwei Positionen zur Frage nach dem Anschluss an Österreich. Die einen plädierten für ein autonomes Deutschwestungarn innerhalb des ungarischen Staates, die anderen waren hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen für den Anschluss an Österreich. Nach dem Sturz der kommunistischen Räterepublik unter Bela Kuhn am 1. August 1919 und der Machtübernahme durch den Antisemiten und Feind der Arbeiterbewegung Niklas Horthy waren sich die Sozialdemokraten in Westungarn einig, dass der Landstrich zu Österreich kommen solle. Die Sozialdemokratische Partei für das Burgenland wurde am 9. Jänner 1921 in Wiener Neustadt gegründet. Die führenden Köpfe der Partei waren Ludwig Leser, Ignaz Till und Ernst Hoffenreich. Das Parteiorgan war die Burgenländische Freiheit.

Burgenländische
Freiheit
Sozialdemokratisches Landesorgan

Dr. Ludwig Leser

Dr. Ludwig Leser

Geboren 1.08.1890 in Neufeld, gestorben am 30.10.1946 in Wien

Leser stammte aus einfacher Familie. Sein Vater war Portier und Lagerverwalter in der Neufelder Jutefabrik, wo auch Leser nach Schule und Studium angestellt war. Nach seiner Rückkehr aus dem 1. Weltkrieg engagierte er sich in Neufeld für die dortige Sozialdemokratie Er war Funktionär in der ungarischen Räterepublik. Vom Hortyregime wurde er wegen Hochverrates vor Gericht gestellt und zu einer einjährigen Kerkerstrafe verurteilt. Es gelang ihm im August 1921 die Flucht aus dem Gefängnis nach Österreich. Dort war er bei den burgenländischen Sozialdemokraten aktiv. Am 27. Jänner 1922 wurde er Mitglied der „Verwaltungsstelle für das Burgenland". Rasch wurde er ein führendes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und im Februar 1924 zum Landesparteiobmann gewählt. Bei den Landtagswahlen 1922 war er Spitzenkandidat der Sozialdemokraten und wurde Landeshauptmannstellvertreter, was er bis 1934 blieb.

Im Februar 1934 floh er vor einer Verhaftung in die Tschechoslowakei und lebte in Pressburg im Exil. Er stand in Verbindung mit dem „Auslandsbüro Österreichischer Sozialdemokraten" und schrieb Artikel für die illegale Burgenländische Freiheit, die in das Land geschmuggelt wurde. Er hielt auch Vorträge. Ab 1937 lebte er in Prag, wo er sich halbwegs frei bewegen konnte. Im August 1939 wurde er vorübergehend verhaftet und nach Wien gebracht. Sechs Wochen war er in Gestapo - Untersuchungshaft. Er konnte sich aber anschließend unter dem Decknamen Jan Laufer unbelästigt in Prag aufhalten. Ab 11.Oktober 1939 diente er dem NS-Regime als V-Mann unter der Bezeichnung „Lederer" bzw. „S 26". Für den deutschen Geheimdienst war Leser wegen seiner umfangreichen Kontakte zu Sozialisten in ganz Europa, besonders aber in Skandinavien, besonders interessant. Umstritten ist, ob Leser Gesinnungsgenossen „verraten" hat. Leser stand aber auch in Verbindung zu Vertretern des österreichischen Widerstandes. 1945 war eine neuerliche Parteikarriere für ihn nicht mehr möglich. Jedoch wurde er von der provisorischen Staatsregierung zum Landeshauptmann des Burgenlandes ernannt und nach den Wahlen 1946 wurde er Landeshauptmannstellvertreter.

Christlich Soziale Partei (CsP)

Der Klerus fasste in Westungarn Ende des 19. Jahrhunderts Fuß, als die „Katholische Volkspartei" in Österreich-Ungarn gegründet wurde. Im Herbst 1921 entstand in Wien eine „Burgenländische christlichsoziale Partei", die sich stark für den Anschluss einsetzte. Der erste Landesparteitag fand erst am 14. März 1922 statt. Der Pfarrer Gangl und der Mattersburger Baumeister Michael Koch konnten sich als führende Persönlichkeiten durchsetzen. 130 Vertrauensleute aus dem ganzen Land waren ins Hotel Steiger gekommen. Auch Vertreterinnen der katholischen Frauenorganisation und der Mattersdorfer Pfarrer Köppl nahmen teil. Die Christlichsozialen verfügten über kein Parteiorgan. Sie veröffentlichten im „Der Burgenländer", eine Zeitung, die der Christliche Burgenländische Bauernbundes vom April 1922 bis August 1923 heraus gab.

Michael Koch

Michael Koch

Geboren 4. Oktober 1877 in Mattersburg, gestorben 16. Oktober 1941 in Mattersburg.

Er war zunächst Maurerpolier in einer Wr. Neustädter Firma, später Maurermeister und Bürgermeister in Mattersburg. In Wr. Neustadt kam er mit Nationalratsabgeordneten Gruber aus Sollenau in Kontakt, der ihn besonders förderte. Er spielte eine wichtige Rolle für den Anschluss Deutschwestungarns an Österreich. Er löste sich von den Leuten, die für Ungarn waren. Mit seinem Anschluss an die Christlichsozialen in Wien begann seine politische Karriere. Die Bundesparteileitung entsandte ihn 1922 in die Verwaltungsstelle für das Burgenland und er wurde Mitglied des Landesparteivorstandes. Von 1922 bis 1934 saß Koch im Burgenländischen Landtag, 1933/34 war er Landtagspräsident. Von 1924 bis 1930 gehörte Koch der Landesregierung an. Er war Landesrat für Gewerbe- und Gemeindeangelegenheiten. Über viele Jahre hinweg galt Koch als die dominierende Persönlichkeit und die „graue Eminenz" der Christlichsozialen.

Von 1932 bis 1937 war er Vizepräsident des „Beirates für Handel, Gewerbe und Industrie" (später Handelskammer). Im Stän-

destaat hatte er die Funktion als Obmann des Landesgewerbeverbandes und der Landesgruppe des Österreichischen Gewerbebundes inne. 1938 war er kurz Präsident der Handelskammer.

Nachdem er auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Vaterländischen Front (VF) unter der nationalsozialistischen Herrschaft alle politischen Ämter verloren hatte, unter Hausarrest gestellt worden war und eine Loyalitätserklärung gegenüber dem Deutschen Reich unterzeichnen musste, zog er sich ins Privatleben zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten seine Nachkommen das Bauunternehmen und den Baustoffhandel zu einem der größten Betriebe dieser Branche in Österreich aus.

Deutschnationale Lager

Das Deutsche Lager bildete die Großdeutsche Volkspartei und der Burgenländische Bauernbund, der später zum Landbund wurde. Die beiden Gruppen hatten die gleiche Ideologie, stützen sich aber auf verschiedene Stände. Die Großdeutschen vertraten die Interessen der Beamten, der Intellektuellen und der Wirtschaft. Der Bauernbund hatte seine Basis bei den Bauern im Süden des Landes. Die führenden Persönlichkeiten der Großdeutschen waren vor allem Karl Wollinger und Alfred Walheim, der sich später dem Landbund anschloss. Das nationale Lager setzte sich naturgemäß für den Anschluss an Österreich ein.

Die Gründungsversammlung des Großdeutschen Landbundes für Österreich fand am 8. Jänner 1922 in Sauerbrunn statt. Die erste Hauptversammlung des burgenländischen Bauernbundes trat am 23. April 1922 zusammen. Der wichtigste Proponent des Lagers war Alfred Walheim.

Dr. Alfred Josef Walheim

Geboren 05.11.1874 in Ödenburg, gestorben 21.12.1945 in Wien

Dr. Alfred Wahlheim

Walheim stammte aus gutbürgerlichem Haus. Sein Vater war Kaufmann in Ödenburg, 1877 übersiedelte die Familie nach Wien, wo Walheim Latein, Griechisch und Deutsch studierte. Bis 1921 war er im Schuldienst tätig, danach widmete er sich ausschließlich der Politik.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg trat er dem „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ bei. Im März 1919 übernahm er die Leitung bei den „Deutschen Landsleuten aus Ungarn“. Im Sommer 1919 wurde er in die Verwaltungsstelle für das Burgenland entsandt. Bei den Landtagswahlen 1922 war er Spitzenkandidat der Großdeutschen Volkspartei. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten wurde er zum Landesrat für das Referat Schulangelegenheiten ernannt. Nach dem Rücktritt von Alfred Rausnitz im Juli 1923 wurde Walheim mit Unterstützung der Sozialdemokraten zum Landeshauptmann gewählt, was er bis zur Landtagswahl im Oktober 1923 blieb. Nach der Fusion des Landbundes mit den Großdeutschen wechselte er zum Landbund. Von 1923 bis 1934 war er wieder Abgeordneter im Burgenländischen Landtag und 1924/25 auch im Bundesrat tätig. Im Dezember 1929 wurde er nach dem Rücktritt Gottlieb Grabenhofers wieder Landesrat (Referat für Landeskultur). Nach dem Rücktritt von Landeshauptmann Anton Schreiner wurde Walheim am 25. 11. 1931 mit Unterstützung Lesers erneut Landeshauptmann. Als die Christlichsozialen jede Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten verweigerten und die Regierung handlungsunfähig machten, näherte sich Walheim den Christlichsozialen an. Nach dem Februaraufstand 1934 musste er als Landeshauptmann zurücktreten. Er blieb noch für einige Monate Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesrat. Im Oktober 1934 schied er aus allen politischen Funktionen aus. Walheim war auch literarisch als Poet und Wissenschaftler tätig. 1933 wurden seine „Balladen aus dem Burgenland“ gedruckt, 1935 erschien ein Gedichtband.

Erste Landtagswahl

Die erste Landtagswahl vom 18. Juni 1922 war gleichzeitig Nationalratswahl. Die Wahlbeteiligung war mit 83,2% sehr hoch. 153.663 Personen waren stimmberechtigt.

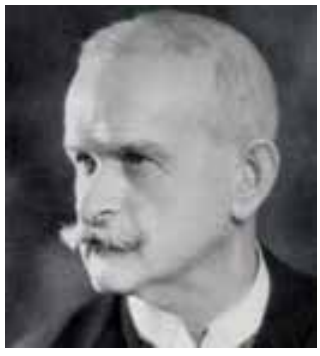
Partei	Stimmen	%	Mandate	
			Nationalrat	Landtag
Sozialdemokratische Partei	49.059	38,1	3	13
Christlichsoziale Partei	40.156	31,2	3	10
Großdeutscher Landbund	16.510	12,8	1	4
Burgenländischer Bauernbund	21.990	17,1	1	6
Burgenländische Bürger- und Bauernpartei	1.113	0,8	-	-

Zahlenquelle: Johann Kriegler, Politisches Handbuch des Burgenlandes1972

Die Sozialdemokraten waren über ihren haushohen Sieg genauso überrascht, wie die Christlichsozialen über ihre Niederlage enttäuscht waren. Der erste Landeshauptmann nach den Wahlen 1922 wurde Dr. Alfred Rausnitz.

Dr. Alfred Rausnitz

Geboren 24.11.1876 in Wien, gestorben 19.02.1956 in Graz.



Dr. Alfred Rausnitz

Rausnitz entstammte einer alten Offiziersfamilie. Nach dem Jusstudium trat er in den Polizeidienst ein und wurde 1918 Leiter des neu gegründeten Polizeikommissariats in Wiener Neustadt. 1921 wurde er mit dem gesamten Grenzschutz gegen Ungarn betraut. Nach dem Rücktritt des Landesverwalters Dr. Robert Davy wurde er dessen Nachfolger. Nach den Landtagswahlen im Juni 1922 wurde der parteiunabhängige Rausnitz zum ersten Landeshauptmann des Burgenlands gewählt. Er geriet bald in politische Turbulenzen. Insbesondere in der Schulfrage unterstützte er die Position der CsP, die für ein konfessionelles Schulwesen eintrat. Ein Misstrauensantrag der Sozialdemokraten und dem Landesbund aufgrund seiner Haltung in der „Priningsdorfer Lynchaffäre“ *) brachte ihn schließlich zu Fall. In der Hauptstadtfrage trat er für Wiener Neustadt ein, was auch zu Widerstand gegen ihn führte. Er demissionierte am 14. Juli 1923 und trat im November desselben Jahres in den Ruhestand.

*) Der damalige Förster der Esterhazy Gutsverwaltung Josef Györke hatte den Kleinbauern Anton Schlögl erschossen. Daraufhin wurde Györke von der Piringsdorfer Bevölkerung gelyncht. Die Gutsverwaltung sagte, Schlögl wäre ein Wilderer gewesen, die Dorfbevölkerung hingegen meinte, er hätte sich schützend vor Beeren sammelnde Kinder gestellt, die sich vom Förster bedroht fühlten. Die Sozialdemokraten gaben dem Oberpullendorfer Bezirkshauptmann Simon Hagenauer Mitschuld an dem Vorfall, weil er nicht konsequent bei der Entwaffnung des Försters Györke durchgegriffen hätte. Landeshauptmann Alfred Rausnitz aber stellte sich hinter dem Bezirkshauptmann.

Zweite Landtagswahl

Nach scharfen Auseinandersetzungen zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten zur Schulfrage wurde im Sommer 1923 der Erste Landtag im Einvernehmen aller Parteien aufgelöst.

Für den 21. Oktober 1923 waren Nationalratswahlen angesetzt, gleichzeitig wurde für den Landtag gewählt. Wie auch 1922 war der Streit um die konfessionelle Schule das bestimmende Thema im Wahlkampf. Das Kräfteverhältnis der Parteien hatte sich inzwischen etwas verschoben. Bei einer etwas niedrigeren Wahlbeteiligung von 76,46 % kam es zu folgendem Ergebnis:

Partei	Stimmen	%	Mandate	
			Nationalrat	Landtag
Sozialdemokratische Partei	46.524	38,6	4	12
Christlichsoziale Partei	45.275	37,5	4	13
Verband der Großdeutschen und des Landbundes	3.123	2,6	-	-
Burgenländischer Bauernbund	23.201	19,2	1	7
Kroatenpartei/Hrvatska stranka	2.454	2,1	-	-

Zahlenquelle: Johann Kriegler, Politisches Handbuch des Burgenlandes

Nach schwierigen Verhandlungen wurde eine Koalitionsregierung zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten gebildet. Landeshauptmann wurde der gebürtige Mattersburger Josef Rauhofer, der jedoch wegen des Streits zur Hauptstadtfrage im Mai 1925 zurücktrat. Er trat für Sauerbrunn ein. Am 9. Juni wurde er mit Unterstützung des Landbundes wieder zum Landeshauptmann gewählt.

Josef Rauhofer

Josef Rauhofer

geboren 1875 in Mattersburg, gestorben 1939 in Baden

Die Familie Rauhofer besaß einen Glasereibetrieb in Mattersburg. Er studierte Rechtswissenschaft Pressburg Für kurze Zeit war er Richter, danach Beamter in die bosnisch-herzegovinischen Landesregierung. 1917 wurde er in das Nationalitätenministerium nach Budapest berufen. Nach dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich ging er nach Wien, wo er im Staatsamt für Inneres tätig war. Er gehörte dem „Ödenburger Heimatdienst“ an. Er war Mitglied der Abstimmungskommission in Ödenburg. Rauhofer wurde in Sauerbrunn Stellvertreter des Landesverwalters Robert Davy und Vorstand des Landesgrenzbüros. Später war er in der Personalabteilung Burgenländischen Landesregierung tätig.

In Wien hatte sich Rauhofer der Christlichsozialen Partei angeschlossen und wurde geschäftsführender Obmann der provisorischen Landesparteileitung. Beim katholischen, konservativen Parteiflügel blieb er unerwünscht. Daher machte man nicht ihn, sondern den Wiener Neustädter Dr. Rausnitz zum Nachfolger Davys. Im Februar 1922 gründete Rauhofer die „Burgenländische Volkspartei“ und ging ein Wahlbündnis mit dem Landbund (Burgenländischer Bauernbund) ein. 1923 schloss er sich aber wieder der Christlichsozialen Partei an, die ihn in den Landtag schickte. Nach langen Regierungsverhandlungen einigte man sich mit den Sozialdemokraten, Josef Rauhofer als Kompromisskandidaten zum Landeshauptmann zu wählen.

Wo stimmst Du hin?

Der christlichsoziale Bürgermeister besucht in Wien einen christlichsozialen Advokaten in seiner Privatkanzlei, bewundert dieselbe, ist in 5 Minuten abgefertigt, und zahlt dafür 2 Millionen aus Gemeindemitteln.

Das ist das steuergeprüfte öffentliche Leben auf christlichsozialer Grundlage?

Mattersburger Wähler!! Ehe Ihr Eure Stimme für die christlichsoziale Partei abgebt, erinnert Euch an die Behandlung des christlichsozialen Bürgermeisters, wenn Ihr ämtlich zu tun hattet, sein Amtslokal war stets das Wirtshaus, dasselbe wählt Ihr wieder, wenn Ihr christlichsozial wählt.

Wählet daher die Sozialdemokratische Partei!

Schach der roten Demagogie

Die Vorgänge im bgld. Landtag! Antwort dem Ldhptmst. Leser

Burgenländisches Volk erscheint in Massen und hört die Wahrheit am

Freitag, den 27. Nov. um ½8 Uhr abds. in der „Weissen Rose“

Es sprechen: Kamerad Gemeinderat ING. STROBL

und Kamerad PROF. WIMMER

Investition in Gebäudeinfrastruktur

Eine Zusammenstellung der geplanten Ausgaben für den Bau von Gebäuden im Burgenland zeigt folgendes Bild:

Schule und Kindergarten	2,4
Amts- und Wohnhaus	10,0
Zollgebäude	6,2
Krankenhaus und Fürsorge	3,5
Sonstige Bauten	4,9
Gesamt (Million öS)	27,0

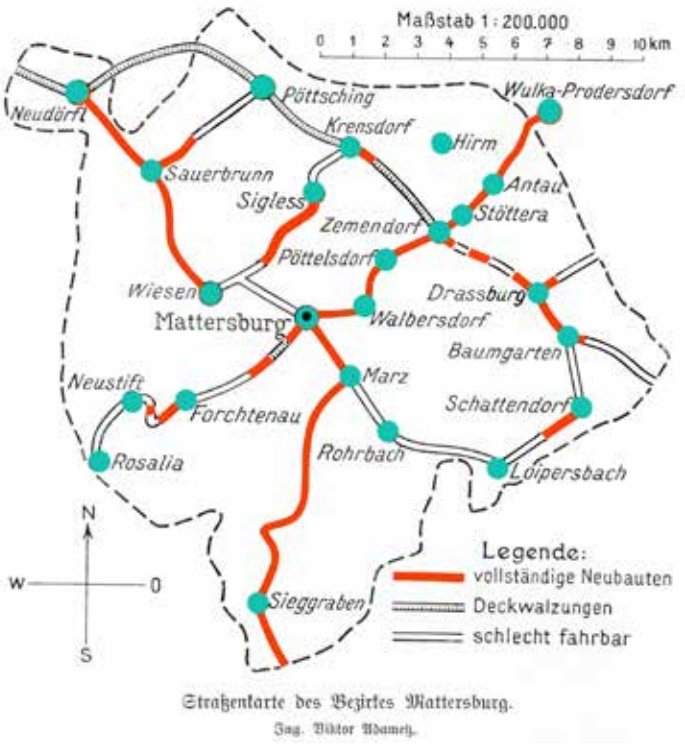
Neuausrichtung der Infrastruktur

Die Situation der Infrastruktur nach der Angliederung erweist sich als desolat. Bahnverbindungen sind nach Ungarn ausgerichtet. Die Straßen sind Stückwerk und zum großen Teil nicht befahrbar. Verwaltungsgebäude sind kaum vorhanden. Es herrscht große Wohnungsnot. Das Sozial- und Gesundheitswesen kann die Bevölkerung nicht versorgen.

Programmatische Vorstellung der Landesregierung

Landeshauptmann Rauhofer sieht die wichtigsten Aufgaben in der Errichtung von Straßen, eines Regierungsgebäudes, Amtsgebäuden in den Bezirksvororten, Förderung der Landwirtschaft und dem Aufbau des Landwirtschaftlichen Bildungswesens. Es müssen Spitäler, 12 Volksschulen und drei Bürgerschulen errichtet werden. Die Bahn von Steinamanger über Pinkafeld nach Pinggau muss fertiggestellt werden. Die Ausrichtung der Straßenverbindung vom Norden in den Süden wird als vorrangig betrachtet. Die vorhandene west-östliche Ausrichtung des ungarischen Verkehrswesen muss in eine nordsüdliche geändert werden.

Zur Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen wird am 1.März 1928 unter Landeshauptmann Schreiner eine Anleihe über 10 Millionen Schilling aufgenommen. Vier Millionen sind für den Straßenbau vorgesehen. Vier Millionen werden als Kapital der Landeshypotheken-Anstalt zur Verfügung gestellt.



Straßenkarte des Bezirkes Mattersburg.
Ing. Viktor Adamek.

Ausbau der Straßen im Mattersburger Bezirk

Die ehemalige Reichsstraße Ödenburg nach Wiener Neustadt ist ganzjährig befahrbar. Die anderen Straßen sind lehmige Karrenwege, die bei Regen mit einem LKW nicht befahrbar sind. Die Baubezirksleitung Mattersburg betreut die Bundesstraßen:

- Ödenburgerstraße: Neudörfl-Pöttsching-Krensdorf-Kleinfrauenhaid-Zemendorf-Draßburg-Baumgarten-Ödenburg
- Antauerstraße: Wulkaprodersdorf-Zemendorf-Antau-Stöttera
- Mattersburgerstraße: Pöttelsdorf-Walbersdorf-Mattersburg-Marz-Sieggraben-Weppersdorf

In die Mattersburgerstraße wird die Hälfte des vorhandenen 4 Millionen Budgets verbaut. Insgesamt wird erreicht, dass die Bundes- und Landesstraßen bei jeder Witterung befahrbar werden.

Als Landesstraßen gelten:

- Schattendorferstraße: Neudörfl-Sauerbrunn-Wiesen-Mattersburg-Marz-Rohrbach-Loipersbach-Schattendorf,
- Rosalienstraße: Mattersburg nach Neustrift)

Am 14.August 1922 erfolgt der Spatenstich für die 18 km lange Straße von Marz nach Weppersdorf über Sieggraben. 1928 erfolgt die Fertigstellung der Sieggrabener Straße. Weiters werden folgende Straßen errichtet: Liebing-Lockenhaus, Deutschkreutz-Nikitsch, Wulkaprodersdorf-Zemendorf

Infrastruktur Maßnahmen der Gemeinde Mattersburg

Im Gemeindeprotokoll 9.Nov.1919 wird der Ausbau der Straßen von Ödenburg-Mattersdorf-Neudörfl gefordert.

Die Gemeinde lehnt im Juni 1923 die Beitragsleistung der Gemeinde Mattersburg zum Straßenbau Marz-Weppersdorf ab, da sie nicht einmal in der Lage ist, ihre eigenen Gemeindestraßen zu erhalten. Als erste Maßnahme zur Verbesserung der Gemeindestraßen soll die Straße von der Kadnar-Mühle bis zur Judengasse und von der Königstraße bis zum Viehmarkt geschottert werden. Dafür wird eine geeignete Schottergrube gesucht.

Anlässlich der landwirtschaftlichen Bezirksausstellung am 28. und 29.September 1924 beschließt die Gemeinde auf Anregung des Bezirkshauptmannes Faludi, dass die Gehwege und Straßen vom Bahnhof über dem Hauptplatz-Brückengasse-Viehmarkt beschottert werden. Der Viehmarkt selbst soll beschottert und planiert werden.

Die Gemeinde lehnt eine Beteiligung am Brückenbau der Nachbarwege von Schattendorf-Rohrbach-Marz-Mattersburg ab: „Die Gemeinde hat an der genannten Vizinalstrasse kein Interesse in dem dieselbe durch Mattersburger nicht befahren wird, infolgedessen kann die Gemeinde Mattersburg zu den geplanten Brückenbau nichts beitragen." (Gemeinderatsbeschluss 30.August 1924)

Der schlechte Zustand der Bezirksstraßen macht die Eröffnung von Buslinien auf den Bezirksstraßen anfangs unmöglich. Erst ab 1926 wird der Busverkehrs entwickelt. Postkraftwagen, NIBUG (Niederösterreichisch-Burgenländisch-Verkehrsgesellschaft), Kraftwagen der Stadtgemeinde Wiener Neustadt ermöglichen den Personentransport mit Autobussen.

Seit der Angliederung von 1922 bis 1939 können im Burgenland folgende Straßenkilometer ausgebaut und befestigt werden:

Straßenzustand	Gesamt	Schwer	Mittel	Leicht	Gesamt Befestigt	
Bundesstraße	370 km	29 km	39 km	77 km	145 km	40%
Landes/Bezirksstraße	875 km	5 km	17 km	34 km	56 km	6%

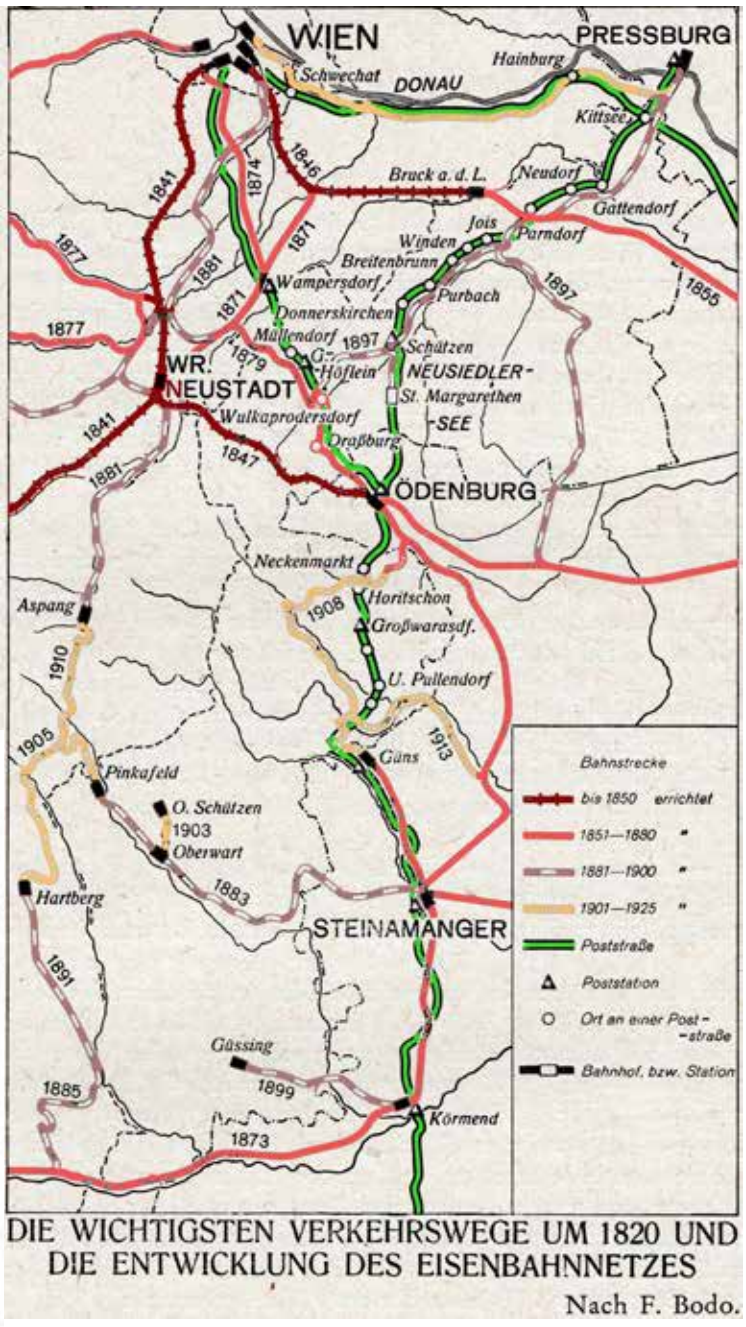
(Decken Schwer= Asphalt,Beton, Großpflaster. Mittel = Grobschotter, Asphalt unter 6cm. Leicht= Grobsplitt gewalzt)

Bahnverbindungen nach Österreich

Die Bahnlinien im Bezirk Mattersburg befinden sich in schlechtem Zustand. Sie sind für einen verstärktem Zugsverkehr nicht geeignet. Der einzige Bahnknoten mit Ödenburg ist verloren gegangen. Die Verbindung in den Süden muss über Ungarn erfolgen. Es wird deshalb eine Eisenbahnlinie St.Martin-Mattersburg-Wulkaprodersdorf geplant. Auf Wunsch der Gemeinde erhält Mattersburg 1923 eine Haltestelle für Schnell- und Expreßzüge.

Die Herstellung der Bahnverbindungen zu den anderen Bundesländern wird als wichtiges Ziel gesehen. Im nördlichen Burgenland ist eine gute Anbindung nach Wiener Neustadt und Wien gegeben. Im südlichen fehlt der Anschluß an die Steiermark, Graz und Wien.

1888 erfolgt die Errichtung der Pinkatalbahn von Szombathely über Rechnitz und Oberwart nach Pinkafeld. Die Verbindung an die Steiermark wird mit der Verlängerung der Pinkatalbahn nach Friedberg in Angriff genommen. Die Bahnlinie Pinkafeld - Friedberg wird 1925 eröffnet. Es ermöglicht den Anschluss des Südburgenlandes über die Aspangbahn nach Wiener Neustadt und Wien.



DIE WICHTIGSTEN VERKEHRSWEGE UM 1820 UND DIE ENTWICKLUNG DES EISENBAHNNETZES

Nach F. Bodo.

Dieser Ausbau bleibt aber die letzte Ausweitung des Schienennetzes. Burgenland besitzt knapp 4% des österreichischen Schienennetzes.

Der Bahnbau Pinkafeld—Friedberg: Eingang zu dem 500 Meter langen Tunnel von der Pinkafelder Seite.

Eine neue Bahnlinie.

In Gegenwart des Bundespräsidenten Doktor Hainisch wurde die neue Lokalbahnstrecke Friedberg—Pinkafeld dem Verkehr übergeben. Bundesminister Dr. Schürff hielt eine Begrüßungsansprache. Nach der kirchlichen Weihe sprach Dr. Hainisch, der die Bahnstrecke für eröffnet erklärte, über die Bedeutung des vollendeten Werkes, das heute das Burgenland mit den österreichischen Kulturzentren Wien und Graz verbindet und damit mit der großen deutschen Kulturwelt. Die Bahnlinie ist der erste Bahnbau unserer jungen Republik.

Verkehrssituation im Lichte des Friedensvertrages

(aus ADÖ 3/507, 23./24. Februar 1921 535 Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich)

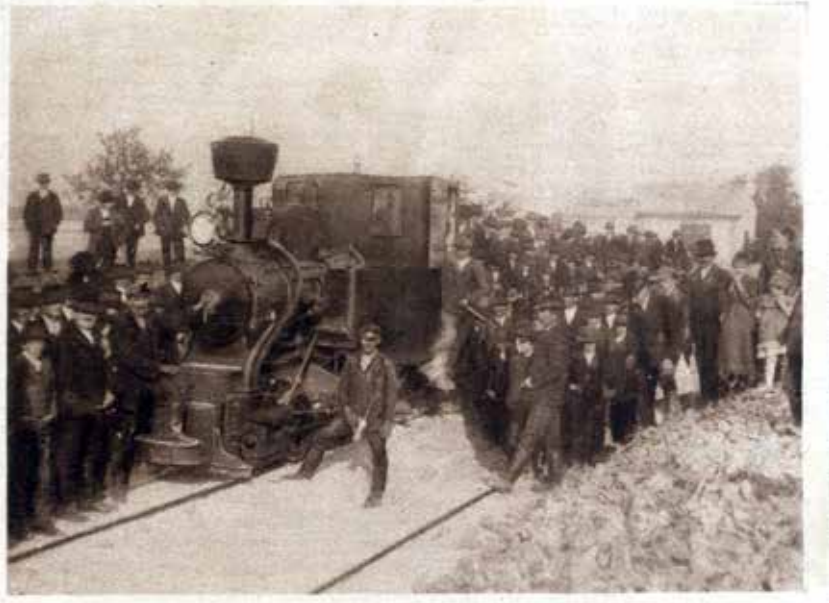
Sektionsrat Geber weist darauf hin, daß im allgemeinen die Haupteisenbahnlinien in Westungarn von Westen nach Osten gerichtet sind und durch die neue Grenze unvermittelt zerschnitten würden. Solche Hauptlinien sind vor allem die Linie Bruck-Parndorf-Straßsommerein-Raab, dann die Linien Ebenfurth-Ödenburg-Cszorna-Raab und Wiener-Neustadt-Ödenburg-Szombathely und schließlich die Linie Gyanafalva-St. Gotthard-Körmend. An Eisenbahnverbindungen, die in Westungarn von Norden nach Süden gerichtet sind, kämen nur einzelne Lokalbahnstrecken in Betracht, die aber vielfach auch durch die neue Grenze zerschnitten oder vom Anschluß an die Hauptlinie abgeschnitten werden. Solche sind: die Bahnlinie, die um den Neusiedlersee herum von Ödenburg über Eisenstadt und Frauenkirchen nach Petöhaza führt. Sie wird durch die neue Grenze zwischen den Stationen Pamhagen und Mexiko (Mekszikópuszta) zerschnitten, so daß auf ungarischem Gebiet nur etwa 10 bis 12 km Bahnlänge verbleiben würden, deren Betrieb als nicht ökonomisch wohl aufgelassen werden müßte. Dann kommt die Lokalbahn von Köszeg (Güns) - Ober-Pullendorf (Felsö-Pulya) - St. Martin-Kohlnhof in Betracht. Auch hier liegt die Kopfstation Güns auf ungarischem Gebiet. Schließlich sei noch die Lokalbahn Steinamanger-Pinkafö erwähnt, die ebenfalls durch die neue Grenze von ihrer Kopfstation abgeschnitten werden wird, wie auch das kurze Stück der Lokalbahn Körmend-Nemetujvar. Dadurch, daß von Ödenburg aus, wo sich die Direktion befindet, der ganze Betrieb nicht nur auf den Lokalbahnen, sondern auch auf den auf ungarischem Gebiet verbleibenden Hauptlinien geleitet wird, daß dort die einzigen in Betracht kommenden Eisenbahnwerkstätten sind, würde mit dem Wegfall Ödenburgs der ganze Eisenbahnbetrieb lahmgelegt werden.

Sektions-Chef Dr. Davy glaubt, den Ausführungen des Vorredners entnehmen zu sollen, daß er darlegen wolle, welche Schwierigkeiten sich im Eisenburger Komitat hinsichtlich des Verkehrs im Falle des Anschlusses des Burgenlandes ergeben werden. Redners eigene Ausführungen bezogen sich jedoch nur darauf, daß er andeuten wollte, wie Österreich diesen zweifellos gegebenen Schwierigkeiten in einer bestimmten Richtung begegnen wolle. Die österreichische Regierung habe sich mit dem Studium der Verkehrsfrage sehr eingehend befaßt, es bestehe die Absicht, so bald als möglich den Anschluß der einzelnen Lokalbahnstrecken an die Aspangbahn auszubauen. Gedacht ist eine Verbindung von St. Martin gegen die Aspangbahn, ebenso von Pinkafö gegen Friedberg, dann von Liebing gegen Kirchschlag und von Güssing gegen Hartberg. Damit würde den Burgenländern der Verkehr über österreichisches Gebiet in gleicher Weise ermöglicht, wie er für sie unter Benützung der Strecke Körmend-Szombathely-Ödenburg über ungarisches Gebiet möglich ist. Im Anfang wird die Bevölkerung auch bei Einführung des beabsichtigten Last- und Personenkraftwagenverkehrs gewiß Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Wirtschaftliche Erschließung des Burgenlandes.

Der Mangel an Eisenbahnen im östlichen Teile des Burgenlandes hat die wirtschaftliche Entwicklung großer Landstrecken sehr gehemmt. Aus diesem Grunde war der Transport von Feldfrüchten aller Art unterbunden. Durch die Erbauung einer zehn Kilometer langen Schmalspurbahn von der Station Wallern der Raab-Oedenburger Eisenbahn nach Andau wird die Zufuhr von Feldfrüchten, insbesondere Zuckerrüben, wesentlich erleichtert und die Vergrößerung der Anbauflächen für Rüben ermöglicht, was auf die Zuckererzeugung durchgeführt, und hat auch sämtliches Material wie auch die Betriebsmittel geliefert.

Am 15. Oktober 1924 wurde diese Bahn feierlich eröffnet. Die Kommission unter Leitung der Herren Ingenieur Artur Milla, Ministerialrat, Landesregierungsrat Dr. Max Kubin und Oberbaurat Fritz Lohmann wurde im Namen der Gemeinde Andau von Herrn Bürgermeister Peck, Sekretär Somlyai und Thomas Reeh in Wallern empfangen, woselbst sich die Gemeindevorstehungen



Die Eröffnung der Industriebahn Wallern—Andau, projektiert und erbaut von der Firma Feld- und Industriebahnwerke Dr. Brukner-Pollitzer, Wien, III., Ditscheinergasse 3.

Oesterreichs einen wesentlichen Einfluß haben dürfte.

Um das Zustandekommen dieser Bahn haben sich die Gemeindevertretungen der anliegenden Gemeinden ein besonderes Verdienst erworben, indem sie sowohl der Bauherrschaft, wie auch der Bauunternehmung alle Wege nach Möglichkeit geebnet und sämtliche Schwierigkeiten beseitigt haben.

Diese Bahn, welche mit Lokomotiven betrieben wird, wurde auf Veranlassung und auf Kosten der Gutspachtung Frauenkirchen erbaut und wird auch auf deren Kosten betrieben. Die bekannte Bauunternehmung Feld- und Industriebahnwerke Dr. Brukner-Pollitzer, Wien, III., Ditscheinergasse 3, hat diesen Bahnbau projektiert, im heurigen Sommer

der Gemeinde Wallern und Tadten anschlossen.

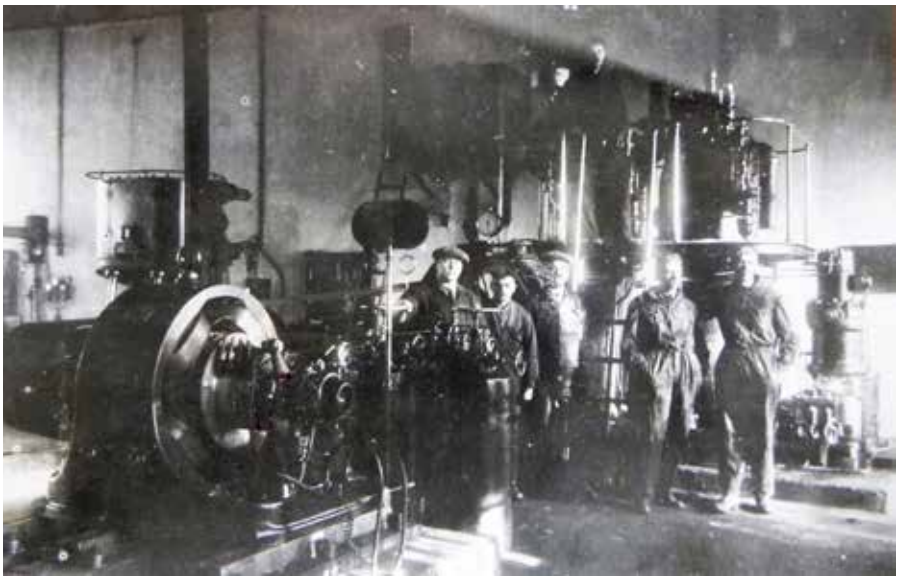
Am Endpunkte der Bahn, im schönen Oertchen Andau, wurde der geschmückte Zug von einer unabsehbaren Volksmenge festlich und mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Nach den feierlichen Klängen der Bundeshymne begrüßte Herr Halwachs mit einer tiefempfundenen Ansprache die Vertreter der Behörden und bat dieselben um die weitere Unterstützung in diesem schweren wirtschaftlichen Kampfe, welchen das burgenländische Volk um das kärgliche Dasein fristen muß. Nach erfolgten Dankesworten für den Empfang seitens des Bezirkshauptmannes Dr. Kubin fuhr die Kommission unter Musikbegleitung nach Andau, woselbst noch viele tiefempfundene Reden gehalten worden sind.

Elektrifizierung

Das erste Stromkraftwerk im burgenländischen Raum wird 1898 in Pinkafeld errichtet. 1900 entsteht das Elektrizitätswerk Eisenstadt mit Dieselantrieb. Es entstehen weitere Werke in Rotenturm, Oberwart und Sauerbrunn. Nach dem Weltkrieg wird die Stromerzeugung weiter ausgebaut. Es entstehen kleine hydraulische Kraftwerke, oft in Verbindung mit Mühlen. Die Elektrifizierung wird vor allem in geschlossenen Orten durchgeführt. Streusiedlungen werden nicht beliefert. Im nördlichen und mittleren Burgenland entstehen zumeist Dieselanlagen für die Erzeugung von Strom für Beleuchtung, da durch fehlende Wasserkräfte eine Stromerzeugung nur in geringem Ausmaß möglich ist.

Elektrizitätswerk in Mattersburg wird mit Dieselkraftstoff betrieben (1927)

Im Jahre 1921 besitzt im Mattersburger Bezirk nur Sauerbrunn ein eigenes Elektrizitätswerk. Die Mattersdorfer Verwaltungskommission gründet im Juli 1922 einen Elektrizitätsausschuss, der die Elektrifizierung von Mattersdorf zu studieren hat und in direkte Verhandlungen mit Wiener Neustadt bzw. mit der NEAG (Niederösterreichische Elektrizitäts AG) treten soll.



Am 27. Mai 1923 wird in Eisenstadt ein Treffen über die Versorgung mit elektrischem Strom im Nordburgenland mit Landeshauptmann Dr.Rausnitz, Nationalrat Hofer, den Bürgermeistern der nordburgenländischen Gemeinden und Vertretern der NEAG aus Wr. Neustadt abgehalten. Für die Realisierung der Elektrifizierung werden aber Finanzmittel notwendig, die zur Hälfte mit einem Darlehen aufgebracht werden müssten. Dies würde zu einer Dauerbelastung der Gemeindehaushaltes führen.

Es erfolgt in den nächsten Jahren ein rascher Ausbau. 1929 besteht in fast allen Gemeinden des Bezirks ein Stromanschluss, der von der Eisenstädter Elektrizitäts A.G. bezogen wird. Mit Ausnahme von Neudörfl, das den Strom von der NEWAG aus Wiener Neustadt bezieht, und Mattersburg, das ein Parallelwerk zu Eisenstadt besitzt.

Burgenland hat keine eigene Überlandselektrizitäsversorgung. In einigen Gemeinden bestehen private Elektrizitätswerke. Im südlichen Burgenland beginnt die Oststeirische - Burgenländische Elektrizitätsgesellschaft ein Stromnetz aufzubauen, das mit der Steirischen Elektrizitätswerke AG (STEWEAG) verschmolzen wird. Im nördlichen Burgenland übernimmt die Niederösterreichische Elektrizitätswirtschaft-AG (NEWAG) den Aufbau eines Stromnetzes.

An die

Aktionäre der Eisenstädter (Kismartoner) Elektrizitäts-A.-G.

Die am 13. August 1923 abgehaltene außerordentliche Generalversammlung hat beschlossen, die derzeitigen Aktien der Gesellschaft, welche auf 100 ung. Kronen Nominale lauten, auf 50.000 öst. K aufzuwerten und vom 1. bis 31. September durchzuführen.

Bei der Anwertung auf 50.000 öst. K hat jeder Aktionär vom 1. bis 31. September 1923 den Betrag von 50.000, Fünfzigtausend öst. Kronen für jede alte Aktie zu bezahlen und dieselbe bei der Eisenstädter Bezirkssparkassa in Eisenstadt gegen Bestätigung, behufs Richtigstellung zu deponieren.

Eisenstadt, am 21. August 1923.

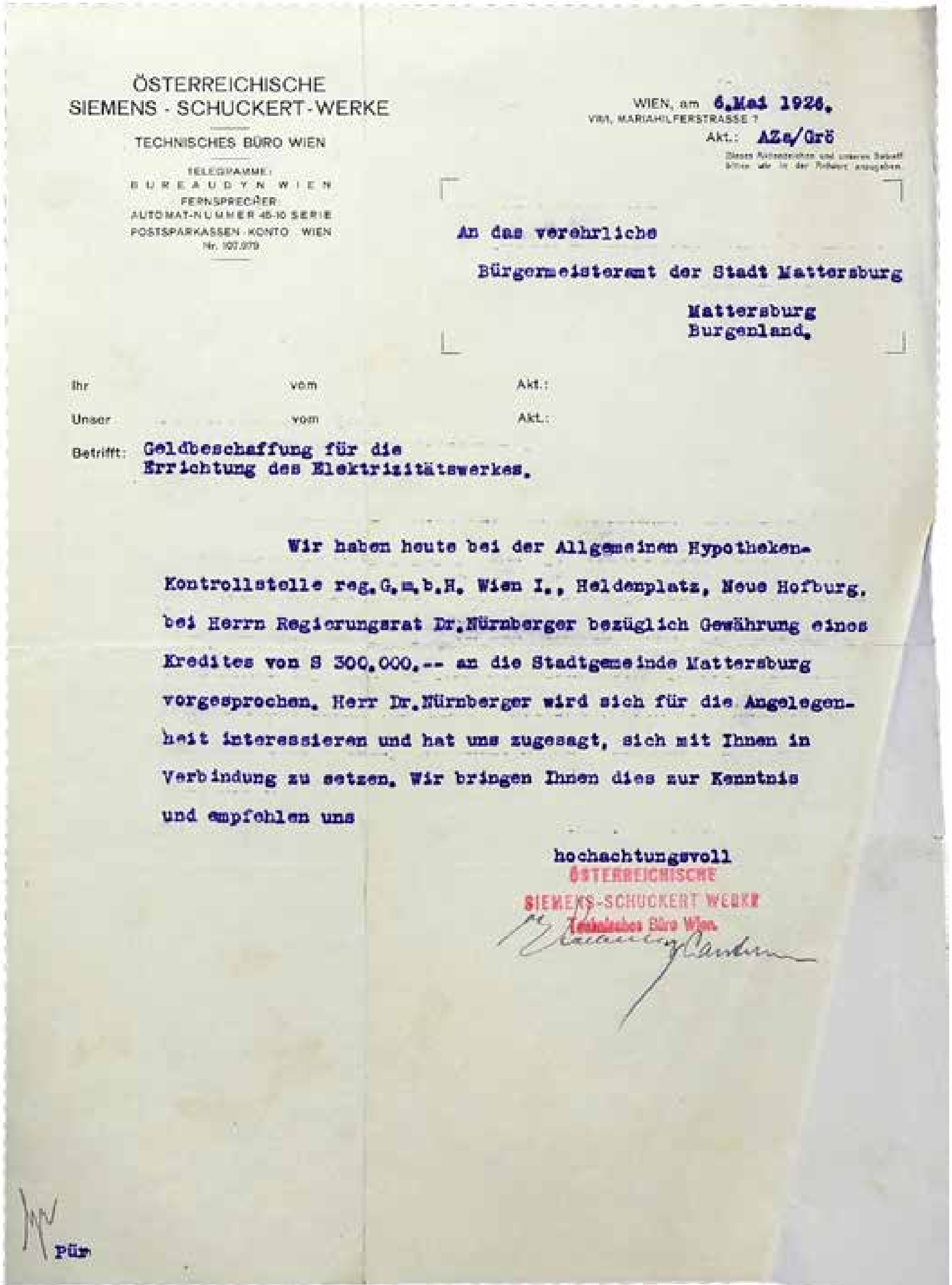
Eisenstädter (Kismartoner) Elektrizitäts-A.-G.

Elektrizitätswerk in Mattersburg

Am 19.Dezember 1925 setzt die Gemeinde Mattersburg eine Kommission ein, um Projekte und Erkundigungen betreffend Elektrifizierung der Gemeinde einzuholen. Damit soll eine klare Vorstellung über eine Elektrifizierung gewonnen werden. In der Gemeinderatssitzung am 20.März 1926 wird ein vorgeschlagene Projekt der Siemens & Schuckertwerke besprochen. Dieses Projekt wird nun anderen Firmen zur Angebotslegung geschickt. Für die Finanzierung der Elektrifizierung soll ein Darlehen über 300.000 Schilling mit einer Laufzeit von 20 bis 30 Jahren aufgenommen werden (wovon 50.000.- für die Kanalisation gebraucht werden). Die Amortisation soll durch den Gewinn des Elektrizitätswerkes bezahlt werden.

Nach der Vorlage der Offerte wird das Angebot für den Hochbau des Maurermeisters Michael Koch als das billigste anerkannt. Nach den Offerten für den maschinellen und elektrischen Teil der Leitungen kommen zwei Firmen in die engere Wahl: Siemens & Schuckert Werke und Eig. Elektrizitätsgesellschaft Wiener Neustadt. Trotz des höheren Angebotspreises von über 7400.- Schilling der Schuckert Werke werden mit der Mehrheit der CsP Gemeinderäte die Schuckertwerke mit der Ausführung der Elektrifizierung betraut. Der Preis beträgt 149.136 Schilling.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäte bringen einen Rekurs gegen die Vergabe an die teurere Firma ein. Da es viele Gerüchte um die Vergabe an die Schuckertwerke gibt, wird der Beschluss auf der nächsten Gemeinderatssitzung aufgehoben. Nachdem die Schuckertwerke den gleichen Preis von 141.740.- wie die Eig. anbieten, wird von der Gemeinde neuerlich aber nun einstimmig die Schuckertwerke mit der Durchführung beauftragt. Für die Herstellung der Elektromasten wird die Firma Karl Mörz aus Mattersburg beauftragt, nachdem Karl Mörz seinen Preis an den Bestbieter angeglichen hat. Für die Finanzierung der Elektrifizierung wird von der Österreichischen Bodenkreditanstalt ein Darlehen über 200.000.- Schilling gewährt, wobei die Urbarialgemeinde eine Sicherstellung leistet. Die erste Probebeleuchtung findet am 3.Aprill 1927 statt.



ÖSTERREICHISCHE
SIEMENS - SCHUCKERT - WERKE
TECHNISCHES BÜRO WIEN
TELEGRAMME: BUREAUDYN WIEN
FERNSPRECHER: AUTOMAT-NUMMER 45-10 SERIE
POSTSPARKASSEN-KONTO WIEN Nr. 107.979

WIEN, am 6.Mai 1926.
VII, MARIAHILFERSTRASSE 7
Akt.: AZa/Grö

An das verehrliche
Bürgermeisteramt der Stadt Mattersburg
Mattersburg
Burgenland.

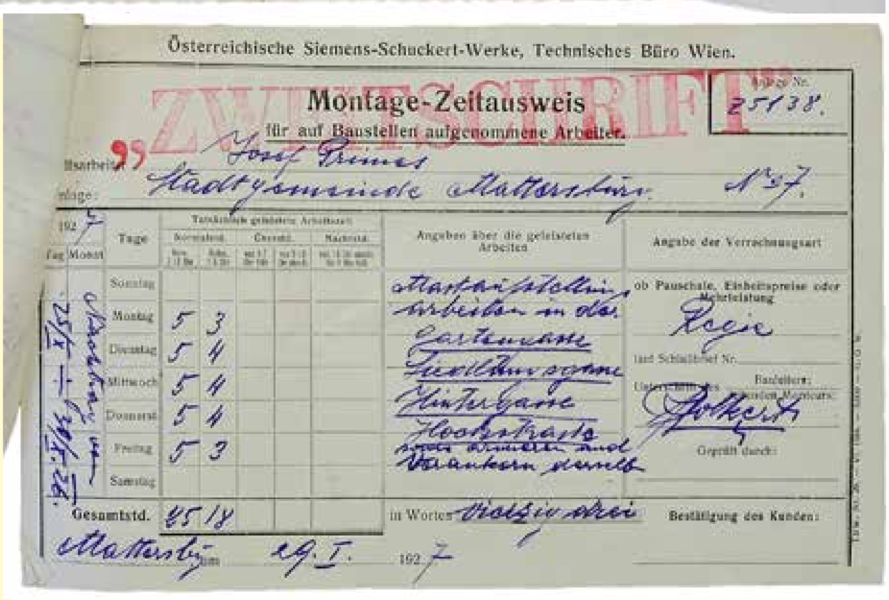
Ihr vom Akt.:
Unser vom Akt.:

Betrifft: Geldbeschaffung für die Errichtung des Elektrizitätswerkes.

Wir haben heute bei der Allgemeinen Hypotheken-Kontrollstelle reg.G.m.b.H. Wien I., Heldenplatz, Neue Hofburg, bei Herrn Regierungsrat Dr.Nürnberger bezüglich Gewährung eines Kredites von S 300.000.-- an die Stadtgemeinde Mattersburg vorgesprochen. Herr Dr.Nürnberger wird sich für die Angelegenheit interessieren und hat uns zugesagt, sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Wir bringen Ihnen dies zur Kenntnis und empfehlen uns

hochachtungsvoll
ÖSTERREICHISCHE
SIEMENS-SCHUCKERT WERKE
Technisches Büro Wien.

Für



Österreichische Siemens-Schuckert-Werke, Technisches Büro Wien.

ZWEITSCHRIFT

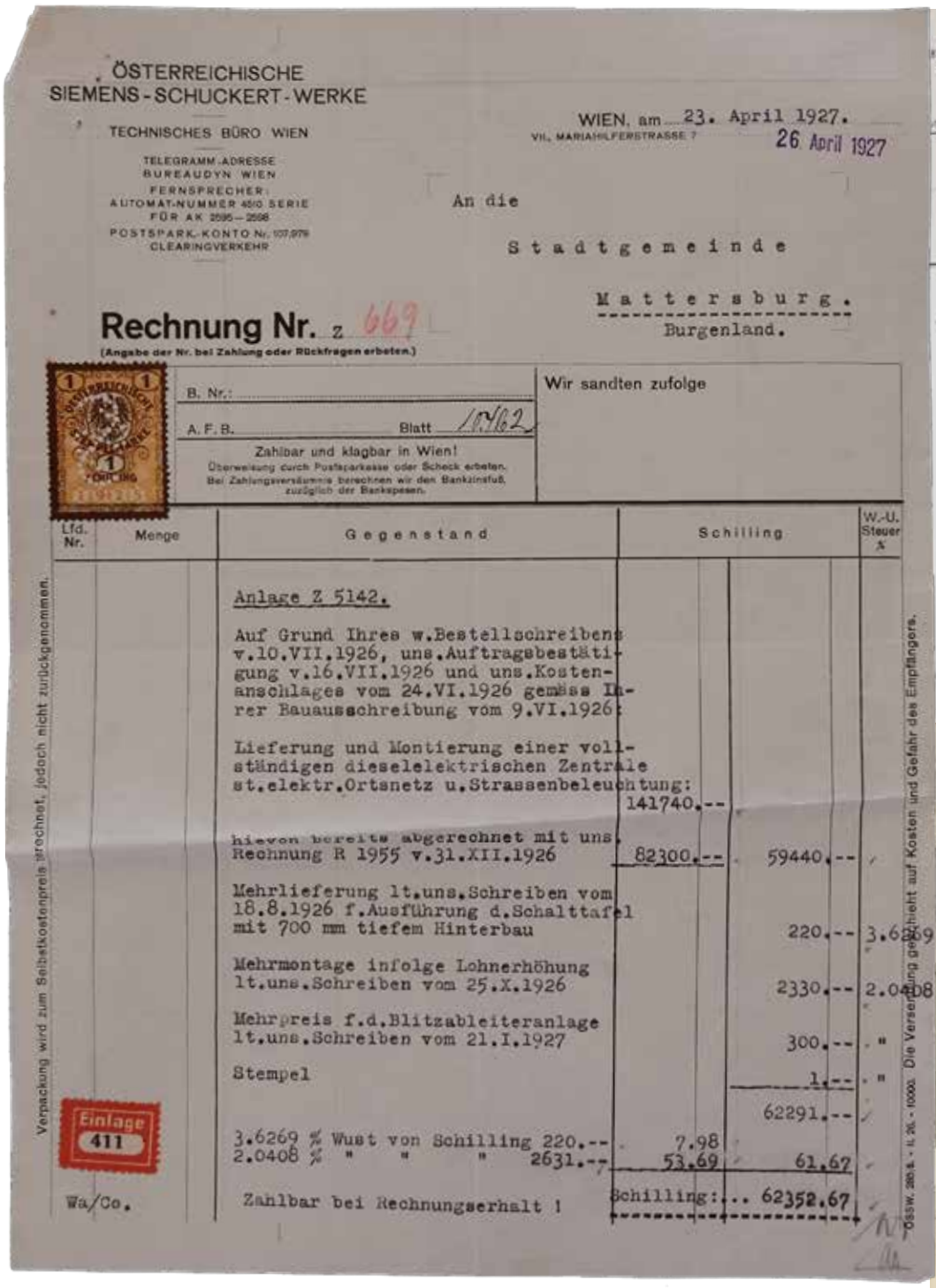
Montage-Zeitausweis
für auf Baustellen aufgenommene Arbeiter.

Nr. 25138.

Stadtgemeinde Mattersburg N° 7.

Tage	Normalstd.		Angaben über die geleisteten Arbeiten	Angabe der Verrechnungsart
Sonntag				ob Pauschale, Einheitspreise oder Mehrleistung: Regie
Montag	5	3		
Dienstag	5	4		
Mittwoch	5	4		
Donnerstag	5	4		
Freitag	5	3		Geprüft durch:
Samstag				
Gesamtstd.	25	18	in Worten:	Bestätigung des Kunden:

Mattersburg, am 29. I. 1927



ÖSTERREICHISCHE
SIEMENS-SCHUCKERT-WERKE

TECHNISCHES BÜRO WIEN

TELEGRAMM-ADRESSE
BUREAUDYN WIEN
FERNSPRECHER:
AUTOMAT-NUMMER 4510 SERIE
FÜR AK 2595—2598
POSTSPARK-KONTO Nr. 107.979
CLEARINGVERKEHR

WIEN, am 23. April 1927.
VII., MARIAHILFERSTRASSE 7
26 April 1927

An die

Stadtgemeinde

Mattersburg.
Burgenland.

Rechnung Nr. z 669
(Angabe der Nr. bei Zahlung oder Rückfragen erbeten.)

B. Nr.:
A. F. B. Blatt 10462

Zahlbar und klagbar in Wien!
Überweisung durch Postsparkasse oder Scheck erbeten.
Bei Zahlungsversäumnis berechnen wir den Bankzinsfuß, zuzüglich der Bankspesen.

Wir sandten zufolge

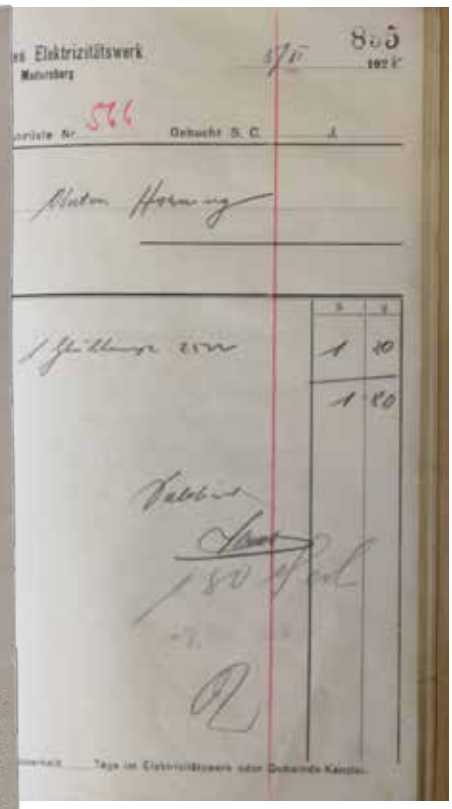
Lfd. Nr.	Menge	Gegenstand	Schilling		W.-U. Steuer %
		Anlage Z 5142.			
		Auf Grund Ihres w.Bestellschreibens v.10.VII.1926, uns.Auftragsbestätigung v.16.VII.1926 und uns.Kostenanschlages vom 24.VI.1926 gemäss Ihrer Bauausschreibung vom 9.VI.1926:			
		Lieferung und Montierung einer vollständigen dieselelektrischen Zentrale st.elektr.Ortsnetz u.Strassenbeleuchtung:	141740.--		
		hievon bereits abgerechnet mit uns. Rechnung R 1955 v.31.XII.1926	82300.--	59440.--	
		Mehrlieferung lt.uns.Schreiben vom 18.8.1926 f.Ausführung d.Schalttafel mit 700 mm tiefem Hinterbau		220.--	3.6269
		Mehrmontage infolge Lohnerhöhung lt.uns.Schreiben vom 25.X.1926		2330.--	2.0408
		Mehrpreis f.d.Blitzableiteranlage lt.uns.Schreiben vom 21.I.1927		300.--	"
		Stempel		1.--	"
				62291.--	
		3.6269 % Wust von Schilling 220.--	7.98		
		2.0408 % " " " 2631.--	53.69	61.67	
		Zahlbar bei Rechnungserhalt !	Schilling:	62352.67	

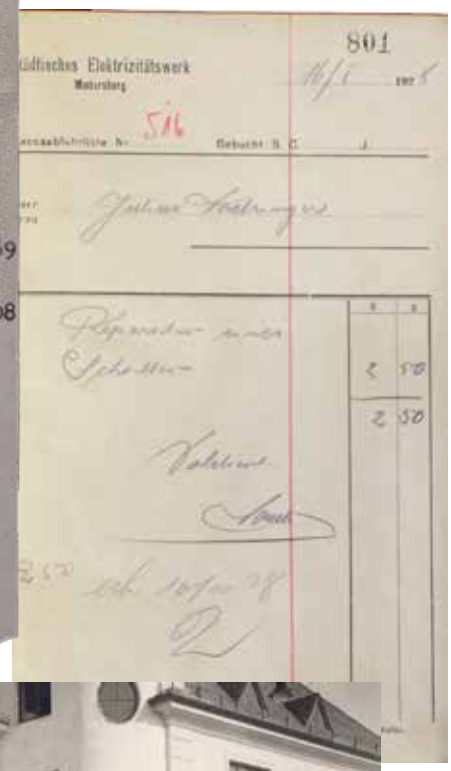
Wa/Co.

Einlage 411

Verpackung wird zum Selbstkostenpreis berechnet, jedoch nicht zurückgenommen.

Die Versendung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers.





Post- und Telegraphenamt

Die Gemeinde Mattersburg schließt 1927 einen Vertrag zur Errichtung eines Post und Telegraphenamtes in Mattersburg mit der Post ab. Mattersburg stellt ein Grundstück im Bereich des ehemaligen Grafl-Hauses kostenlos zur Verfügung. Im Gegenzug errichtet die Post das Gebäude und betreibt das Post- und Telegraphenamt. Das Postamt eröffnet 1929 den Betrieb. An Fernsprechanlagen gibt es in Mattersdorf 1921 8 Teilnehmer, 1929 bereits 54 Teilnehmer. 1921 sind nur zwei Überlandleitungen von Wiener Neustadt-Mattersburg-Ödenburg vorhanden. 1929 bestehen zusätzliche sechs Überlandleitungen auf den Straßen.

Post- und Telegrafenamt in Mattersburg (1927)

Wirtschaftliche Umorientierung

Die Lage des Burgenlandes nach dem Anschluss an Österreich .kann als verkehrsarm, wirtschaftsarm und industriearm zusammengefasst werden. Das geringe Vorhandensein von wertvollen Bodenschätzen ermöglicht keine extraktive Wirtschaftspolitik. Es gibt Braunkohlevorkommen, eine geringe Förderung von Antimon, das als Härtemittel bei verschiedenen Legierungen und in der chemischen Industrie Verwendung findet. Burgenland ist ein Agrarland mit 65% landwirtschaftlicher Nutzfläche. Davon werden wiederum 70% für den Ackerbau (Weizen, Roggen, Gerste, Futterpflanzen) verwendet werden. Die restliche landwirtschaftliche Nutzfläche bestehen aus Weingärten, Wiesen, Hutweiden. Es gibt auch keine Wasserkraft, um Strom zu erzeugen.

Agrarstruktur als Herausforderung

Die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe ändert sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts dramatisch.

- Durch die Erbteilungen entstehen immer kleinere Betriebsgrößen, sogenannte „Hosenriemenäcker", deren wirtschaftliche Ertragsfähigkeit dadurch sinkt.
- Die Flurzersplitterung erfordert den Ausbau der Wege, um Zugang zu den Kleinäckern zu ermöglichen.
- Saatgutzucht erfolgt nur durch die Großgrundbesitzer. Es fehlt die institutionelle Unterstützung der Kleinbetriebe.
- Die Ablösezahlungen von nichturbarialen Gründen an den Grundherrn führen zur Verschuldung der Bauern.
- Das Angebot an billigem Getreide aus den USA und Kanada und die Wirtschaftskrise in den 1870er Jahren senkt vor allem bei auf den Ackerbau spezialisierten Bauernhöfen die wirtschaftliche Ertragsfähigkeit.
- Die erfolgte Umstellung der Betriebe auf Weinbau trifft nun die Betriebe durch das massive Auftreten der Reblaus weiter, das den Weinbau fast vollkommen vernichtet.

Das österreichische Bodenreformgesetz von 1919 wird im Burgenland nicht angewendet. Einerseits fehlen die entsprechenden Behörden und andrerseits besteht ein großer Widerstand der Großgrundbesitzer und Kirche. Der Großgrundbesitzer Esterhazy (Fideikommiß des Fürsten Dr.Paul Esterhazy) hat in der Ökonomie Mattersburg im Jahre 1930 42 Personen beschäftigt. Der Grundbesitz ist zum Großteil an die Hirmer Zuckerfabrik AG verpachtet.

Wien Orientierung

Die Orientierung nach der Großstadt Wien und das Fehlen der Grenze fördern den intensiven Anbau von Obst und Wein vor allem im Nordburgenland. Die Bodenverteilung erlaubt aber kaum eine Ausweitung des Anbaus von Ackerfrüchten. Das Vorherrschen von Kleinbauern und Familienbetrieben und die große Zahl von Landarbeitern ermöglicht aber eine intensive Landwirtschaft von Obst und Wein. Im mittleren und Südburgenland verhindern die räumliche Distanz vom Absatzmarkt Wien und die Verkehrssituation eine Obst- und Weinbauwirtschaft.

Gründung der Landesagrarbehörden

Nach dem Anschluss befinden sich keine landwirtschaftlichen Interessenorganisationen im Burgenland. Vorerst kümmert sich die Landeskulturabteilung der burgenländischen Landesregierung um landwirtschaftliche Angelegenheiten. Da der Wunsch der CsP und des Bauernbundes nach der Schaffung eines burgenländischen Landeskulturrates (Landwirtschaftskammer) immer wieder verzögert wird, werden vorerst landwirtschaftliche Bezirksvereine gegründet, die sich zu einem „Verband burgenländischer Landwirte" zusammenschließen. Der Landtag beschließt dann am 13. März 1925 die Errichtung einer burgenländischen Landwirtschaftskammer, die sich am 29. Jänner 1927 konstituiert. Die Agrarbezirksbehörden werden erst 1930 geschaffen.

Landwirtschaftskammer mit Beratung und Förderung

Die Aufgabe der Landwirtschaftskammer besteht darin, Ortsvereinen Saatgutreinigungsanlagen zur Verfügung zu stellen, um die Verwendung vom einwandfreien Saatgut zu ermöglichen. Es werden Versuchsgärten, Versuchsfelder und Baumschulen bei Schulen errichtet. Die statistische Erfassung des landwirtschaftlichen Bodens ist eine vordringliche Aufgabe. Die Wirtschaftsgebäude werden auf ihre Zweckmäßigkeit untersucht und Änderungen vorgeschlagen. Der Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen geht durch die Agrarstruktur und den finanziellen Erfordernissen nur langsam vor sich. Das Vorhandensein von günstigen Arbeitskräften macht den Einsatz von Maschineneinsatz unrentabel.

Burgenland wird innerhalb von 10 Jahren zum Lieferanten von Getreide, Obst und Gemüse. „Neben den sprichwörtlichen Fleiß der Bewohner, ihrer Genügsamkeit und Belehrsamkeit ist jener staunenswerte Aufschwung der burgenländischen Landwirtschaftskammer zu verdanken..." (Hübner Seite 203)

Landwirtschaftliche Bezirksausstellung in Oberwart im Burgenland: Ein Blick auf die Obstabteilung, die prachtvolle Ergebnisse der Obstkulturen des Bezirkes zeigte.

Scheitern einer Agrar- und Bodenreform

Die Frage der Bodenreform greifen alle Parteien auf. Die Großgrundbesitzer aus dem ungarischen Hochadel besitzt rund 25% des Bodens. Ein großer Teil der Bauern müssen sich mit kleinen Höfen zufrieden geben. Durch die fehlende Arbeitsplätze außerhalb der Bauernwirtschaft wird ein steigender Existenzdruck ausgeübt.

In den Betrieben des Großgrundbesitzes werden billige Arbeitskräfte aus der Slowakei und Ungarn beschäftigt. Die Kleinbauern müssen dagegen bei den Erntearbeiten auf lokale Hilfsarbeiter zurückgreifen, die aber höhere Löhne verlangen.

Die Sozialdemokarten haben bereit 1921 die Bodenreform in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Mit dem Landesparteitag 1929 in St.Martin wird die Enteignung mit Entschädigungszahlungen von einem Großgrundbeisitz über 170 Joch gefordert. Der enteignete Boden wie auch den Bau von Arbeiterheimstätten soll zur Vergrößerung vorhandener Bauernwirtschaft verwendet werden. Die Entschädigungszahlungen nach dem Ertragswert des Grundes sollen soll ein Burgenländischer Bodenfonds abwickeln. Ein Teil des gewonnen Bodens soll auch für Großmusterwirtschaften unter öffentlicher Verwaltung verwendet werden.

Die Großdeutschen fordern in Pinkafeld 1927 eine Agrar- und Bodenreform.

Die Christlichsozialen sind auf ihrem Parteitag in Pinkafeld 1928 unter Anwesenheit von Bundeskanzler Seipel gegen eine Enteignung. Sie fordern Maßnahmen zur Verbesserung der Böden und Gewinnung von Brachland. Die Maßnahmen sind Kultivierung von Brachland, Flußregulierung, Kommasierung, Entwässerung und Trockenlegung von feuchten Wiesen und Feldern. Zusätzlich wird eine Grundvermessung und Bearbeitung des Grundbuches verlangt.

Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften

Bei der Angliederung des Burgenlandes bestehen erst drei landwirtschaftliche Genossenschaften. In der Folge erleben das Genossenschaftswesen und die Raiffeisenkassen einen starken Aufschwung. 1924 gibt es bereits 58 Raiffeisenkassen und 30 landwirtschaftliche Genossenschaften. Im Jahre 1927 sind es bereits 91 Raiffeisenkassen und 112 landwirtschaftliche Genossenschaften. Am 9. Juni 1928 wird der „Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften im Burgenland“ mit 21 Raiffeisenkassen und 112 landwirtschaftlichen Genossenschaften gegründet.

Landwirtschaftliche Einkaufs- und Betriebsgenossenschaften entstehen in Pöttsching und Mattersburg. Es entstehen landwirtschaftliche Ortsvereine, Obstvereine, Weinbauvereine.

Die Weichselrohrverwertungsgenossenschaft für Walbersdorf und Umgebung versucht einen stabilen Preis für das Weichselrohr zu erzielen. Aus den Weichselrohren werden Zigarettenspitzen, Pfeifenrohre und Spazierstöcke erzeugt. Milchgenossenschaften fördern den Absatz von Milch in den Gemeinden und stellen Kühlmöglichkeiten zur Verfügung.

Die Obstzüchter sind bereits in Obstbauvereinen organisiert, die sich um die Schädlingsbekämpfung bemühen. Bei den Lagerhausgenossenschaften werden Produkte dafür angeboten. Obstverwertungsgenossenschaften ermöglichen höhere Verkaufserträgnisse für die Obstbauern.

Durch die fortschreitende Elektrifizierung werden Druschgenossenschaften gebildet. Sie ermöglichen den Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten mit elektrischem Antrieb. Maschinell können nun Dreschmaschinen, Häkselmaschinen, Rübenschneider und Sämaschinen verwendet werden.

Erweiterung des Ackerbaus durch Aufschließung

Die durchschnittliche Größe des Grundbesitzes beträgt 12-14 Joch (rund 6 Hektar). Da eine Agrarreform politisch nicht durchgesetzt wird, wird der Getreidebau auf Kosten der Weidewirtschaft erweitert. Gleichzeitig werden auch nasse Wiesen durch Entwässerung (Drainagierung) trocken gelegt, um mehr Raum für die Ackerwirtschaft zu schaffen. Die Bauernwirtschaften sind nur durch Ausnützung jeder Bodenfläche überlebensfähig. Alle Familienmitglieder müssen mitarbeiten.

Technisierung und Kommassierung

Die Bauernwirtschaften müssten mehr Maschinen einsetzen, damit sie der Konkurrenz des Großgrundbesitzes und der preiswerten Produkte aus Übersee standhalten kann. Die Technifizierung mit Maschinen erfordert aber die Zusammenlegung der verstreut liegenden Äcker und die Verbesserung der Verkehrswege. Grundzusammenlegungen und Grundstückarondierungen sollen Vereinheitlichung der bäuerlichen Familienwirtschaften schaffen.

Steigender Obst- und Gemüsebau

Im Nordburgenland wird Steinobst vor allem Kirschen, im Südburgenland Kernobst geerntet. Für die Gemüseproduktion eignet sich vor allem der Boden um den Neusiedlersee. Es werden Tomaten, Salat und Majoran geerntet. Der Neusiedler Majoran ist eine Marke. der Obst- und Gemüseanbau stellt für die kleinen Betriebe wichtige Erträgnisse dar, die ihr überleben sichern. Die Obstbäume sind vor allem in Weingärten, auf Felder und Wiesen angepflanzt. In der Gegend von Mattersburg (Wiesen, Forchtenstein, Sauerbrunn) stehen rund 120.000 Obstbäume Erdbeeren und Edelkastanien sind in der Umgebung von Mattersburg zu finden.

Weinkost in Baden: Die Vorkost für die im Viertel unter dem Wienerwald und in einer Anzahl burgenländischer Gemeinden gezogenen Edelweine, zu der eine Anzahl Wiener Gäste geladen war.

Wiederaufnahme des Weinbaus

Mattersburg hat vor dem Auftreten der Reblaus 10.000 hl Wein produziert. 1847 werden 210 Joch Weingärten betrieben. Das macht knapp 5% der gesamten Grundfläche aus. In Mattersburg wird ein Zuchtweingarten angelegt. Hauptsächlich werden der Blaufränkische und der blaue Portugieser produziert. 1925 wird im Bezirk Mattersburg rund 2000 hl Wein erzeugt.

Intensivierung der häuslichen Viehzucht

Die Schweinezucht wird von Fett- auf Fleischerzeugung umgestellt. Die Kleinbauern erhöhen die Produktion von 4 bis 5 Schweinen des Eigenbedarfs auf 20 bis 25 Schweine für den Verkauf.

Beschränkte Kreditaufnahme

Bei Unglücksfällen ist der Bauer genötigt, Kredite aufzunehmen. Durch die geringe Werthaltigkeit der Bauernhöfe und Sicherstellungen werden entsprechend höhere Zinsen verlangt, die der Großgrundbesitz vermeiden kann.

Durch die beschränkten Finanzierungsmöglichkeiten wird die Auszahlung der Geschwister oder Eltern bei Übernahme einer Bauernwirtschaft immer schwieriger.

Betreuter Waldbesitz

Rund 46% des Waldes gehört dem Großgrundbesitz. Vom bäuerlichen Besitz sind rund ein Drittel in Genossenschaften (Urbarialwald) organisiert. Dies hat auch zur Folge, dass die ungarische Forstaufsicht die Regelung der Forstwirtschaft in einem ordentliche Zustand gehalten hat. So sind die Viehweiden im Wald zurück gedrängt geworden. Die Betreuung der Wälder erfolgt durch den Landesdienst mit Förstern wie auch durch Privatforstpersonal.

Vorteile aus Grenzlage

Mattersburg Viehhandelszentrum

Der Viehhandel wird vor dem Ersten Weltkrieg in vier Jahresviehmärkten in Mattersburg abgehalten. Es sind keine Großviehhändler in Mattersburg tätig. Von geringerer Bedeutung sind die Viehmärkte in Pöttsching und Neudörfl, wo jährlich 2500 bis 3000 Vieh gehandelt werden. Nach der Angliederung des Burgenlandes und durch die Grenzlage Ödenburgs wird der Viehmarkt in Mattersburg zum Zentrum des Viehhandels. Neben den vier Jahresviehmärkten werden jetzt auch jeden Donnerstag Wochenviehmärkte gehalten. Mattersburg ist der drittgrößte Nutzviehmarkt Österreichs. 1924 werden 43.000 Nutztiere, 1928 fast 33.000 Nutztiere gehandelt. Aus diesem Grunde wird ein neuer Viehmarkt 1921 in Mattersburg errichtet, da der alte Viehmarkt beim Gasthof „Zum Alten Markt“ die Kapazität für den Marktverkehr übersteigt. Durch den neuen Viehmarkt kann auch die Ausbreitung von Tierseuchen wie Schweinerotlauf, Wutkrankheit, und Maul- und Klauenseuche besser unter Kontrolle gehalten werden. Burgenländische und ungarische Händler vermarkten ihr Vieh an Käufer und Händler der westlichen Bundesländer.

Pferde- und Rindermarkt in Mattersburg. — Der stets zunehmende Auftrieb macht diesen Ort zum wichtigsten Viehmarkt im Burgenland und zu einem großen Umschlagplatz im Viehhandel.

Ausbau des Viehmarktes

Im September 1922 wird von der Gemeinde die Überlegung angestellt, dass die Baukommission den Ausbau des Viehmarktes studieren solle. Der Viehmarkt entwickelt sich zu einem wichtigen Einkommen der Gemeinde Mattersburg. Die Erlöse aus den Märkten betragen durchschnittlich um die 500.- bis 1000.- Schilling monatlich.

Schmuggel

Die neu errichtete Grenze gegenüber Ungarn und Zollgebühren ändern die Richtung der Schmuggler. Anstatt den Weg über die Rosalia zu nehmen werden die Schmuggler bei Rohrbach/Schattendorf aktiv, um Lebensmittel aus Ungarn nach Österreich bzw. Industriegüter nach Ungarn zu bringen.

Von der burgenländisch-ungarischen Grenze: In der Nähe der Grenzstation Berg werden zwei Schmuggler durch einen Grenzgendarmen zum nächsten Kommando eskortiert.

Schmugglertod

(Bericht aus der Neuen Eisenstädter Zeitung vom 15.März 1924)

Am 15. März d. J. hielten zwei Gendarmen des ungarischen Gendarmeriepostens Oberzening in der Nähe der Staatsgrenze auf ungarischem Boden Vorpaß aus Schmuggler. Gegen 3/4 10 Uhr abends hörten die Gendarmen das Herannahen zweier Schmugglerbanden. Die eine kam aus Oesterreich, und seitwärts von ihr ging eine von Ungarn nach Oesterreich. Die erste Bande ist nach Vermutung der ungarischen Gendarmen 7 Personen, die zweite zirka 14 Personen starck gewesen. Die Gendarmen riefen die erste Bande, welche bereits auf ungarischem Boden war, zweimal an, die Schmuggler ergriffen jedoch in der Richtung gegen Oesterreich die Flucht, worauf einer der Gendarmen einen Schuß gegen die Flüchtenden abgab. Einer der Schmuggler wurde in den Kopf getroffen und war sofort tod. Der Getötete ist der 21 Jahre alte Keuschlersohn Stefan Tüll aus Eggersdorf, Bezirk St. Gotthard in Ungarn. Während dieser Vorfälle war die zweite Bande inzwischen verschwunden.

Strukturverbesserung durch Auswanderung

Das strukturelle Problem der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft durch die kleinen Besitzgrößen ist seit dem 19.Jahrhundert noch unter der ungarischen Herrschaft ungelöst. Die Auswanderung setzt in Westungarn später als im Deutschen Reich ein, das um 1880 die höchsten Jahresquoten erreicht. Die Auswanderung wird sowohl durch die wirtschaftliche und politische Situation des Auswanderungs- als auch des Einwanderlandes bedingt.

Zur Auswanderungsfrage: Ankunft österreichischer Auswanderer in Cherbourg (Frankreich) zur Einschiffung nach Nordamerika mit dem 52.000-Tonnen-Dampfer „Berengaria" (früher „Imperator").
Nach einer photographischen Aufnahme.

Land der Auswanderer und Pendler

Die burgenländische Auswanderung erreicht 1922 mit 5346 und 1924 mit 6683 den höchsten Stand. Mit dem neuen Einwanderungsgesetz der USA 1924 sinkt die Zahl der Auswanderer. 1925 wandern nur noch 636 Personen aus. Das Ziel der Auswanderung richtet sich nun nach Kanada und Südamerika. Insgesamt sind in der Zeit von 1921 bis 1935 22.466 Personen (davon rund 14.000 in die USA) aus dem Burgenland ausgewandert. Die Auswanderer arbeiten zu mehr als 50% als ungelernte Arbeiter in der Industrie. Frauen sind vor allem im Haushalt als Dienstmädchen, Bedienerin oder Köchin tätig.

Von 1922 bis 1934 wandern 20.113 Burgenländer vor allem aus dem Südburgenland aus. Rund 14.000 davon siedeln sich in den USA an (Nowak Seite 52). Die Ursachen sind vor allem der bäuerliche Kleinbesitz durch die laufenden Erbteilungen und der Großgrundbesitz. Der Mangel an Arbeitsplätzen ist weiters auf die fehlende Industrie zurückzuführen. Über den Sommer gibt es Arbeit auf den Gutshöfen.

Die Einwanderungsgesetze 1924 und das Einwanderungsverbot 1929 sowie die Wirtschaftskrise 1930 in den USA stoppt die Auswanderung bzw. führt zu einer Rückwanderung. Für den Bezirk Mattersburg ergibt sich in der Periode von 1921 bis 1935 ein reiner Wanderungsverlust von 1112 Personen. Ein weiterer Wanderungsverlust ergibt sich durch die Binnenwanderung nach Niederösterreich, Wien und der Steiermark. 1934 arbeiten rund 60.000 Burgenländer in Wien, Niederösterreich und Steiermark. Wanderarbeiter konsumieren eines Teil ihres Lohnes am Arbeitsort, nach Saisonende kehren sie an die Wohnorte zurück und leben dort von der Sozialunterstützung des Burgenlandes.

Auch die zwangsweise Vertreibung der Juden und Roma führt zu einem Bevölkerungsverlust im Bezirk Mattersburg von 7,1% (2353 Personen).

Güssinger Zeitung mit einer Anzeige der Schiffslinien für die Auswanderung

Gewerbliche Kleinbetriebe

Nach der Volkszählung 1934 zeigt sich folgendes Bild der Beschäftigten im Burgenland:

Land- und Forstwirtschaft	55.2%
Industrie und Gewerbe	23,6%
Handel und Verkehr	6,2%
Öffentlicher Dienst, Freie Beruf	4,4%
Ohne Beruf, Hausdienst	10,6%

Wie in der Landwirtschaft basiert die gewerbliche Betriebsstruktur auf Klein- und Kleinstbetrieben.

Schwach entwickelte Industrie

Industrielle Betriebe sind kaum vorhanden. Die in Westungarn bestehende Industrie ist in Sopron, Györ und Szombathely. Sie ist in Ungarn geblieben. Die im Nordburgenland vorhandenen industriellen Betriebe befinden sich in Neufeld: die Betriebe der Hanf-, Jute- und Textilindustrie AG , Chemische Fabrik I. Medinger & Söhne. In Müllendorf arbeiten die Mühlendorfer Kreide- und Bleistiftfabrik Margit Hoffmann-Ostenhof, Burgenländische Kreidewerke Ing. Gamillschegg Co. Die Bandfabrik Hornstein-Vereinigte Bandfabriken Nachfolger Schwarz Komm.Ges. befindet sich in Hornstein und ein Braunkohlenbergwerk in Steinbrunn. In Südburgenland befinden sich industrielle Betriebe in Pinkafeld

Im Bezirk Mattersburg sind industrielle Betriebe vor allem in Neudörfl. Vor dem Ersten Weltkrieg bestehen in Neudörfl fünf Betriebe. 1925 sind davon nur noch die Weberei M.J.Elsinger&Söhne und die Textilwarenindustrie AG in Betrieb. In Hirm befindet sich eine große Zuckerfabrik. In Walbersdorf gibt es zwei Ziegeleien, die im Besitz von Anton Schreiner und Hartig&Rothermann sind. In Rohrbach gibt es eine kleinere Ziegelei, die im Besitz der Familie Ehrenreich ist.

Stagnation der industriellen Entwicklung

1930 befinden sich 36 Betriebe mit über 20 Beschäftigten im Burgenland. Davon sind 11 Ziegeleien, zwei Zuckerfabriken in Siegendorf und Hirm und die HITIAG in Neufeld. Das sind nicht mehr als 1921. Das bedeutet eine Stagnation der industriellen Entwicklung. Durch die fehlende Verkehrserschließung können sich Industrien nur im grenznahen Bereich zu Österreich entwickeln. Durch den Verlust der ungarischen Städte sind außerdem keine industriellen Kristallisationpunkte vorhanden. Das fehlende Kapital der Gewerbebetriebe verhindert ebenfalls, die vorhandenen Betriebe auf Industriebetriebe vergrößern zu können.

Schilfgewinnung aus dem gefrorenen Neusiedler See nächst dem Orte Neusiedl. Phot. Ino-Dephot.

Zuckerindustrie braucht Zuckerrübe

Fabrikant Patzenhofer führt aus, daß der Anschluß Westungarns an Österreich vielleicht theoretisch die Zuckerindustrie nicht zu berühren brauche, aber er sei fest überzeugt, daß diese bedeutendste Industrie Westungarns in der Praxis unbedingt zugrunde gerichtet werden müßte. Von den drei in dem Österreich zugesprochenen Gebiet Westungarns gelegenen Zuckerfabriken Zinkendorf, Siegendorf und Hirm müßten mindestens zwei den Betrieb einstellen und nur eine könnte notdürftig weiter in Betrieb bleiben. Denn die Zuckerrübenböden aller dieser Fabriken liegen zu 90 % auf ungarischem Gebiete. Im weiteren Verlaufe seiner Rede gibt Patzenhofer die Ausführungen wieder, die in dem, dem Protokoll als Beilage 3 angeschlossenen Memorandum über die Lage, in welche die westungarischen Zuckerfabriken durch einen Anschluß an Österreich kommen würden, enthalten sind. (aus ADÖ 3/507, 23./24. Februar 1921 535)

Vorhandene Rohstoffe als Basis für eine Industrie

Die Vorstellung von Landesrat Johann Bauer ist es, *„wenn die burgenländischen Bodenschätze voll ausgenützt werden, wird auch eine Industrie im Lande ihren Platz finden.“* (Burgenlandbuch 1950 Seite 11) Als natürliche Bodenschätze werden Braunkohle, Schilfrohr, Kreide und Edelserpentin gesehen. Auch das Vorhandensein von Arbeitskräften wird einem Ausbau der Industrie förderlich sein.

Gewerbebetriebe

In Mattersburg sind die größten Gewerbebetriebe das Sägewerk Johann Mörz und Söhne, sowie die Baumeister Franz Postl und Josef Koch. Weiters befinden sich in Mattersburg die Straßenbauleitung Mattersburg und die Dampfpflug- und Ökonomiewerkstätte. In Schattendorf besteht die „Glocken- und Metallgießerei Seltenhofer“, die von der Universale AG aufgekauft wird. In Pöttelsdorf gibt es ein kleines Sägewerk, in Neustift zwei Steinbrüche und eine Kalkbrennerei und in Sieggraben einen Steinbruch. In Neudörfl werden zwei Sandgruben betrieben. Im ganzen Bezirk gibt es 14 Mühlen.

Dorfhandwerk

90% der gewerblichen Betriebe sind Kleinbetriebe mit weniger als 5 Arbeitskräften. Kleine und mittlere Handwerksbetriebe, Dorfhandwerk und Hausgewerbe decken vor allem den landwirtschaftlichen Bedarf (Wagner, Hufschmied, Seiler, Faßbinder, Sattler) und den Bedarf an Konsumgüter (Korbflechter, Plutzer aus Stoob, Stiefelerzeuger „Tschismenmacher“). Eine Ausweitung auf industrielle Erzeugung erfolgt nicht. Dazu meint Landesrat Johann Wagner (Burgenlandbuch 1950 Seite 12), daß neben dem Fehlen von größeren Städten und Verkehrsinfrastruktur: *„Dennoch ist es aber vorwiegend die vorsichtig abwägende Lebenshaltung des Burgenländers, der eine sichere, krisenfeste Existenz jedem spekulativen und riskanten Großbetrieb vorzieht.“*

Hausgewerbe

Das Hausgewerbe ist für die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe ein zusätzliches Einkommen. So wird um den Neusiedler See das Schilfrohr als Rohstoff für Herstellung von Schilfmatten und Strohdecken verwendet. In Marz und Rohrbach werden Buckelkörbe aus ausgewähltem Holz hergestellt. In Tschurndorf sind die Sesselmacher zu Haue. Auch Gebrauchsgegenstände für die Landwirtschaft und den Haushalt wie Schaufelstiele, Hauen, Simperln werden im Hausgewerbe erzeugt.

Handel

Im Burgenland gibt es rund 7000 Handelsberechtigte mit rund 600 Angestellten. Sie versorgen die dörfliche Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Hausierer verkaufen ihre Waren ambulant. Die Handelsgeschäfte in festen Betriebsstätten sind Kleinstbetriebe. 80% der Händler betreibt auch eine kleine Landwirtschaft. Daneben gibt es die Wochenmärkte (in Mattersburg am Donnerstag), wo Kleinbauern ihre Produkte feilbieten. Auf den Jahrmärkten wird die Bevölkerung durch Marktfahrer mit Haushaltsartikeln und Bekleidung versorgt. Die Kleinhändler besorgen sich vor der Angliederung ihre Waren von Großhändlern in den ungarischen Städten. In Mattersburg ist vor allem die Judengasse mit der angrenzenden Degengasse das Handelszentrum. Durch den Wegfall der Grenzen zu Österreich und die Grenze gegen Sopron wird Mattersburg zu einem wichtigen Handelsplatz. Das Kaufhaus Schotten errichtet einen Neubau mit dem Einbau einer Rolltreppe. Die jüdischen Geschäfte sind beliebt, da sie Waren auf Kredit oder durch Tauschgeschäft verkaufen. Neue Handelsformen wie die Konsumgenossenschaften und das Genossenschafts-Warenhaus in Eisenstadt entstehen.

Dorfspezialisten

Die Zahl der Handelsbetriebe beläuft sich im Bezirk Mattersburg auf über 800. Es sind vor allem Frauen, die selbstständig arbeiten. Ihre Handelswaren beziehen sie vor dem Krieg aus Ödenburg und der Umgebung von Ödenburg. Nach dem Verbleib Ödenburgs bei Ungarn ziehen die HändlerInnen aus Mattersburg und Wiener Neustadt den gesamten Handel aus Ödenburg an sich. Ödenburg verliert an Bedeutung als Handelsplatz.

Frauenkirchen wird zu einem Getreidehandelsplatz, Neusiedl am See ist Zentrum des Gemüse-, Vieh- und Getreidehandels. Mattersburg tritt das Erbe der Viehmärkte Soprons an und ist bedeutendster Pferdemarkt Österreichs.

In Wiesen allein befinden sich 100 Händler, die vor allem mit Obst und Viktualien handeln. Darunter befinden sich auch Großhändler, die Zwetschken und Weintrauben aus Jugoslawien einkaufen. Markthändlerinnen aus Rohrbach, Loipersbach und Schattendorf handeln vor allem mit Geflügel und Eiern, die sie von den Bauern in den umgebenden Dörfern einkaufen. Großhändler („Hendlkramer“) kaufen vor dem Krieg in Ungarn,

Kroatien und Slawonien Eier und vermarkten sie im Kleinhandel. Durch den Anschluss an Österreich und die neuen Grenzen wird das Einkaufsgebiet auf das Burgenland beschränkt. Daher nehmen die Großhändler andere Produkte wie Obst in ihr Angebot auf.

Sigleß ist bekannt für seine Federhändlerinnen. In Wiesen und Forchtenau wird Honighandel betrieben. Obsthändlerorte sind Rohrbach und Wiesen. Edelkastanien sind in Wiesen, Forchtenau, Loipersbach und Rohrbach zu finden.

Gewerbegenossenschaften

Die Tätigkeit ungarischer Gewerbebetriebe ist nicht reguliert. Das Handwerk kann in Ungarn ohne sonderlichen Nachweis ausgeübt werden. Die österreichische Gewerbeordnung erfordert dagegen die Ablegung einer Gesellenprüfung und ab 1935 eine Meisterprüfung als Bedingung für die Ausübung eines Gewerbes. So gibt es 1921 im Burgenland rund 600 selbständige Maurer aus der ungarischen Zeit, aber nur 30 geprüfte Maurermeister.

Neuorganisation des Gewerbes

Die Gewerbebetriebe organisieren sich in Berufsgenossenschaften und diese ersetzen die in ungarischer Zeit bestehenden beruflichen Vereinigungen. Ab 1923 formieren sich Bezirksgewerbegenossenschaften. 1925 wird der Landesverband der gewerblichen Bezirksverbände durch die Handels- und Gewerbegenossenschaften des Bezirkes Mattersburg gegründet. Zum Obmann des Verbandes wird der Maurermeister Michael Koch, zum Stellvertreter der Kaufmann Franz Reisner, zum Sekretär Schuldirektor Michael Postl gewählt. Die Gemeindekommission überlässt dem Verband ein Kanzleizimmer.

Pflichtgenossenschaften

Die Berufsgenossenschaften sind Pflichtgenossenschaften. Bei geringem Mitgliederstand werden keine Bezirksfachgenossenschaften gegründet, sondern gleich Landesfachgenossenschaften gebildet.

Für die einheitliche Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen wird die Handelskammer im Bund und den einzelnen Ländern gegründet. Die Handelskammer des Burgenlandes hat eine Bürogemeinschaft mit der Wiener Handelskammer. Sie besteht aus zwei Beamten.

Aus den 1922 geschaffenen Beirat für Handel, Gewerbe und Industrie in der Landesregierung entsteht 1927 die Handelskammer. Sie teilt sich in sechs Sektionen: Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld- und Kreditwesen.

Am 18.Mai 1923 wird im burgenländischen Beirat für Handel, Gewerbe und Industrie unter dem Vorsitz von Präsident Rothermann im Amtsgebäude der Wiener Kammer eine Diskussion über die Erstreckung des österreichischen Gewerberechtes auf das Burgenland geführt. Es wird beklagt, dass die politische Verwaltung im Burgenland leichtfertig mit der Verleihung von Konzessionen vorgehe und die gegenwärtige Praxis ähnlich der früheren ungarischen Verwaltung sei. Sie verstoße damit gegen das österreichische Gewerberecht. Es wird beschlossen und das Handelsministerium aufgefordert, bis zur Rechtsangleichung keine Konzessionen und Gewerbescheine unter begünstigten Bedingungen auszugeben.

Gewerbebund

1935 wird das Gewerbebundgesetz erlassen. Es werden 48 „Zünfte“ in einem Landesgewerbeverband zusammengefasst. Der Sitz des burgenländischen Verbandes wird Mattersburg. Die Bezirksverbände verlieren dabei ihren Einfluss und sind nun mit der Bezeichnung Bezirksgewerbestellen das ausführende Organ des Gewerbebundes oder Handelsbundes.

1931 wird anläßlich des zehnjährigen Anschlusses an Österreich eine Jubiläumsausstellung in Eisenstadt veranstaltet. Dies zeigt die Entwicklung des burgenländischen Handwerks.

Gewerbegenossenschaften in Mattersdorf 1923

I. Allgemeine Gewerbegenossenschaft: Matthias Klein, Zimmermeister, Mattersdorf

II. Fachgenossenschaft der Bäcker: Martin Beranek, Bäckermeister

III. Fachgenossenschaft der Fleischhauer und Fleischselcher: Rudolf Krutz, Fleischhauer und Fleischselchermeister

IV. Genossenschaft der Gast- und Schankgewerbetreibenden: Anton Steiger, Hotelier

V. Genossenschaft der Handelstreibenden: Leopold Kerpel, Kaufmann

VI. Genossenschaft der holzverarbeitenden Gewerbe: Adolf Meyerhofer, Tischlermeister

VII. Fachgenossenschaft der Kleidermacher: Franz Koller, Schneidermeister

VIII. Genossenschaft der metallverarbeitenden Gewerbe: Anton Rottensteiner, Schlossermeister, Mattersdorf

IX. Fachgenossenschaft der Schuhmacher: Michael Grabner Schuhmachermeister

Landessachgenossenschaft der geprüften Baugewerbetreibenden: Michael Koch, Landtagsabgeordneter und Maurermeister

Landwirtschaftliche Bezirksausstellung in Mattersburg

Am 28. und 29. September 1924 fand in Mattersburg die erste landwirtschaftliche Bezirksausstellung seit dem Anschlusse des Burgenlandes an Oesterreich statt, die dem an von Gedanken getragen, die Hebung und Weiterentwicklung unserer heimischen Landwirtschaft und der mit ihr innigst verbundenen Industrie, im Wege der Schaustellung sämtlicher Produkte der Bodenkultur und Industrie wirksam fördern, von Seite der burgenländischen Landesregierung musterhaft zur Durchführung gelangte. Es war gewiß keine leichte Arbeit, unsere heimische Bevölkerung mit dem Gedanken der landwirtschaftlichen Bezirksausstellung vertraut machen, doch das altbewährte Interesse, der Wunsch zu zeigen, was die heimische Landwirtschaft zu leisten imstande ist, und beweisen, daß die Burgenländer auch zu dem Fortschritt aus all diesen Gebieten sich nicht verschließen wollen, war im Stande, unsere Ausstellung zu einer vollauf gelungenen stellen. An erster Stelle standen zu allgemeine Landwirtschaft, Tierzucht, Obst-, Wein- und Gemüsebau, Bienenzucht, Gärtnerei und die Mitte des Platzes war erfüllt von den erstklassigsten und modernsten Ausstellungsobjekten der landwirtschaftlichen Industrie. Groß- und Kleingrundbesitz wetteiferten in edlem Streite. Durch die Veranstaltung einer wohlgelungenen Weinkost war auch jenen Besuchern Rechnung getragen, die sich nach vielem Schauen, ermüdet von dem nicht enden wollenden Rundgang, einem guten Tropfen Pöttelsdorfer, Mattersburger, Walbersdorfer oder Loipersbacher stärken wollten. Und so fand der Besucher alles, was für ihn Interesse war, angefangen von dem bescheidensten Wurzelgemüse und den modernsten landwirtschaftlichen Maschinen bis zum Radio. Um viertel 10 Uhr traf Landeshauptmann Hofrat Rauhofer auf dem Ausstellungsplatze unter den Klängen eines flotten Begrüßungsmarsches ein; er wurde von Bezirkshauptmann Dr. Faludi mit kurzen Worten begrüßt. Der Landeshauptmann erwiderte in einer längeren Rede, besprach insbesondere den Zweck der Ausstellung unter Hinweis auf die bereits geleisteten und noch zu leistenden Arbeiten auf dem Gebiete der heimischen Landwirtschaft, betonte deren innigen Zusammenhang mit der Industrie und erklärte, mit Dankesworten an alle jene, welche die Ausstellung zur Tat werden ließen, die landwirtschaftliche Bezirksausstellung in Mattersburg für eröffnet.

Die Burgenländische Landesausstellung in Eisenstadt.

Die Schönheiten des Burgenlandes, das fruchtbare Ackerland und die herrlichen Wälder, sind bisher in Oesterreich nicht so bekannt gewesen, wie dies zu erwarten gewesen wäre. Um so freudiger ist daher die Ausstellung für Gewerbe, Handel, Industrie, Land-, Forstwirtschaft und Fremdenverkehr zu begrüßen, die am 11. September durch den Handelsminister Doktor Schürff in Anwesenheit der Minister Thaler, Baugoin und zahlreicher Vertreter der Reichsregierung eröffnet wurde. Nachdem der Präsident des Ausstellungskomitees, Hotelier Eder, die Festgäste willkommen hieß und Bürgermeister Koller warme Begrüßungsworte gesprochen hatte, betonte Minister Dr. Schürff das große Interesse, das die Ausstellung bei den Industriellen, Handwerkern und Kaufleuten Oesterreichs gefunden hat. Er gab die Versicherung, daß die Regierung alles tun werde, um die Bestrebungen des Burgenlandes nach wirtschaftlicher und kultureller Weiterentwicklung zu fördern. Mittwoch stattete Bundespräsident Dr. Hainisch in Begleitung des Finanzministers Kollmann der Ausstellung einen Besuch ab, der dadurch an Bedeutung gewann, weil die Bürgermeister des ganzen Burgenlandes in Eisenstadt versammelt waren. Es gab dies Gelegenheit zu einer Huldigung, die Zeugnis davon ablegte, daß das gewonnene Bundesland sich vollständig als Mitglied unseres Staates fühlt. Die Ausstellung selbst, auf welche wir noch näher zurückkommen, erregte die Bewunderung aller Besucher. Besonderes Interesse fanden die burgenländischen Künstlerarbeiten, Tonwaren, Bindertwaren usw. Die landwirtschaftliche Abteilung bot durch die Reichhaltigkeit und Gediegenheit der ausgestellten Produkte ein glänzendes Bild und es wurde jedem klar, daß die neugewonnene Provinz berufen ist, für die Versorgung der Stadt Wien eine stets steigende Bedeutung zu gewinnen.

Burgenländische Landesausstellung in Eisenstadt.

Das neue großstädtische Hotel „Rose“ in Eisenstadt wurde im Jahre 1925 erbaut und gilt als modernstes, bestgeführtes Haus im Burgenlande.

Die Innenausstattung des Hotels wurde von der bekannten Möbelfirma Seifert in Wien durchgeführt, ebenso sind alle anderen Arbeiten von nur erstklassigen Firmen ausgeführt worden. Im Hotel befindet sich ein Restaurant, Kaffeehaus, Klubräume und Autogarage. Auch ein Kino besitzt dieses Hotel.

Anläßlich der Eröffnung der ersten Burgenländischen Ausstellung fand ein Bankett statt, welches einen glänzenden Verlauf nahm. Bundespräsident Hainisch, Handelsminister Doktor Schürff und Finanzminister Kollmann nahmen an diesem Bankett teil. Auch werden alle anderen Veranstaltungen in diesem Hotel abgehalten. Erbauer dieses Hotels war der sehr bekannte, leider zu früh verstorbene Hotelier vom Semmering, Dangl. Die jetzige Leitung ruht bestgeleitet in den Händen des Schwiegersohnes vom Herrn Dangl, des früheren Deutschmeisteroffiziers Herrn Hans Greger.

Das neue großstädtische Hotel „Rose“ in Eisenstadt.
Phot. Fritz Sauer.

*

Die Sparkassen des Burgenlandes sind zum Unterschiede der Gemeindesparkassen im alten Oesterreich Aktiengesellschaften, welche zum größten Teile in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden sind. Diese Institute konnten sich im Verlaufe ihrer Entwicklung durch absolut reelle Geschäftsführung das Vertrauen der Bevölkerung in weitestem Maße erobern.

Die Goldbilanzierung der Sparkassen dokumentiert eigentlich am besten die guten alten Traditionen, die die Spekulation vom Hause aus ausschließt und das Geschäft eigentlich nur durch vorsichtige und gewissenhafte Kreditgewährung tätigt.

Da die burgenländischen Sparkassen die Rechtsgrundlage nach dem österreichischen Rechte entbehren, haben sich vorerst die nordburgenländischen Kreditinstitute unter der Führung der Eisenstädter Bezirkssparkassa zusammengeschlossen (Frauenkirchner Sparkassa, Burgenländische Zentralbank vormals Neusiedler Sparkassa in Neusiedl und deren Filiale in Kittsee). Dieses Institut hat heute ein Stammkapital von 1,000.000 Schilling und einen Einlagestand von zirka 5,000.000 Schilling.

Diesem ersten Schritt werden wohl in nächster Zeit weitere folgen und durch diese gesunde Entwicklung können der heimischen Landwirtschaft auch langfristige Kredite gewährt werden.

*

Der Grünbacher Bergbau, mit einer Jahresförderung von 140.000 Tonnen, ist der größte Steinkohlenbergbau Oesterreichs. Die in einem Stollennetze von rund 40 Kilometer gewonnene Kohle wird durch die bis zu 550 Meter tiefen Schächte zutage gefördert, wo sie in einer modernen Sortieranlage in die Sorten, Stück, über 60 Millimeter; Würfel 31 bis 60 Millimeter; Nuß 16 bis 30 Millimeter; Erbs 6 bis 15 Millimeter und Staub 0 bis 5 Millimeter, sortiert wird. Die gewonnene Kohle ist hochwertige Steinkohle von 6800 bis 7000 Kalorien und hat bereits vielfach durch die günstigen Heizergebnisse als Hausbrand- und Industriekohle zum Vorteile des Käufers und unserer Volkswirtschaft Eingang gefunden.

Burgenländische Landesausstellung in Eisenstadt: Exposition der Grünbacher Steinkohlenwerke A.-G., Grünbach a. Schneeberg, N.-Oest.
Phot. Fritz Sauer.

*

Die Eisenstädter Bezirkssparkasse in ihren Heimen seit Gründung. Rechts: Das gegenwärtige Heim. Phot. Fritz Sauer.

Kredit- und Bankwesen

Im 19.Jahrhundert ist die Bevölkerung in den Dörfern auf Geldverleiher angewiesen. In manchen Pfarreien werden von der Kirche Darlehen mit 6% Zinsen gegeben.

Gründungswelle

Ab den 1850er Jahren entstehen in Westungarn Spar- und Kreditbanken. Eine Gründungswelle ist ab 1872 zu sehen. 1876 bestehen in Westungarn (Ödenburger Kammer) bereits 14 Creditbanken und 61 Sparkassen. Die Sparkassen werden in Form einer Aktiengesellschaft gegründet. Durch den niedrigen Darlehenszins und die Möglichkeit Spareinlagen zu tätigen, steigen die Bezirkssparkassen in der Beliebtheit der Bevölkerung.

Im Burgenland gibt es nur wenige lokale Bankinstitute, da die Banken in den größeren ungarischen Städten angesiedelt sind. In Mattersdorf werden 1873 zwei Sparkassen gegründet. Der Gründung der Mattersdorfer Sparkassen AG (ab 1931 Mattersburger Spar- und Kreditbank AG) folgt einige Monate später die Gründung des Mattersdorfer Spar- und Darlehensvereins. Der Darlehenszins beträgt 6%. Für Spareinlagen werden um die 4% Zinsen gewährt. 1921 bestehen im Burgenland 23 Sparkassen.

Umgestaltung der Rechtsform

Nach der Angliederung des Burgenlandes gibt es für die ungarischen Sparkassen-Aktiengesellschaften keine gesetzliche

Raiffeisenkasse in Zemendorf

Grundlage. Dadurch erhöht sich die Steuerbelastung für diese Sparkassen. Sie müssen in Banken-Aktiengesellschaften umgewandelt werden.

Nach Verhandlungen der Kammer mit dem Gesetzgeber wird erreicht, dass eine ungarische Sparkasse in eine österreichische umgewandelt werden kann. So gründet Dr. Hoffenreich 1927 in Sauerbrunn eine Sparkasse nach österreichischem Recht. Sie expandiert in einige andere Bezirke des Burgenlandes.

Landeshypothekenanstalt

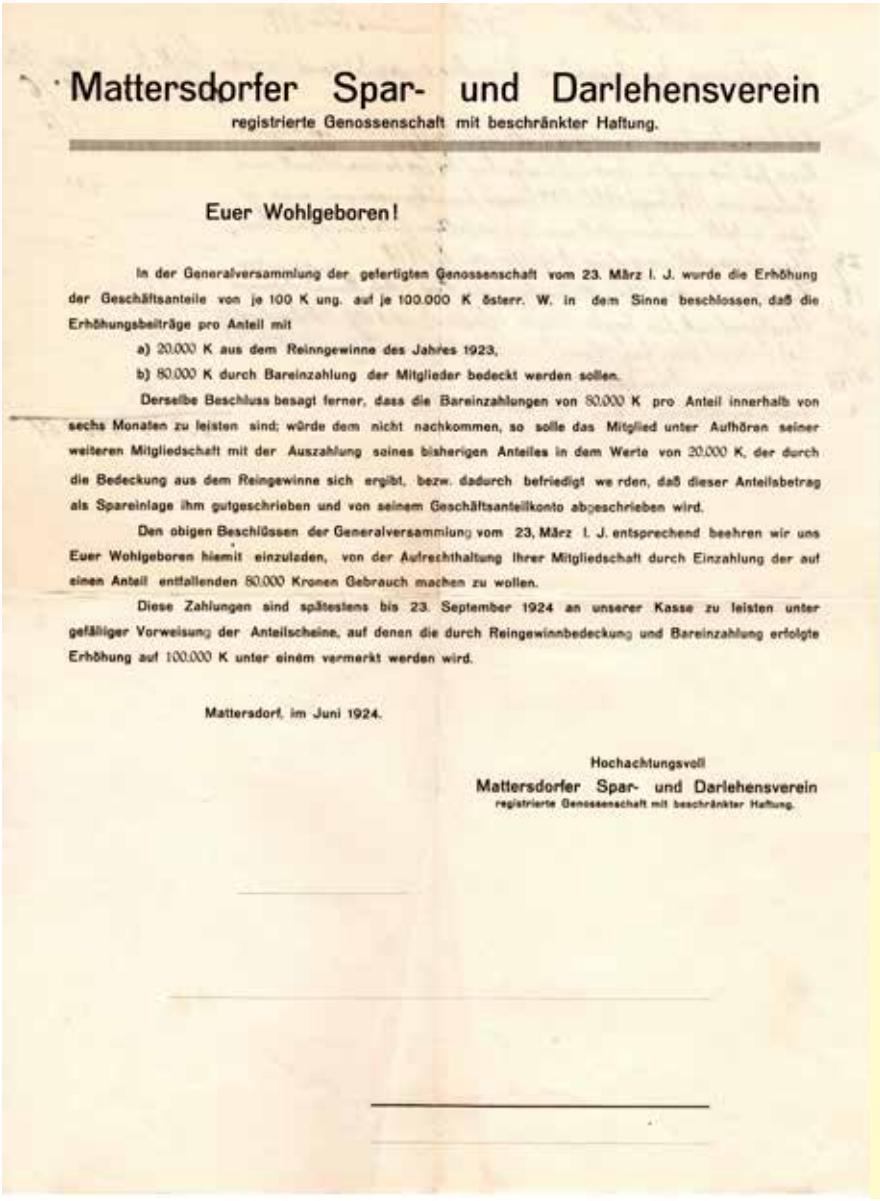
Erst 1928 wird die Landeshypothekenanstalt für das Burgenland gegründet, das sich um mittel- und langfristige Real- und Kommunalkredite kümmert. Es fehlen landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften.

Von der Raiffeisenkasse zur Dorfbank

In Eisenstadt wird die erste Raiffeisenkasse gegründet. Mit der Angliederung des Burgenlandes entstehen rasch Raiffeisenkassen in anderen Bezirken. 1924 wird der Verband der ländlichen Genossenschaften mit bereits 24 Raiffeisenkassen gegründet. Sie dienen vorerst der bäuerlichen Bevölkerung und werden in der Folge auch Dorfbanken, die Ausleihungen an Gewerbebetriebe durchführen.

Übergabe der Versicherungen

Die Versicherungen, die mit ungarischen Instituten abgeschlossen worden waren, werden an österreichische Versicherungsanstalten übergeben. Diese betreuen das Burgenland von Wien aus.



Mattersdorfer Spar- und Darlehensverein
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Euer Wohlgeboren!

In der Generalversammlung der gefertigten Genossenschaft vom 23. März l. J. wurde die Erhöhung der Geschäftsanteile von je 100 K ung. auf je 100.000 K österr. W. in dem Sinne beschlossen, daß die Erhöhungsbeiträge pro Anteil mit

a) 20.000 K aus dem Reingewinne des Jahres 1923,

b) 80.000 K durch Bareinzahlung der Mitglieder bedeckt werden sollen.

Derselbe Beschluss besagt ferner, dass die Bareinzahlungen von 80.000 K pro Anteil innerhalb von sechs Monaten zu leisten sind; würde dem nicht nachkommen, so solle das Mitglied unter Aufhören seiner weiteren Mitgliedschaft mit der Auszahlung seines bisherigen Anteiles in dem Werte von 20.000 K, der durch die Bedeckung aus dem Reingewinne sich ergibt, bezw. dadurch befriedigt we rden, daß dieser Anteilsbetrag als Spareinlage ihm gutgeschrieben und von seinem Geschäftsanteilkonto abgeschrieben wird.

Den obigen Beschlüssen der Generalversammlung vom 23. März l. J. entsprechend beehren wir uns Euer Wohlgeboren hiemit einzuladen, von der Aufrechthaltung Ihrer Mitgliedschaft durch Einzahlung der auf einen Anteil entfallenden 80.000 Kronen Gebrauch machen zu wollen.

Diese Zahlungen sind spätestens bis 23. September 1924 an unserer Kasse zu leisten unter gefälliger Vorweisung der Anteilscheine, auf denen die durch Reingewinnbedeckung und Bareinzahlung erfolgte Erhöhung auf 100.000 K unter einem vermerkt werden wird.

Mattersdorf, im Juni 1924.

Hochachtungsvoll
Mattersdorfer Spar- und Darlehensverein
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Kauf des Grafl-Hauses um 370 Millionen Kronen

Das Haus von Franz Grafl (Gustav Degengasse 30) wird am 31.Dezember 1923 um 370 Millionen Kronen gekauft. Dieser in einer Nacht- und Nebelaktion durchgeführte Kauf soll Platz für die Gemeindekanzlei und Wohnraum schaffen. Es werden Wohnungen zu einem Mietzins von 40.000 bis 60.000 Kronen monatlich vermietet. Für die Finanzierung des Kaufes leiht die Gemeinde Loipersbach Mattersburg 100 Millionen Kronen zu 16% Zinsen.

Bäder, Burgen, Sommerfrischen

Das Nordburgenland erhält durch die Nähe zu Wien´und die Erreichbarkeit durch den öffentlichen Verkehr einen bedeutenden Ausflugsverkehr. Der Neusiedlersee wird zum Meer der Wiener. Die andere Gruppe der Sommergäste verbringt in Sommerwohnungen den Urlaub. Ziel der Sommergäste sind die Waldgegenden von Lockenhaus, Bernstein, Landsee.

Im Bezirk Mattersburg sind das Rosaliengebirge mit seinen Obst- und Erdbeerkulturen, Schloß Forchtenstein und der Kurort Sauerbrunn der Anziehungspunkt für die Touristen. 1937 werden im Burgenland 56.000 Touristen mit 385.000 Übernachtungen gezählt. 1948/1949 kommen 10.000 Touristen mit 40.000 Übernachtungen (Nowak Seite 54)

Als Attraktionen werden Schwimmbäder, Spazierwege und Sportanlagen errichtet. Durch seine Lage an einer tektonischen Bruchlinie gibt es Mineralwasserquellen in Sauerbrunn und Tatzmannsdorf. Weitere noch nicht erschlossene Quellen befinden sich in Leithaprodersdorf, Kobersdorf, Deutschkreutz, Sulz, Edelsthal.

Landesrat Johann Wagner meint, dass das Burgenland sich keinesfalls trägt *„mit dem falschen Ehrgeiz, mit dem alpenländischen Fremdenverkehr konkurrieren zu wollen, sondern bestätigt seine Ambitionen dahingehend, die billige Familiensommerfrische Wiens zu werden.“* (Burgenlandbuch 1950 Seite 13). Am 8.Jänner 1925 wird der Landesverband für Fremdenverkehr gegründet.

Mattersdorf, am 13. Mai.

Der Oesterr. Touristen-Klub veranstaltete unter der Führung seiner Sektion Burgenland am 11. d. M. einen vom Wetter begünstigten Gesellschaftsausflug in das naturschöne von durchwegs deutscher Bevölkerung bewohnte Rosaliagebiet. Die Wiener Touristen wurden in Wr.-Neustadt vom Sektionsvorstande Herrn Josef Lieberzeit und den Führern der Sektion Burgenland mit einem herzlichen Willkomgruß empfangen. Besonders Freude bereitete den Burgenländern, daß sich unter den Gästen auch Herr Vizepräsident Liedeck, ferner die Herren Hafner, Scholz und Jakob der Zentralleitung des Klubs einfanden.

Die Teilnehmer verteilten sich in drei Gruppen; die erste wählte die Route Neudörfl—Rosalia—Forchtenstein—Wiesen, die zweite wanderte über Sauerbrunn—Rosalia—Forchtenstein—Mattersdorf, während die dritte sich für die kleinere Tour Wiesen—Forchtenstein—Mattersdorf entschied.

In fröhlichster Wanderstimmung durchquerten unsere Touristen diesen mit blühenden Obstbäumen bepflanzten, reizenden Landstrich unseres Heinzenlandes und zeigten rege Anteilnahme für Land und Leute. Besonders für den Umstand, daß das Frühobst auf den Wiener Märkten, besonders Aepfel, Kirschen und Ananas-Erdbeeren größtenteils aus dem Burgenlande stammen. Letztere werden in weitläufigen Kulturen oberhalb Wiesen gezogen. Die lange Reihe von Edelkastanienbäumen von der Schreinermühle bis fast zum Schlosse Forchtenstein, erregte ebenso Bewunderung, wie diese ganze blühende Maienwelt. Die drei Gruppen trafen sich in Forchtenstein—Neustift, bei Wegscheidler dessen Küche und Keller vorzüglichen Ruf genießen.

Nach einer heiteren Rast wurde das denkwürdige Schloß Forchtenstein besichtigt und um 16 Uhr der Marsch nach Mattersdorf angetreten, wo noch im Klubzimmer (Hotel „Post“) gemütliche Stunden verbracht wurden. Unsere lieben Gäste schienen von diesem schönen Ausfluge sehr befriedigt gewesen zu sein, denn ihr Abschied war ein fröhlich gehobener und herzlicher. Als sie mit einem Sonderzuge Mattersdorf verließen, klang uns ein frohes „auf Wiedersehen!“ zurück.

Neue Eisenstädter Zeitung vom 25:Mai 1924

Mattersburg als Sommerfrische

In dem vom Landesverband herausgegebenen Reisebuch wird Mattersburg als Schauplatz der wichtigsten Viehmärkte des Burgenlandes und der größten Pferdemärkte Österreichs gesehen. Als Sehenswürdigkeit werden das gotische Halterkreuz aus dem 15. Jahrhundert und die gotische Pfarrkirche angegeben. Weiters wird das Mausoleum von Feldzeugmeister Johann Berger erwähnt. Die schöne Aussicht auf Forchtenstein wird gelobt. Unterkünfte gibt es beim Hotel Post (Anton Steiger am Hauptplatz 5) mit 8 Zimmern und 17 Betten, beim Hotel „zum alten Markt“ (Anton Mörz Königstraße 120) mit 8 Zimmern und 16 Betten, beim Gasthof Franz Nußbaumer Forchtenauerstraße 2 mit 3 Zimmern und 3 Betten, bei Karl Morawitz Degengasse 28 mit 2 Zimmern und 4 Betten, bei Johann Haidenwolf Königstraße 74 mit 1 Zimmer und 2 Betten. Der Preis eines Zimmers mit einem Bett wird mit 1,50 bis 2 Schilling, der Preis für ein Doppel- oder Dreibettzimmer mit 3 bis 4 Schilling angegeben. Ein Mittagessen kostet 1,20 bis 1,50 Schilling. Ein großes Gulyás kostet 1 Schilling. Für die Autofahrt vom Bahnhof in die Stadt werden 1 Schilling pro Person verlangt. Die Fahrt nach Forchtenstein kostet 2 Schilling pro Person. Für das Gepäck werden 25-50 Groschen verlangt. Der Wanderweg von Mattersburg nach Forchtenstein wird mit 1 3/4 Stunden veranschlagt.

Bad Sauerbrunn

Bad Sauerbrunn mit seinen sonntäglichen Kurkonzerten im Sommer und sein magnesiumreiches Sauerwasser erlebt einen Zustrom von Kurgästen aus Wien. Jüdische Familien besitzen Sommerhäuser. 1937 zählt Sauerbrunn 2876 Gäste mit über 65000 Nächtigungen,.

Herz- und Frauenheilbad

Tatzmannsdorf, Burgenland

Franzensbader Kur! Nauheimer Kur!

Nach den neuesten Prinzipien eingerichtete Mineral-, Moor- und natürliche Kohlensäure-Sprudelbäder, Trinkkuren

Besondere Heilerfolge: Bei Herzleiden und Frauenkrankheiten aller Arten, Kinderlosigkeit, Blutarmut, Bleichsucht, Erkrankungen der Harnorgane, Gallenwege und des Magendarmkanals, Arteriosklerose, gichtische Erkrankungen, Basedow usw. **Wasserheilanstalt.** Vorsaison: 1. April bis 15. Juni. Nachsaison: 25. August bis Ende Oktober. **Pensionspreise in Vor- und Nachsaison:** In den Hotels und Villen der Kurbad-A.-G. Tagesverpflegspreis S 15. (Inbegriffen Logis mit Beleuchtung, Beheizung und Bedienung, 4 Mahlzeiten nach Speisekarte, ärztliche Behandlung und Abgaben) Kurtaxe und Warenumsatzsteuer separat. Für Moorbäder ist S 1·40 aufzuzahlen. Kurmusik (Wiener Konzertorchester): täglich vor- und nachmittags und abends. **Auskünfte und Prospekte:** In allen Fremdenverkehrs- und Reisebureaus in Österreich, Deutschland, Ungarn, besonders aber: Kurkommission Bad Tatzmannsdorf oder Kurbad-A.-G. Bad Tatzmannsdorf.

Der Gründer und Präsident der Kurbad Tatzmannsdorfer A.-G., Kommerzialrat Moritz Heinrich jun., feierte das zehnjährige Jubiläum seiner Tätigkeit. Phot. L. Keller.

Blick auf die Kuranlagen des Herz- und Frauenheilbades Bad Tatzmannsdorf (Burgenland). Nach einer photographischen Aufnahme

Eröffnung des burgenländischen Bades Tatzmannsdorf für ganzjährigen Betrieb in Gegenwart des Vizekanzlers Vaugoin und des Landeshauptmanns Thullner.

Herz- und Frauenheilbad

Tatzmannsdorf, Burgenland.

Franzensbader Kur! Nauheimer Kur!

Nach den neuesten Prinzipien eingerichtete Mineral-, Moor- und natürliche Kohlensäure-Sprudelbäder, — Trinkkuren.

Besondere Heilerfolge: Bei Herzleiden und Frauenkrankheiten aller Arten, Kinderlosigkeit, Blutarmut, Bleichsucht, Erkrankungen der Harnorgane, Gallenwege und des Magendarmkanals, Atheriosklerose, gichtische Erkrankungen, Basedow u. s. w.

Wasserheilanstalt!

Vorsaison: 20. April bis 18. Juni, Hochsaison: 19. Juni bis 20. August, Nachsaison: 20. August bis Ende September.

Pensionspreise in Vor- und Nachsaison:

In den Hotels und Villen der Kurbad-A.-G. Tagesverpflegspreis 14 S. (Inbegriffen Logis mit Beleuchtung und Bedienung, 4 Mahlzeiten nach Speisekarte, ärztliche Behandlung und Abgaben) Kurtaxe und Wust separat. Für Moorbäder ist 1 S 40 g aufzuzahlen.

Kurmusik (Wiener Konzertorchester): täglich vor- und nachmittags und abends.

Zureise:

AB WIEN: Aspangbahn, AB GRAZ: Fehringerbahn. Direkte Wagen bloß bis Oberwart! Hier umsteigen, zweite Haltestelle Bad Tatzmannsdorf.
Für Kurgäste aus Ungarn: Zufahrt ab Szombathely oder über Wr.-Neustadt.

Tanzreunionen und Konzerte! Täglich Barbetrieb!

Kurtheater. Auf neu errichteter Sommerbühne in der Regel viermal wöchentlich. Tennisplatz! Freie Benützung des Jagdreviers.

Ab Tatzmannsdorf sehr lohnende Ausflüge zum Burgschloß Bernstein, alten Ritterburg Stadt-Schlaining, alten gotischen Kirche Mariasdorf u. s. w. Autorundfahrten.

Auskünfte und Prospekte: In allen Fremdenverkehrs- und Reisebüros in Österreich, Deutschland, Ungarn. Besonders aber: 1. Kurbad-A.-G. Bad Tatzmannsdorf oder 2. Kurkommission Bad Tatzmannsdorf.

Von links nach rechts: Präses der Kurbad A. G. Kommerzialrat M. Heinrich, Bürgermeister Graef, Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel, Bundesminister a. D. Dr. Odehnal, Chefbadearzt Dr. L. Hoffmann und Bezirkshauptmann Landesregierungsrat Alzner.

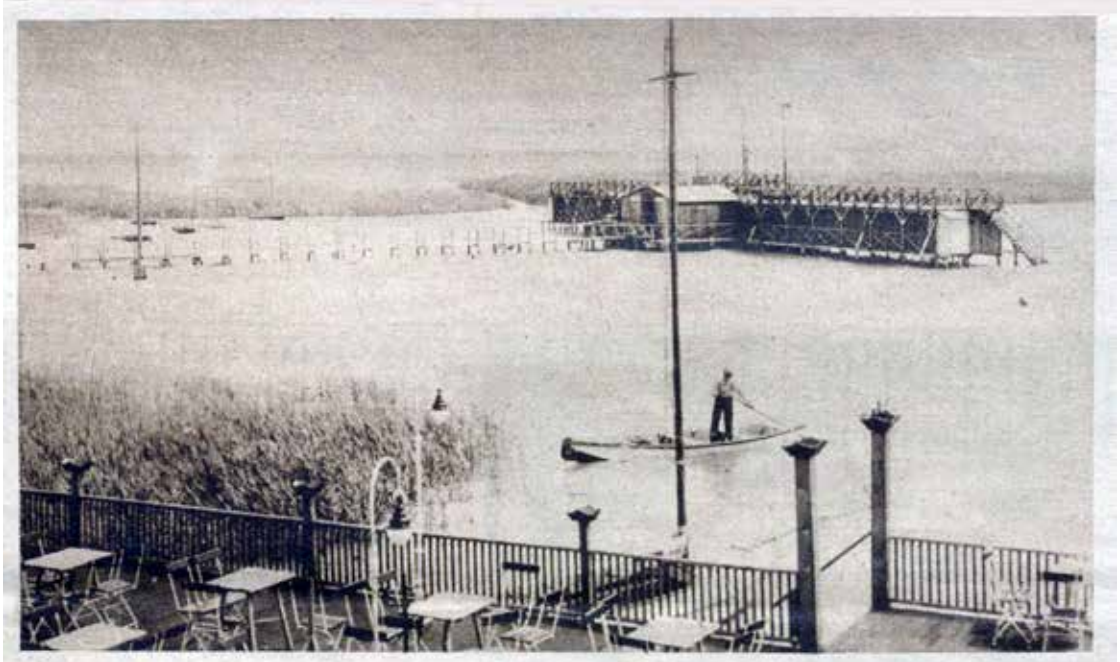
Bad Tatzmannsdorf ein aufstrebender Kurort

Bad Tatzmannsdorf wird als burgenländisches Franzensbad gespriesen. Es ist der bedeutendste Kurort des Burgenlandes und besitzt 8 Mineralquellen. Für die Kurgäste gibt es 150 Zimmer zur Übernachtung. Kurgäste können auch an Jagden in der bewaldeten Umgebung teilnehmen. 1937 zählt der Ort über 31000 Nächtigungen.

Neusiedl Meer der Wiener als Massenausflugsziel

Die Vorteile des Neusiedlersees als medizinisches Bad bestehen im hohen Anteil an Glaubersalz, Kochsalz und Natron. Das Seewasser soll bei Blutarmut, allgemeiner Schwäche, Rekonvaleszenz, Asthma, Bronchitis, Herzleiden und insbesondere bei Rheuma, Gicht und Frauenleiden helfen. Da das Wasser eine geringe Tiefe aufweist und im Sommer warm ist, lädt es ideal zum Baden ein. Die große Ausdehnung ermöglicht es zu Segel- und Ruderregatten. Im Winter bietet er Gelegenheit zum Wintersport aller Art Podersdorf hat einen direkten Zugang zum Wasser ohne Schilfgürtel. Tägliche Buslinien führen nach Podersdorf, Rust und Mörbisch. Der Ausbau der Badeinfrastruktur mit Unterkünften besteht vor allem in Neusiedl, Podersdorf, Rust und Mörbisch. In Neusiedl gibt es eine Badeanstalt mit 100 Kabinen und 100 Kleiderkästchen. Das Günthersche Seerestaurant bietet 800 Gästen Platz. Es wird eine Motorbootverkehr eingerichtet. Eine staatliche Kraftfahrlinie von Wien-Neusiedl-Podersdorf etabliert sich, die an jedem Sonntagen direkt zum Neusiedlersee fährt. Neusiedl hat einen direkten Bahnanschluss an Wien mit einem eigenen Seebahnhof. Eine Kleinbahn führt über einen Damm zum Wasser. Der Begriff „Meer der Wiener“ etabliert sich so.

Der Bundespräsident im Burgenland: Dr. Hainisch fährt zur Besichtigung der neuen modernen Badeanlagen am Neusiedler See.
Phot. Geiswinkler, Bruck an der Leitha.



Die fortschreitende Entwicklung von Neusiedl am See (Burgenland): Blick auf das im Auftrage der burgenländischen Landesregierung modernisierte und groß ausgebaute Seebad.
Nach einer photographischen Aufnahme.

Aufbau des Schulwesens

Die Situation der schulischen Ausbildung in Ungarn auf dem Lande weist große Defizite aus. Die verpflichtete Unterrichtszeit beträgt nur sechs Jahre. Die zwangsweise Verwendung der ungarischen Sprache trifft auf eine deutschsprechende Bevölkerung. Das bedeutet, dass die deutsche Sprache nicht erlernt und die ungarische Sprache nur mangelhaft gesprochen wird. Durch das Vorherrschen der konfessionellen Schule wird das Schwergewicht auf religiöse Erziehung gelegt.

Dies bedeutet eine mangelnde Ausbildung der Kinder im Vergleich zur österreichischen Schulbildung. Außerdem erfolgt die höhere Schulbildung in der Magyarisierung der Schüler. Ödenburg als Mittelpunkt des Höheren Schulwesens bleibt bei Ungarn, wodurch höher ausgebildete Schüler in Ungarn verbleiben.

Mangelhaftes Schulwesen und Ausbildung

Nach der Angliederung an Österreich besteht die ungarische Schulpflicht von 6 Jahren und es wird Unterricht in ungarisch gegeben. Es gibt folgende Volksschultypen: Staatsschulen, die vom Land erhalten werden, Gemeindeschulen, konfessionelle Schulen, die von den konfessionellen Gemeinden erhalten werden, aber vom Land finanzielle Unterstützung erhalten. Kinderarbeit ist gang und gäbe. Die Ausdehnung der Schulpflicht auf acht Klassen trifft die Bauernfamilien, da die Kinderarbeit im Betrieb dadurch verringert wird.

Von 365 Volksschulen sind 304 konfessionelle, 47 staatliche und 14 Gemeindeschulen. An höheren Schulen gibt es sieben Staatsbürgerschule, eine Art Untermittelschule. Die Schüler müssen Schulgeld entrichten. Es gibt davon zwei Ordensbürgerschulen (Rechnitz, Steinberg) und 5 vierklassige Staatsbürgerschule. Eine davon befindet sich in Mattersburg. Die ungarischen Lehrer tragen den Professorentitel und haben eine universitäre Ausbildung.Im Bezirk Mattersburg gibt es folgende Schulen: 8 Staatsschulen, eine Gemeindeschule, 10 Römisch-katholische Schulen, 3 Evangelische Schulen, eine Jüdische Schule. In Mattersburg wird die Staatsbürgerschule am 7.März 1924 durch Landtagsbeschluss in eine Deutsche Mittelschule umgewandelt.

Lehrerbildungsanstalt

In Oberschützen gibt es eine evangelische Lehrerbildungsanstalt und ein Gymnasium. Alle anderen höheren Schulen befinden sich in Ödenburg, Preßburg, Raab, Steinamanger, Güns und Sankt Gotthard, die den burgenländischen Schülern nun nicht mehr offen stehen. Bis 1930 errichtet der österreichische Staat nur ein Gymnasium in Eisenstadt.

Übernahme der Lehrkräfte

Das Lehrpersonal ist an ungarischen Schulen ausgebildet worden. Es muss in ungarischer Sprache unterrichtet werden. Die Übernahme der Lehrkräfte aus dem ungarischen Schulwesen stellt sich schwierig dar, da Verleumdungen über die nationale Ausrichtung gang und gäbe sind. Auch muss die Kenntnis der deutschen Sprache dargelegt werden. Lehrer, die keinen Nachweise erbringen, müssen sich einer Deutschprüfung unterziehen. 32 Lehrer legen die Prüfung mit Erfolg ab. Insgesamt werden knapp 10% der Lehrer nicht übernommen.

Ausbildung der Lehrkräfte

Vorerst gibt es für die Ausbildung der Lehrer nur die evangelische Lehrerbildungsanstalt in Oberschützen. Die Schulaufsicht hat vorerst die Aufgabe, den Unterrichtsbetrieb an österreichische Verhältnisse anzugleichen. Es werden pädagogische Kurse abgehalten. Arbeitsgemeinschaften in den Bezirken tagen jeden Monat bis 1926 über pädagogisch-didaktische Fragen. Durch den Besuch von Wiener Schulen wird ein Einblick in die Praxis des Reformschulwesens gegeben. Lehrerbüchereien werden in den Schulen eingerichtet. Ebenso entstehen Schülerbüchereien und Lehrmittelsammlungen. Erst 1933 bzw. 1935 entsteht ein katholisches Lehrerseminar in Mattersburg.

Schulverwaltung

Zur Verwaltung der Schulen wird das Amt der Schulabteilung eingerichtet. Als Landesschulinspektor wird 1923 Prof. Dr. Wenzel Beza eingesetzt. Da die Übernahme des österreichischen Reichsvolksgesetzes von der CsP verhindert wird, haben die ungarischen Schulgesetze im Burgenland weiterhin Gültigkeit. Die fehlende deutsche Übersetzung des ungarischen Textes führt oftmals zu Auseinandersetzungen über die Richtigkeit der Auslegung eines Gesetzes.

Fehlende deutsche Schulbücher

Die Schulgebäude und die Klassenzimmer sind in schlechtem Zustand. Das Angebot an deutschen Schulbüchern ist gering.

In den Bezirken werden Volksbüchereien gegründet. Geldmittel werden durch Schüleraufführungen und Schulausstellungen aufgebracht. Die erste landwirtschaftliche Ausstellung 1924 in Mattersburg ist ein großer Werbeauftritt für die Schulen.

Bauernschulen

Jormannsdorf erhält eine Bauernschule (Landwirtschaftliche Fachschule). Die Jormannsdorfer Bauernschule wird am 3.November 1926 eröffnet und ist im Schloss Batthyány untergebracht. Der Leiter ist der Agrarreferent von Oberwart Ing. Tulzer. Die Schulwirtschaft umfasst 120 ha. (Foto in der Wiener Landwirtschaftlichen Zeitung). 1928 wird eine Bauernschule in Nickelsdorf errichtet, die 1933 wegen der ungünstigen Verkehrslage nach Rust verlegt wird. Diese Schule beschäftigt sich vor allem mit dem Gemüse- und Weinbau.

Überalterte Schulbauten

Der Großteil der Schulgebäude ist in konfessioneller Hand, die auch einen Teil der Finanzierung trägt. Es tritt auch der Fall auf, dass in einer Gemeinde bei dem Vorhandensein von drei Konfessionen drei Volksschulen bestehen. So sind die Kosten für das burgenländische Schulwesen die teuersten in Österreich. Dies verhindert auch den weiteren Ausbau der Schulen.

Die vorhandenen Schulen befinden sich zum Großteil in einem schlechten Bauzustand. Ebenso fehlt es an der Ausstattung der Schulen. Die Verbesserung der schulischen Infrastruktur gelingt nur langsam. Folgende Neuerungen werden durchgeführt:

- Bau einer fünfklassige Volksschule in Sieggraben, die 1929 eröffnet wird.
- Eröffnung 1929 einer zehnklassige Volksschule in Rohrbach
- Eröffnung 1931 einer fünfklassigen Volksschule in Marz
- Errichtung einer Hauptschule in Neusiedl und einer Deutsche Schule in Oberpullendorf

In allen neuen Gebäuden wird eine Wohnung für den Schulleiter vorgesehen.

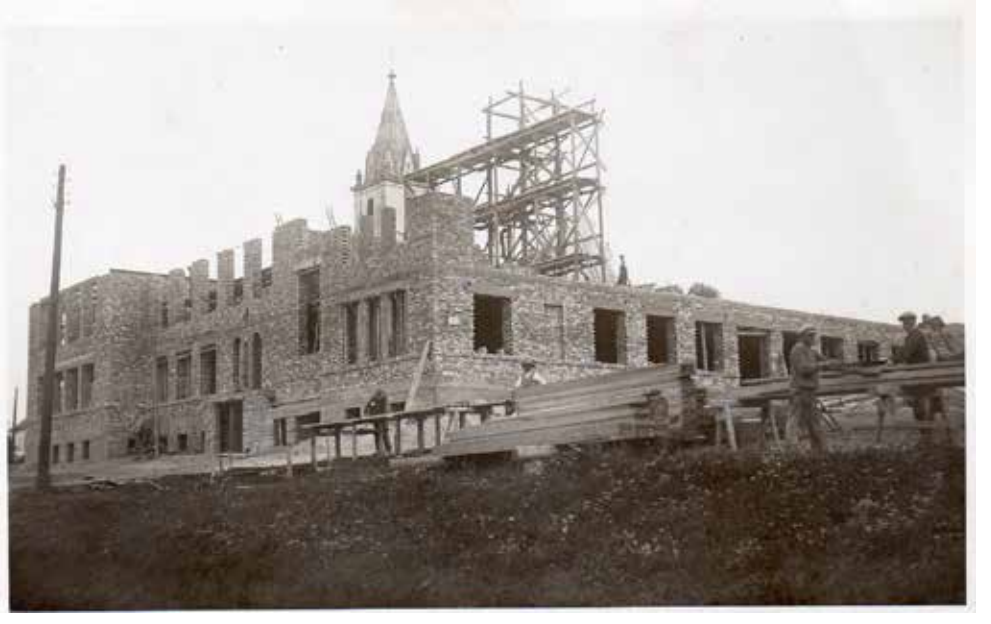
In Eisenstadt und Oberwart entstehen 1924 zweiklassige Handelsschulen, die der Bund subventioniert.

In Mattersburg wird die ehemalige vierklassige Staatsbürgerschule in ein Unterrealgymnasium umgewandelt. Die katholische Lehrerbildungsanstalt, gegründet 1933 vom Orden der Marienbrüder in Oberberg Eisenstadt, übersiedelt 1935 in das neu erbaute Schulgebäude in Mattersburg. Ein Heim für auswärtige Schüler wird angeschlossen.

In Eisenstadt entsteht 1934 die erste Musikschule. In der Folge breiten sich kleine Musikschulen im Land aus, auch in Mattersburg. In Eisenstadt wird 1922 eine Bundesmittelschule mit einem Schülerheim gegründet. Sie wird im Gebäude der ehemaligen Militäroberschule untergebracht.

Das Burgenland bekommt moderne Volksschulen: Das mit großem Geldaufwand neuerbaute Schulgebäude in Sieggraben bei Mattersburg.
Phot. Josef Eppich.

Die neuerbaute Schule in Sieggraben. Zivilarchitekten Raym-Hetmanek, Wien, Aufn. Raym-Hetmanek, Wien



Rohbau der katholischen Lehrerbildungsanstalt in Mattersburg 1935

Schulische Umorganisation

Die Staatsbürgerschulen werden 1927 in vierklassige Hauptschulen umgewandelt. Durch die Ständeverfassung vom 1.Mai 1934 wird die konfessionelle Volksschule durch das Konkordat abgesichert. Die staatlichen Volksschulen werden in katholische Volksschulen umgewandelt. Der Personalaufwand wird vom Land, der Sachaufwand von der Gemeinde bezahlt. Die Lehrpläne werden von den jeweiligen Kirchenbehörden erstellt.

Öffnung der höheren Schulen für Mädchen

Die Gemeindekommission stellt am 2. September 1922 den Antrag an die burgenländische Landesregierung, dass neben der Knabenbürgerschule auch eine für Mädchen eingerichtet werde. Direktor Zechmeister kann dafür in der Bürgerschule einen Raum zur Verfügung stellen. Die Gemeinde ist bereit, die gleichen Lasten wie für die Knabenbürgerschule zu übernehmen.

Organisation der Lehrerschaft

Am 9.Jänner 1922 wird der „Burgenländische allgemeine Lehrerbund“ in Mattersburg gegründet. Er gibt die Zeitung „Burgenländische Lehrer-Zeitung“ heraus. Ende Jänner 1922 konstituiert sich eine Mattersburger Bezirksgruppe des „Katholischen Lehrervereins“. Der Katholische Lehrerverein besteht darauf, dass die Grundlage des Schulwesens die konfessionelle Schule ist. Im Gegensatz dazu beantragt der Mattersdorfer Bezirkslehrerverein, *„die Verstaatlichung alles Schulen anzustreben, als einzige Lösung, allen Lehrern einheitliche Rechte und eine würdige gesellschaftliche Stellung zu sichern“*. (Lehrerzeitung Seite 4)

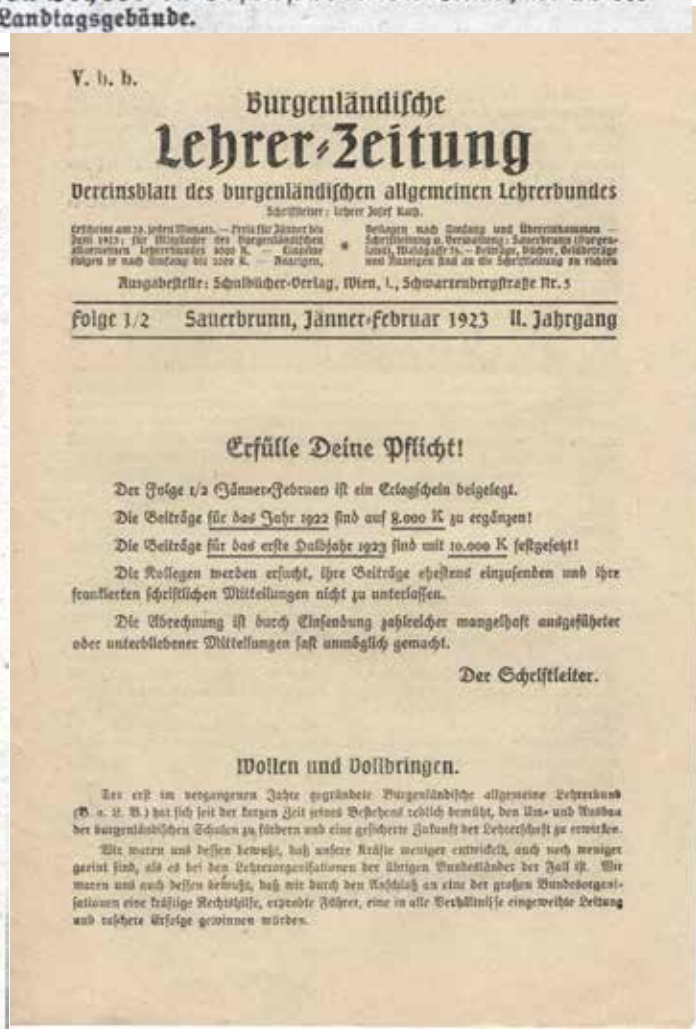
Der Anspruch der konfessionellen Vorherrschaft im Schulwesen wird durch den Lehrerbund in Frage gestellt: *„Bogati deutet auf die Übelstände hin, daß in manchen Gemeinden die Gehälter der Lehrer dem Pfarrer ausgefolgt werden, der dann die Lehrer zu sich beordert, um sie auszuzahlen.“* (Lehrerzeitung Seite 4) So beantragt der Lehrerbund, dass sämtliche Postämter Briefe und Geldsendungen direkt dem Lehrer auszufolgen haben. Die Lehrerbesoldung besteht teilweise in Naturalentlohnung, die erst am 11. August 1924 (sogenannte „Leser-Verordnung) abgeschafft wird.

Die erste Vollversammlung der burgenländischen Lehrer in Eisenstadt: Die Teilnehmer an der Konferenz vor dem Landtagsgebäude.

Die erste Vollversammlung der burgenländischen Lehrer.

(Mit Abbildung.)

Am 9. August versammelten sich in Eisenstadt nahezu 500 Lehrerinnen und Lehrer aus allen Bezirken des Burgenlandes zu der vom Vorstand des Lehrerbundes Josef Payrich, Oberlehrer in Antau, einberufenen ersten Vollversammlung. Die trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse an den Tag gelegte rege Beteiligung ist ein Beweis, daß die Lehrerschaft des Burgenlandes im neuesten Bundesgliede der österreichischen Republik sich aufgerafft hat, um einen unpolitischen, sämtliche Lehrer aller Glaubensbekenntnisse und aller politischen Parteien in sich schließenden burgenländischen Lehrerverein zustande zu bringen. Der Lehrerverein führt den Namen. „Burgenländischer allgemeiner Lehrerbund“. Der unerwartet schöne Erfolg der ersten Tagung bürgt dafür, daß die Leitung des Vereines in guten Händen ist, daß das vom Vorstande Payrich verkündigte Programm alle Wünsche der Lehrerschaft umschließt, daß sich die Lehrerschaft durch konfessionelle Gegensätze nicht zersplittern läßt und daß sie alle ihre Kräfte dazu verwenden wird, um die Schule und das infolge der früheren Verhältnisse kulturell verhältnismäßig rückständige Volk auf gleiche Höhe zu bringen mit der Bevölkerung der anderen Bundesländer. Nach der Vollversammlung bekränzte die Lehrerschaft Haydns Grabmal und besichtigte die bedeutendsten Bauten der Landeshauptstadt Eisenstadt.



V. h. b.

Burgenländische

Lehrer-Zeitung

Vereinsblatt des burgenländischen allgemeinen Lehrerbundes

Schriftleiter: Lehrer Josef Kary.

Erscheint am 20. jeden Monats. — Preis für Jänner bis Juni 1923: für Mitglieder des burgenländischen Allgemeinen Lehrerbundes 2000 K. — Einzelne Folgen je nach Umfang bis 2000 K. — Anzeigen, Beilagen nach Umfang und Übereinkommen. — Schriftleitung u. Verwaltung: Sauerbrunn (Burgenland), Waisenhaus Nr. 3. — Beiträge, Bücher, Geldbeträge und Anzeigen sind an die Schriftleitung zu richten.

Ausgabestelle: Schulbücher-Verlag, Wien, I., Schwarzenbergstraße Nr. 5

Folge 1/2 Sauerbrunn, Jänner-Februar 1923 II. Jahrgang

Erfülle Deine Pflicht!

Der Folge 1/2 Jänner-Februar ist ein Erlagschein beigelegt.

Die Beiträge für das Jahr 1922 sind auf 8.000 K zu ergänzen!

Die Beiträge für das erste Halbjahr 1923 sind mit 10.000 K festgesetzt!

Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge ehestens einzusenden und ihre frankierten schriftlichen Mitteilungen nicht zu unterlassen.

Die Abrechnung ist durch Einsendung zahlreicher mangelhaft ausgefüllter oder unterbliebener Mitteilungen fast unmöglich gemacht.

Der Schriftleiter.

Wollen und Vollbringen.

Der erst im vergangenen Jahre gegründete Burgenländische allgemeine Lehrerbund (B. a. L. B.) hat sich seit der kurzen Zeit seines Bestehens redlich bemüht, den Um- und Ausbau der burgenländischen Schulen zu fördern und eine gesicherte Zukunft der Lehrerschaft zu erwirken.

Wir waren uns dessen bewußt, daß unsere Kräfte weniger entwickelt, auch noch weniger geeint sind, als es bei den Lehrerorganisationen der übrigen Bundesländer der Fall ist. Wir waren uns auch dessen bewußt, daß wir durch den Anschluß an eine der großen Bundesorganisationen eine kräftige Rechtshilfe, erprobte Führer, eine in alle Verhältnisse eingeweihte Leitung und raschere Erfolge gewinnen würden.

Angleichung des Sozialwesens

Die Rückständigkeit in der ungarischen Sozialgesetzgebung erfordert Angleichung an das österreichische Sozialwesen. Die österreichische Sozialgesetzgebung wird zwischen 1922 bis 1924 vom Burgenland übernommen. Das bedeutet die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und die Errichtung von Arbeitsvermittlungsämtern.

Spitalsnot

Bei der Angliederung des Burgenlandes ist die ärztliche Versorgung mangelhaft. Tuberkulose ist weit verbreitet. Trachom, eine bakterielle Augenerkrankung, tritt häufig in der Bevölkerung auf. Es gibt es zwei öffentliche Krankenhäuser in Oberwart und Güssing. Das Batthhyansiche Privatspital befindet sich in Kittsee. In Eisenstadt und Pinkafeld gibt es private Ordensspitäler.

Deshalb wird ein Spital in Oberpullendorf neu erbaut. Die Gesamtkosten des Spitals in Oberpullendorf stellen sich auf 5 Milliarden Kronen. Der Baubeginn erfolgt 1926. Die vorgesehene Eröffnung 1927 verzögert sich auf den 7.April 1929.

Die Krankenhäuser in Oberwart, Güssing und Kittsee werden modernisiert. Die Zahl der Spitalsbetten erhöht sich bis 1931 von 80 auf 350, bis 1938 auf 574 Betten.

Spital in Oberpullendorf

Ein Festtag im Burgenland: Bundespräsident Miklas, neben dem sich Bundeskanzler Dr. Seipel und der Präsident des Nationalrates Dr. Gürtler befinden, bei Eröffnung des neuen Krankenhauses in Oberpullendorf.

Phot. Josef Eppich.

Ärztliche Versorgung

Die Anzahl der Ärzte für die Bevölkerungszahl ist sehr gering. Die Ärzte in Westungarn sind staatliche Beamte, die vom Land Burgenland aber mit einer Gehaltskürzung übernommen werden. Deshalb wandern ein Teil der Ärzte aus dem Burgenland ab. Die Folge ist, dass der Großteil der Ärzte in ein pragmatisiertes Dienstverhältnis als Kreis- und Gemeindearzt übernommen werden muss. Die Bezahlung der Honorare ist durch die im Aufbau befindliche Krankenkasse ist schleppend. Die Landarbeiter werden bis zum Aufbau einer landwirtschaftlichen Krankenkasse vom Arzt des Grundherrn betreut. Die bäuerliche Bevölkerung kann sich eine ärztliche Behandlung finanziell kaum leisten. Durch die Verbesserung des Krankkassasystems wird der Zugang zur ärztlichen Versorgung für Arbeitende leichter. Die Zahl der Ärzte steigt von 50 auf 122, der Zahnärzte von 4 auf 41. In Mattersburg gibt es zwei praktische Ärzte, einen für die jüdische Gemeinde und einen für die Christgemeinde.

Hohe Säuglingssterblichkeit in Mattersburg

Die Säuglingssterblichkeit in Mattersburg ist hoch. Sie beträgt 24.3% im Zeitraum von 1922-1924.Vor allem in den Sommermonaten steigt sie auf über 33%. Sie sinkt bis 1929 auf 17%. Die Kindersterblichkeit wird vor allem durch Grippe und Masern verursacht.

Fürsorge für Alte und Arme

Die Gemeinden sind für Armenfürsorge verantwortlich. Alte und invalide Personen sind auf die Unterstützung der Angehörigen und die Armenfürsorge der Gemeinden angewiesen. Bei der Angliederung gibt es zwar eine Kranken- und Unfallversicherung, aber keine Pensionsversicherung. Das 1927 beschlossene Arbeitsversicherungsgesetz, wo eine Alters- und Invaliditätsversicherung vorgesehen ist, tritt nicht in Kraft. Statt dem wird eine Altersfürsorgerente eingeführt, die zwei Drittel der Arbeitslosenunterstützung ab dem 60.Lebensjahr beträgt. Für die alten und nicht arbeitsfähige Bevölkerung wird ein Altersheim in Neudörfl 1926 errichtet. In Mattersburg wird von der Gemeinde beim Fürsten Esterházy angesucht, ob er einen Baugrund für den Bau eines Fürsorgeheimes zur Verfügung stellt. In einer Besprechung mit Vertretern vom fürstlichen Gutsinspektorat werden die Bedingungen für die Überlassung von Grundstücken für das Armenhaus und Elektrizitätswerk gestellt. Es muss eine Skizze vorgelegt werden und versichert werden die Bebauung ohne Zeitverzug durchzuführen.

Sozialversicherung

Es wird 1921 eine Landeskrankenkasse für das Burgenland errichtet, die für die gewerblichen wie für die landwirtschaftlichen Arbeiter zuständig ist. 1922 betreut sie 8054 Mitglieder. 1923 wird für die landwirtschaftlichen Arbeiter eine eigene die „Landwirtschaftskrankenkasse für das Burgenland" eingerichtet. Mit dem Landarbeiterversicherungsgesetz 1929 wird die Pflichtversicherung eingeführt. Die Zahl der Mitglieder beträgt nun durchschnittlich 10.000. Der Sitz der Krankenkassen ist Sauerbrunn. Im November 1932 wird der Sitz nach Eisenstadt verlegt.

Aufkeimender Rassismus

Durch die Angliederung sind größere Roma-Gruppen zu Österreich gekommen, die im ungarischen Westungarn tolerant behandelt werden. Auch gut organisierte jüdische Gemeinden kommen so zu Österreich. Das wichtigste Problem sieht der Verfasser der Heimatkunde und spätere Nationalsozialist Ernst Löger darin, eine staatstreue Bevölkerung im Burgenland zu bilden: *„Vor allem wären zweifelhafte staatsfremde Personen über die Grenze abzuschieben und das von Ungarn hinterlassene Zigeunerunwesen zu bekämpfen. Durch eine Zigeunerevidenz (Anmerkung: 1928 errichtet) und die Einführung des Schulzwanges für Zigeunerkinder wurden die ärgsten Mißstände behoben. Zahlreiche Zigeunerfamilien haben sich, sehr zum Mißfallen der Bevölkerung, in einzelnen Ortschaften seßhaft gemacht und die üblichen Zigeunerwanderungen sind zur Seltenheit geworden. Eine endgültige Lösung der Zigeunerfrage kann wohl erst dann erfolgen, wenn man die bisherigen Maßnahmen durch wirksamere ersetzt haben wird."* (Löger Seite 185) Ebenso meldet der Notär im Oktober 1920, dass sich Zigeuner ohne Bewilligung sich in Mattersdorf ansässig machen. Der Notär fragt die Gemeinderepräsentanz, wie die weitere Vorgangsweise wäre. Die Gemeinde beschließt vorerst die Zuständigkeit betreffend der Personen zu kontrollieren. Personen, für die Mattersdorf nicht zuständig sind, sind sofort auszuweisen. Den anderen Personen ist die Haltung von Tieren verboten, da sonst der Diebstahl nicht zu kontrollieren ist. Der Oberstuhlrichter soll täglich die Zigeuner durch die Gendarmerie kontrollieren lassen. Diejenigen die ein Haus gebaut haben, müssen für Gemeinde Arbeitsdienst leisten.

Wasserleitungen und Abwässer

In den Dörfern erfolgt die Versorgung mit Trinkwasser aus Brunnen aber vor allem aus Quellen und Bächen. In Mattersburg ist die Wulka die Hauptversorgung mit Wasser. Sie dient einerseits als Energielieferant für die 4 Mühlen, andererseits zum Reinigen der Wäsche. Abwässer werden in die Wulka geleitet.

In Mattersburg beschließt der Gemeinderat 1923 eine wöchentliche Mistabfuhr. Die Bewohner haben ein Kiste in der Größe von 22x37x50cm bereitzustellen. Der Mistplatz wird beim Judenfriedhof bereitgestellt. Weiters wird der Bach in der Winkelgasse kanalisiert, da die Bewohner aus Platzmangel den Kehricht und die Abfälle in den Bach werfen.

Wohnungsnot und Wohnbauprogramm

Der Wohnbau in Mattersburg stagniert. Die Einwohner leben oft in Zimmer-Küche Wohnungen, die überbelegt sind. Es gibt keine staatliche Förderung für den Bau von Wohnungen. Nach dem Ersten Weltkrieg herrscht große Wohnungsnot. Es bildet sich eine Mietkommission, die Zimmer Wohnungssuchenden zuteilt. Die Umwidmung in von Zimmern in Geschäftslokale wird verhindert.

In Mattersdorf formiert sich eine Siedlungsverein, die einen Esterházyschen Baugrund im Bereich der heutigen Franz Lisztgasse erwirbt und an Bauwillige Grundstücke verkauft. Im Jänner 1923 wird der Parzellierungsplan erstellt. Auch die Urbarialgemeinde stellt im heutigen Bereich der Wassergasse im Dezember 1923 billige Baugründe zur Verfügung, die für Kaufwillige aufparzelliert werden.

Von links nach rechts unter den Kindern: Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser; Direktor der burgenländischen Landeskrankenkasse Adolf Berczeller; Landesregierungsrat Dr. Theodor Möbius.

Jugendfürsorge im Burgenlande: Tuberkulös gefährdete Kinder, die durch eine Aktion der burgenländischen Landesregierung und Landeskrankenkasse an die Adria geschickt wurden, in einem Erholungsheim am Strande bei Rimini.

Nach einer photographischen Aufnahme.

Organisation der Arbeiter

Vor allem Wanderarbeiter bringen die Idee einer gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeitnehmer ins Burgenland. In Ödenburg gründen vor allem gewerbliche Arbeiter 1870 einen Arbeiterverein. 1872 streiken die Schneidergesellen. Ihr Streik wird aber von den Behörden rasch unterdrückt. Es erfolgt auch eine Weisung des Budapester Innenministeriums an den Obergespan von Ödenburg, jede sozialdemokratische Betätigung sofort zu unterdrücken. Der 1889 einberufene Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten in Preßburg führt zu Gründungen von Arbeiterbildungsvereinen. So entsteht in Ödenburg 1892 ein Arbeiterbildungsverein, dem die aus Mattersburg stammenden Schustergehilfe Johann Fiala, Adolf Berczeller und der Journalist Heinrich Kalmar angehören.

Die Bauarbeiter sind vehement für die Angliederung an Österreich, da sie sonst von ihren Arbeitsplätzen abgeschnitten sind. So wird vom Bauarbeitervertreter Hans Suchard und Alois Wessely bereits 1918 die Republik Heinzenland in Mattersburg ausgerufen.

Kampf gegen ungarische Arbeitsbedingungen

Die gewerkschaftliche Organisation beruht auf Richtungsgewerkschaften. Die größten sind die Landarbeiter- und Bauarbeitergewerkschaft. 1926 besitzt die burgenländische Bauarbeitergewerkschaft 6.354 Mitglieder. Die Löhne im Burgenland sind niedriger als im übrigen Österreich, da viele Kollektivverträge nicht gelten bzw. niedrigere Löhne von den Unternehmen gefordert werden. So erhalten die burgenländischen Landarbeiter die Hälfte des Lohnes der niederösterreichischen Landarbeiter. Außerdem wird ein Teil des Lohnes als Deputat gegeben.

Streik der Landarbeiter

Die Landarbeiter auf den Gutshöfen organisieren sich, da die Grundbesitzer sie unter ungarischen Bedingungen beschäftigen wollen. Es kommt zu einem Arbeitskonflikt im Esterházyschen Gutshof in Tadten, wo ungarische und slowakische Landarbeiter die burgenländischen ersetzen sollen. Die angeforderten Gendarmen werden von den Arbeitern entwaffnet. In einem verstärkten Gendarmeneinsatz werden 50 Landarbeiter verhaftet und 11 zu schwerem Kerker verurteilt. 1926 wird die burgenländische Landarbeiterordnung beschlossen, die die Arbeitsbedingungen verbessert. Für öffentlich Bedienstete, Handelsangestellte und Industrieangestellte werden keine eigenen burgenländischen Gewerkschaften gegründet, da es zu wenig Mitglieder gibt.

Fehlende Arbeitsplätze

Das Burgenland mit seiner geringen Industrie und fehlenden Arbeitsplätzen bietet vor allem in den kleinen Gewerbebetrieben und in der Landwirtschaft Arbeit. Die Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren führt zu Massenarbeitslosigkeit. Die Industrielle Bezirkskommissionen betreiben fünf Arbeitsämter, eines davon in Mattersburg und ein Jugendamt mit Mütterberatung.

Gründung der Arbeiterkammer

In Österreich wird 1920 die Arbeiterkammer als Gegenstück zur Wirtschaftskammer gegründet. Wien nimmt vorerst die Interessen des Burgenlandes wahr. Am 10.Oktober 1925 wird ein Beirat installiert, der die Agenden einer burgenländische Arbeiterkammer übernimmt. Präsident wird Theodor Meißner. Die Zahl der Vertretenen beträgt rund 15000 Arbeitnehmer, die vor allem im Kleingewerbe beschäftigt sind. Die Finanzierung der Arbeiterkammer erfolgt durch eine Umlage der krankenversicherten Beschäftigten.

1931 wird ein eigenes Kammergebäude in Eisenstadt bezogen. 1933 wird gegen Protest der Betriebsräte und der Freien Gewerkschaft eine Verwaltungskommission eingesetzt

Arbeiterkammer fordert industrielle Entwicklung

Im Jänner 1926 erstellt die Arbeiterkammer Burgenland ein Wirtschaftsprogramm. Dabei stellt sie die Förderung der industriellen Entwicklung an erste Stelle. Weitere Punkte sind die Finanzierung von Meliorationen, eine produktive Arbeitslosenfürsorge, Um- und Nachschulung von Arbeitslosen und planmäßiger Straßenbau.

Kultureller Neubeginn

Die Kulturinstitutionen Westungarns in Ödenburg und Steinamanger bleiben bei Ungarn. Die wissenschaftlichen Forschungen können sich nicht auf Bibliotheken, Museen und Archive stützen. Durch die Schaffung des ungarischen Staates 1867 werden ungarische Hochschulen für akademische Studien besucht. Die Forschung beschäftigt sich mit magyarischen Fragen. Anderssprachigen Gebieten werden kaum berücksichtigt.

Die dörfliche Struktur der Siedlungen erschwert den Aufbau von kulturellen Einrichtungen. Die Landeshauptstadt mit seiner geringen Einwohnerzahl ermöglicht kaum das Entstehen eines kulturellen Zentrums. Ein Bürgertum fehlt.

Neue gesellschaftliche Ordnung

Das kulturelle Nebeneinander von Burg- und Schlosssiedlung mit den Meierhöfen und dem Dorf, herrschaftliche Gerichtsbarkeit mit dem Pranger auf dem Dorfanger und dem Marktfreiheitsschwert gibt es nicht mehr. Der Anger als Siedlungskern, dessen Geschlossenheit zur Abwehr dient, löst sich auf. Der Bau von neuen Häusern erweitert die Dörfer über den Anger hinaus. Das durch die Wannenflur geprägte Flurbild mit den schmalen Streifen der Hausäcker ändert sich. Weinbau und Obst (Kirsche, Birne, Apfel, Edelkastanie) intensivieren die Landwirtschaft. Die Zunft als gesellschaftliche Ordnung des Handwerks wird durch genossenschaftliche Vereine ersetzt. Die Kultur wird nun von Nation und Kirche bestimmt.

Volksbildung ist staatliche Aufgabe

Erst 1919 wird in Österreich die Volksbildung als staatliche Aufgabe angesehen. Im Burgenland wird diese Aufgabe des Volksbildungsreferenten zuerst von Landesschulinspektor Parr ausgeübt. Die Volksbildungsarbeit beschäftigt sich mit der Heimat- und Volkskunde, Volkslied und Volkstanz. Büchereien und Film sind die Vermittler. In den Dörfern übt der Lehrer zumeist die Tätigkeit eines Volksbildners aus.

Volksbildungsverein Eisenstadt. (Lichtbildervorträge.) Am 6. April 1924: Im Sonnenland Dalmatien. Eine Reise. Am 13. April 1924: Die Wunder der Unterwelt. Dachstein- u. a. Höhlen. Am 20. April 1924: Die Ameisen. Naturwissenschaftlich. Beginn aller Vorträge präzise halb 7 Uhr abends. Kinder haben zu diesen Vorträgen keinen Zutritt.

Der mangelhaften Schulbildung der Erwachsenen wird mit sogenannten Elementarkursen abgeholfen, wo Lesen, Rechnen und Schreiben geübt wird. Das Bildungsniveau der Bevölkerung soll an das der anderen Bundesländer angeglichen werden.

Ab 1924 werden Büchereien eingerichtet, Vorträge in größeren Gemeinden gehalten und Wanderbühnen betreut. Um 1929 wird die Volksbildung im Sinne einer Berufs- und Lebenstüchtigkeit angesehen. Die Menschen sollen Ihre Pflichten und Aufgaben kennenlernen. Das Brauchtum wird erneuert.

Das 1945 gegründete Volksbildungswerk ersetzt den „Heimat- und Naturschutzverein“ der Vorkriegszeit. Die Aufgaben des Volksbildungswerkes werden erweitert. Es dient der Erwachsenenbildung. Es ist „die Erziehung des österreichischen Menschen zum guten, klardenkenden, sittlich gut handelnden, warmfühlenden, berufstüchtigen, überzeugungstreuen, aber auch durch und durch sozial denkenden Menschen, der seine ganze Kraft in den Dienst der Lebensgemeinschaft stellt.“ (Riedl. Burgenländische Heimatblätter 8.Jg 1946). Es werden Musikschule, Männergesangsverein, Volkslied, Volkstanz, Trachtenwesen und Brauchtum gefördert. Es wird die bodenständige Bauweise, Volkskunst gepflegt. Die einheimische Tier- und Pflanzenwelt wird geschützt.

Das Volksbildungswerk gibt die Zeitschrift „Volk und Heimat“ heraus. Die Burgenländischen Heimatblätter dienen als Vermittlungsorgan der landeskundlichen Forschungen.

Inventarisierung der Gemeinde-Archivalien

Bis 1931 werden die Archive in Eisenstadt, Rust, Pinkafeld geordnet. Ebenso wird das jüdische Zentralarchiv in Eisenstadt eingerichtet. Von 1932-1938 werden die verschiedenen Herrschaftsarchive (Batthyany, Erdödy, Nebersdorf) und Stadtarchive (Mattersburg, Pinkafeld) inventarisiert. Das Landesarchiv wandert nach der Aufteilung des Burgenlandes 1938 nun als Filialarchiv von Niederdonau zuerst in das Landschaftsmuseum (Rusterstraße), dann in das Schloß Esterhazy und letztendlich in das Franziskanerkloster (Haydngasse). Das Bundesdenkmalamt setzt Kunstdenkmäler unter Denkmalschutz.

Fehlende deutsche Literatur

Das Burgenland kann beim Anschluss an Österreich keine Schriftsteller vorweisen. Die deutsche Sprache wird durch Magyarisierung unterdrückt, sodass sich keine deutschen Schriftsteller in Westungarn etablieren können. Die Angliederung trifft auf eine sprachliche Wüste. So schreibt als einer der ersten Schriftsteller aus dem Burgenland Josef Reichl (1860-1924) aus Güssing in Mundart. Er wird als der Heimatdichter angesehen, der seine Heimatsehnsucht durch die Schrift in Mundart darstellt. Landeshauptmann Alfred Wahlheim aus Ödenburg veröffentlicht zwei Werke mit Balladen. Der Bildhauer Ambrosi aus Eisenstadt schreibt religiöse Sonette. Als Romanschriftstellerin treten dann Georgine Althaus und Adele Kment hervor.

Träger der örtlichen Musikkultur

Die Fürsten Esterházy machen Eisenstadt zum Zentrum der europäischen Musikszene. Gregor Josef Werner und sein Nachfolger Haydn hebt die Bedeutung Eisenstadt noch weiter. So besuchen Ludwig Beethoven und Franz Schubert Eisenstadt. Mit der Auflösung der fürstlichen Kapelle 1848 entstehen im Burgenland keine weiteren musikalischen Institutionen. Die Grundlagen dieser Musikkultur sind das Höfische und das Geistliche.

Die tragenden Säulen der örtlichen Kultur sind die Männergesangsverein, Kirchenchor und Blasmusikkapelle. In den 1860er Jahren entstehen Männergesangsvereine in Westungarn, so 1870 die Liedertafel in Mattersdorf. Sie versuchen, den Magyarisierungsbestrebungen des ungarischen Staates entgegen zu halten, indem sie die „Pflege des deutschen Liedes“ betreiben. Nach der Angliederung erleben die Gesangsvereine in den 1920er Jahren starken Zustrom an Mitgliedern. So bestehen 1924 bereits über 100 Gesangsvereine im Burgenland.

Durch die verschiedene Feiern wie die Lisztfeier 1925 in Raiding, die Beethoven-Hundertjahrfeier 1927 oder die Schubertfeiern 1928 treten die Gesangsvereine verstärkt an die Öffentlichkeit. Ein Wettbewerb um die Sammlung von Volksliedern bringt 1274 Volkslieder zu Tage. Volksliederhefte werden verbreitet. Peter Zauner aus Pöttsching wird mit seiner Bauernkapelle außerhalb des Burgenlandes bekannt. Die Kapelle Sauerwein, ebenfalls aus Pöttsching, spielt bei lokalen Festen und Kurkonzerten in Bad Sauerbrunn. Die Festlichkeiten zur Haydn-Feier 1932 werden mit Konzerten und Kirchenchören begangen.

Aufbau von kulturellen Institutionen

Landesarchiv und Landesbibliothek

Landesarchiv und Landesbibliothek als Amtsbibliothek und wissenschaftliche Bibliothek des Landes werden 1922 gegründet. Sie sind bestrebt, das Schrifttum über das Burgenland und Deutsch-Westungarn zu sammeln. Da die Archive bei den Komitaten verblieben sind, werden Fragebögen an die Gemeindeämter, Pfarrämter, Schulen und Gendarmerieposten ausgesendet, um die vorhandenen Archivalien in den Gemeinden aufzufinden.

Die Landesbibliothek übersiedelt Ende März 1930 von Sauerbrunn in das neu gebaute Landhaus in Eisenstadt. Es wird dazu ein Bibliotheksraum eröffnet. Die Landesvolksbücherei wird in Eisenstadt am 1.Dezember 1927 als Lehrmittel für einen moderneren, deutschen Unterricht dem Publikum zugänglich gemacht.

Landesmuseum als Ort der Volksbildung

Am 14. September 1926 wird das burgenländische Landesmuseum in Eisenstadt in einem Gebäude von Alexander Wolf eröffnet. Es soll eine Stätte der Volksbildung sein, ein Lehrmittel für den auf Heimatsanschauungen fußenden Unterricht und der wissenschaftlichen Erforschung des Burgenlandes dienen. Als Vorläufer ist der Burgenländische Heimatschutzverein anzusehen. *„Da steht in erster Linie das Aufsammlung und Bergung aller Güter, die von dem werktätigen Schaffen des deutschen Handwerks im Lande in den abgelaufenen Jahrhundert Zeugnis ablegen*“ (Burgenland 3.Jg. 3 Heft Seite 92). Daneben besteht das 1902 von Alexander Wolf gegründete Privatmuseum, das vor allem römische und jüdische Altertümer neben Kunst- und Handwerksgut sammelt. Die Verschmelzung beider Sammlungen gelingt aber nicht. Erst nach der Aufteilung des Burgenlandes 1938 übersiedelt das Landesmuseum aus der Rusterstraße 10 in die Sammlung Wolf in Eisenstadt Unterberg. Beide Museen werden als Burgenländisches Landschaftsmuseum vereinigt.

Vierteljahreshefte als Kommunikationsmittel

Im Dezember 1927 werden in Eisenstadt die Vierteljahreshefte für Landeskunde, Heimatschutz und Denkmalpflege als amtliche Nachrichten des Landesarchivs, der Landesbibliothek, des Landesmuseums und der Landesvolksbücherei herausgegeben. Ab 1932 werden die „Burgenländischen Heimatblätter“ aufgelegt. Mit der Aufteilung des Burgenlandes 1938 wird die Auflage der Heimatblätter eingestellt.

Haydnmuseum

Am 23.Juni 1935 wird das Haydnmuseum in Eisenstadt eröffnet. In der Eröffnungsansprache ehrt Landeshauptmann Sylvester Haydn: *„Insbesonders wir Burgenländer müssen uns freuen, wenn wir dem großen Haydn Dankbarkeit bezeigen dürfen, weil er ja einer der Unsrigen war, den nicht nur sein Beruf an das Burgenland, an Eisenstadt, gebunden hat, sondern der es auch nicht verabsäumt hat in seinem Schaffen seiner Heimat zu huldigen und in seinen Werken ‚Landschaft und Volk des Burgenlandes zu verewigen.*“ (Heimatblätter 1935. Seite 163)

Aufruf!

Das in Joseph Haydns ehemaligem Eisenstädter Wohnhaus errichtete

HAYDNMUSEUM

(Eisenstadt, Joseph Haydngasse Nr. 21)

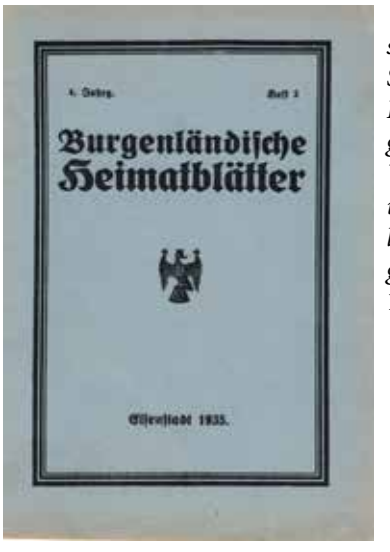
erwartet Ihren Besuch und bittet, seinen weiteren Ausbau durch Spenden, Ueberlassung von Leihgaben und durch Ihren Beitritt zum Burgenländischen Heimat- und Naturschutzverein zu fördern.

Besuchszeit täglich von 8 bis 18 Uhr

gegen eine Gebühr von 20 Groschen. Nach vorheriger Anmeldung genießt der Gründer des Museums, der Burgenländische Heimat- und Naturschutzverein, Schulen und Bildungsvereinen ermäßigten Eintritt.

Burgenländischer Heimat- und Naturschutzverein in Eisenstadt, Joachimstraße 19.

Eine neue Sehenswürdigkeit in Eisenstadt: Ein Saal des jüngst eröffneten burgenländischen Landesmuseums.
Phot. Leopold Forstner.



Theater mit Laiendarstellern

Das protestantische Schuldrama und jesuitische Theater sind die Ursprünge des Theaters in Westungarn. Sie werden getragen von Studenten, Bürgern, Zünften und Orden. Ab den 1650er Jahren übernehmen Wandertruppen von Schauspielern die Theateraufführungen. Der westungarische Adel fördert das öffentliche Theater und die Schauspielergruppen. Im 18. Jahrhundert hat die deutsche Theaterkultur eine großen Aufschwung, die im 19.Jahrhundert durch das ungarische Theater abgelöst wird.

Fehlende feste Spielstätten

Das burgenländische Theater hat keine festen Spielstätten. In den 1920er Jahren ziehen Theatergruppen aus Mittelschülern und Laiengruppen durch die Dörfer, die Weihnachts-, Oster-, Passions-, Pfingstspiele aufführen. Gesangsvereine finanzieren sich durch Theaterspiele.

Ein fehlendes Opernhaus und Landestheater wird durch Freilichtspiele ersetzt. Theaterspiele finden in Kinos und Gasthäusern statt.

Die erste Theatersaison

(Bericht aus der Neuen Eisenstädter Zeitung vom 30.März 1924)

So unglaublich es auch klingen mag, ist doch die Schauspieler-Truppe des unermüdlichen Direktors Hübel die erste, die sich auf dem Gebiete des heutigen Burgenlandes auf längere Zeit halten konnte. Alle vorherigen Versuche waren fruchtlos. Ungarische Truppen fanden keinen Anklang, deutsche kamen erst gar nicht nach Eisenstadt. Damals war ja das Theaterleben - des Deutschtums an der ungarischen Grenze - in Oedenburg halbwegs gut aufgehoben und das deutsche Drama fand dort trotz der großen Schwierigkeiten, die seitens der madjarischen Behörden den deutschen Schauspielern gemacht wurden, begeisterten Anklang.

Der Versuch, für das ödenburglose Burgenland dennoch eine Bühne zu schaffen, wo deutscher Geist, durch deutsches Wort, begleitet von künstlerischer Gebärde, auf das alte Deutschtum des Burgenlandes ermunternd, anfeuernd, aufklärend wirken soll, ist als gelungen zu bezeichnen.

Wohl ist der rein materielle Teil der Theaterfrage gar nicht zufriedenstellend gelöst worden. Daran sind aber verschiedene Kinderkrankheiten schuld, die nun einmal in jedem Theaterneuland überstanden werden müssen und als solches muß Eisenstadt gelten, obzwar es hier stets Liebhaberaufführungen gegeben hatte.

Herrn Direktor Kübel gebührt das Verdienst, im heutigen Burgen lande - wenn mich unter großen Opfern - die erste Theaterspielzeit mit einer sorgsam zusammengestellten, ausgezeichneten Truppe glänzend zu Ende geführt zu haben, denn wir sind am Ende ‚der Spielzeit angelangt. - Nur mehr zwei Vorstellungen und die Bühne schließt ihre Pforten bis ... ? Da steht wieder die Hauptstadtfrage im Wege. Niemand sieht früher klar, bevor nicht die Entscheidung gefallen ist. Was nützen bis dahin die schönsten Baupläne für eine Bühne mit Kino verbunden? Zukunftsmusik.

Intimes - Theater in Neudörfl

(Bericht aus der Neuen Eisenstädter Zeitung vom 30.März 1924)

Die Direktion, Dramaturg: Viktor Leoni-Frühmann eröffnet unter obigen Titel am Sonntag, den 30. März 1924 bei mäßig gehaltenen Eintrittspreisen ihr Bühnenunternehmen. Die mit reichlichen Geldopfern errichtete Bühne, ist ein „Intimes Theater“ im vollsten Sinne des Wortes, wozu bemerkt wird, daß der Theatersaal (in Lovranich‘s Gasthof) für diesen Zweck vollständig adaptiert und mit eigener elektrischer Lichtanlage versehen wurde.

Dem umsichtigen, rührigen Direktor, Dramaturgen Viktor Leoni-Frühmann, der uns noch von Wien aus als versierter Spielleiter und Darsteller erster Fächer bekannt ist, steht als literarischer Beirat der bekannte Publizist und Redakteur Arthur Zika zur Seite. Mit tüchtigem Personal und ausgewähltem Programm dürfte die Eröffnungsvorstellung vollauf gelingen, wodurch das in die Direktion Frühmann gesetzte Vertrauen gerechtfertigt sein wird. Wie wir erfahren, geht nebst zwei zugkräftigen Possen-Einaktern das Dramolett: „Dämon Weib“ in Szene, das speziell auf namhaften Bühnen Deutschlands und in Wien Sensationserfolg erzielte. Wir wünschen dem jungen Unternehmen recht zahlreichen, dauernden Zuspruch und Glück.

Autochthone Malerei und Grafik

1922 bildet sich der „Eisenstädter Kunstverein". Seine Mitglieder sind Franz Elek-Eiweck, Rudolf Klaudus, Albert Kollmann, Raimund Mally, Alfred Pahr, Ludwig Peyscha, Alfred Christian Springer und Desiderius Vegh. Aus diesem Verein entwickelt sich der Burgenländische Kunstverein.

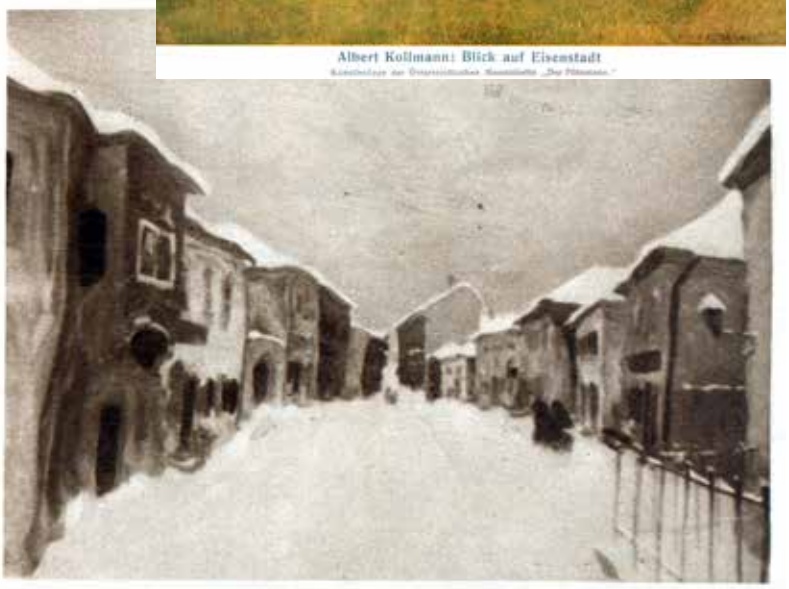
In Eisenstadt findet bereits 1922 die erste burgenländische Kunstausstellung statt. Zwischen 14. und 20. September 1924 findet die zweite burgenländische Kunst- und Kunstgewerbeausstellung in Eisenstadt statt. Die Bilder zeigen durchwegs burgenländische Motive. Im Kunstgewerbe sind Stickarbeiten, geknüpfte Teppiche, Kunstfotografien von Forstner und Messingarbeiten von Wallner zu sehen.

1927 werden Ehrenpreise des Unterrichtsministeriums an Elek-Eiweck und Klaudus verliehen. Weitere bekannte Maler aus Eisenstadt sind Albert Kollmann, Stephan Somos, Johann Vegh und Franz Erntl (Neufeld). 1933 findet eine Jubiläumsausstellung statt. 1934 wird der Verein in „Burgenländischer Kunstverein" umbenannt.

Franz E. Eiweck: Schluichten: Neusiedlersee.

Albert Kollmann: Blick auf Eisenstadt

Kroatische Frauen aus Parndorf. Gemälde von Ed. Adrian Dussek.



„Das frierende Ghetto in Mattersburg". Gemälde von A. Meindl.

Cohn Hermann / Theodor Alconiere

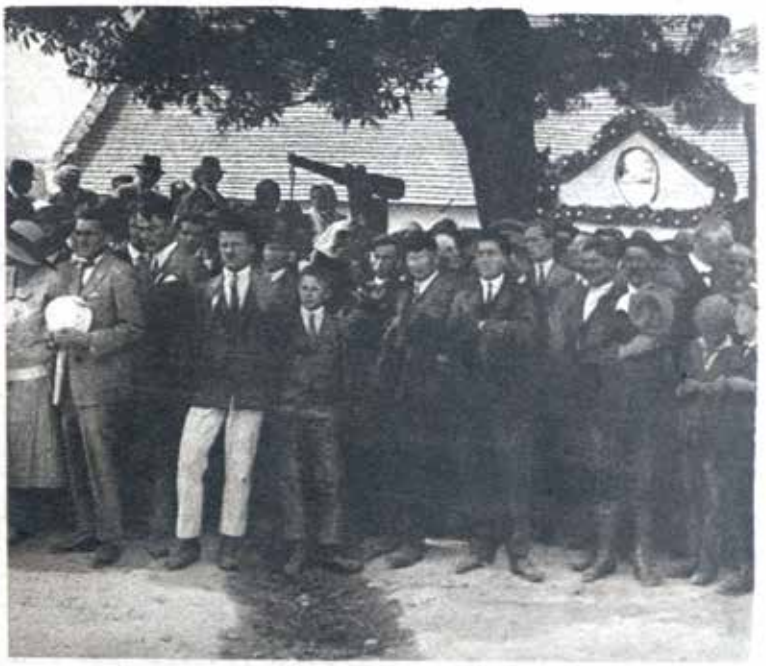
(geboren 1798 in Mattersdorf, gestorben 1865 in Wien)

Hermann Cohn stammt aus einer jüdischen Familie. Er studiert von 1812 bis 1820 an der Kunstakademie in Wien. 1815 arbeitet er beim Porträtmaler Johann Baptist Lampi in Venedig. Er konvertiert zum Katholizismus und nimmt den Namen Alconiere an. Er wird Hofmaler beim Fürsten von Lucca und bei der Herzogin von Parma. In den 1840er und 1850er Jahren malt er in den ungarischen Städten Székesfehérvár, Pápa und Pest und kehrt dann nach Wien zurück. Neben Porträts und Reiterbildnisse assoziiert er in seinen Bildern Begriffe mit menschlichen Figuren. So stellt er die Cholera in einer Frauenfigur dar, die aus verordneten Heilmitteln zusammengesetzt ist. Er stirbt als Kirchdiener im Spital der Barmherzigen Brüder in Wien.

„Schloß Forchtenstein". Von A. K. Schmidt.

Nationaler Kampf um Franz Liszt

Landeshauptmann Ranhofer hält die Gedenkrede.



Die Enthüllung der Erinnerungstafel am Geburtshause.

Eine Liszt-Feier in Raiding (Burgenland), dem Geburtsorte des großen Tondichters.

Phot. Kalmann, Sauerbrunn.

Ungarische LISZT-FEIER in Raiding am 19. Juni 1921

(Bericht aus „Christliches Ödenburger Tagblatt", 22. Juni 1921, S. 2)

Darauf betrat Bürgermeister Dr. Michael Thurner die Tribüne, um in zündend patriotischer Rede das Andenken des Tonheros zu ehren, der trotz deutscher Mutterzunge, trotz seiner teilweise kosmopolitischen Kunst in tiefster Tiefe seiner Gefühle bis zum letzten Schlage seines Herzens ein treuer Sohn seines ungarischen Vaterlandes blieb.

Hierauf hielt Dr. Josef Oestör auf ungarisch, dann auf deutsch eine kurze Ansprache, worauf die Gedenktafel im Namen des „Frankenburg" Vereines mit Eichenlaub und Nationalband geschmückt wurde. Nachdem Stefan Erhardt in gelungener Weise ein schönes Gelegenheitsgedicht zum Vortrag brachte, sang abermals der „Franz Liszt"-Verein das ergreifende Lied Szentgälys „Kikel még a földböl", dessen patriotischer Text auf die Zuhörer eine tiefe Wirkung machte und lebhaft akklamiert wurde.

Noch deutlicher lässt sich die Stimmungslage der Ödenburger Hauptbeteiligten aus der Eintragung im aufgelegten Besucherbuch des Lisztmuseums ermessen. Sie stammt aus der Feder des Präses des „Frankenburg"-Vereines, Dr. Oestör, und lautet geradezu patriotisch beschwörend in deutscher Übersetzung: Das Volk von Westungarn, das man vom Herzen unserer Heimat abreißen will, kam auf den Aufruf des Ödenburger Frankenburg-Vereines beim Geburtshaus von Franz Liszt zusammen, um unter dem ewigen Himmel Gottes das Gebet der Ungarn zu beten:

Wir glauben an einen Gott, wir glauben an eine Heimat.

Wir glauben an die ewige Wahrheit des einzigen Gottes.

Wir glauben an die Auferstehung Ungarns.

Amen.

Erste burgenländische LISZT-FEIER am 28. Juni 1925

Obwohl sich Gedenkfeiern in der Regel mit dem Geburts- oder Todesjahr (bei Liszt 1811 und 1886) erklären lassen, griff das junge Burgenland dem Jahr 1926 vor und feierte schon 1925, wofür sich die neu erbaute Liszt-Gedächtniskirche durchaus passend als Begründung anbot. Dass das offizielle Burgenland in Wahrnehmung seiner kulturpolitischen Verpflichtung um seine großen Persönlichkeiten eine günstige Möglichkeit erkannte, unter Hinweis auf Liszts deutsche Ahnen der weiteren Vereinnahmung durch Ungarn entgegen zu wirken, entsprach der damaligen Stimmungslage. Die Beschriftung der am 28. Juni enthüllten, mit dem Lisztportrait geschaffenen Gedenktafel am Geburtshaus: „Diese Gedenktafel weiht dem deutschen Meister das deutsche Volk" spricht dafür.

Dass aber in Ödenburg im eigentlichen Gedenkjahr 1926 selbst die gut informierte Ödenburger Zeitung über keine offizielle und öffentliche Liszt-Ehrung berichten konnte, außer je einem kurzen Bericht aus Liszts Leben durch den Historiker Dr. André Csatkai zum Sterbetag und Geburtstag, war überraschend.

Zum 40. Todestag Liszts, dem 31. Juli brachte die Ausgabe vom 29. Juli nur die Mitteilung, dass im Ödenburger Männergesangverein Liederkranz „am bezeichneten Tage, halb neun Uhr abends im Vereinslokale (Kasino, 1. Stock) ein gemischter Familienabend stattfindet, wozu die Leitung des Vereines alle Freunde und Gönner des Vereines, sowie deren Familienangehörige auf diesem Wege einladet. Separate Einladungen werden nicht ergehen." Selbst der auf Liszt so eingeschworene „Frankenburg-Literaturverein" wusste am 10. Oktober nur die unter Vorsitz seines Präses Dr. Michael Thurner stattfindende Generalversammlung - ohne irgendeinen Hinweis auf Liszts Geburtstag - zu berichten.

(Siehe Erhardt Johann 2006)

Charakterisierung des Burgenländers

Bauern ohne Scholle

„Auch die Wulkaebene ist Bauernland, doch die Bauern hier unterscheiden sich ganz wesentlich von denen des Neusiedler Bezirkes. In ihnen wird die Problematik der landwirtschaftlichen Struktur des Burgenlandes deutlich sichtbar, in ihnen erkennt man die Gegebenheiten, die dazu geführt haben, daß in einem Agrarland im Laufe der Jahrzehnte jener Arbeitertyp entstanden ist, der für das Burgenland charakteristisch ist: der Wanderarbeiter. Der landwirtschaftliche Besitz ist zu klein, um die ganze Familie zu erhalten, ... Sie sind noch immer Bauern, doch Bauern ohne Scholle, sie arbeiten auf den Gutshöfen des Marchfelds, während die Alten und Frauen die kargen Felder der Heimat bestellen.“ (Probst Franz in Burgenland 1961 Seite 33)

„In dem schmalen Grenzstreifen zwischen der Ausläufern der österreichischen Berge und dem weiten ungarischen Tiefland hat sich dank der geographischen und politischen Situation seit jeher ein besonderes Wesen entwickelt. Die kleinen Städte, die da unter dem Schutz ritterlicher Burgen Entstanden, bieten durch Jahrhunderte ein Bild erfolgreichen Zusammenarbeitens zwischen Bürger- und Bauerntum.“ (Leopold Figl in Volksbildungswert 1948 Seite 5)

„Der größte Reichtum des Landes liegt aber in dem Fleiß seiner freundlichen und genügsamen Bevölkerung und in dem vorbildlichen Zusammenleben von verschiedenen Nationalitäten. So haben die Kroaten, um nur von einer Minderheit zu reden, eigene Schulen, eine eigene Literatur und eine eigene Presse Aus dieser Synthese dieses Zusammenlebens und aus der durch seine Lage gegebenen Mittlerrolle sind aus diesem kleinen Lande Berühmtheiten hervorgegangen ...“ (Lorenz Karall in Das Burgenland Buch. Seite 7)

„Kroatische Volksmusik, österreichischer Ländler und ungarische Pußtaklänge vereinigen sich zu überraschender Rhythmik, und es ist mehr als ein Zufall, daß Franz Liszts Geburtshaus im stillen und verträumten Raiding steht.“ (Probst Franz in Burgenland 1961 Seite 34)

Ewiger Wanderer

„Überall drängt der Großgrundbesitz die Bauern auf Zwergbesitzungen zurück. Das Bauerntum bröckelt sozial ab, seine Söhne werden proletarisiert und ziehen mit dem Werkezug am Rücken in der ganzen Welt umher. Wo immer da in Österreich ein Bau ausgeführt wird, hört man die singende, breite Mundart unserer Heinzen. In allen österreichischen Betrieben findet man sie, die Burgenländer, in Massenquartieren zusammengepfercht. Auf den Straßen, die nach Österreich führen, sieht man sie ziehen zu Fuß, zu Rad, den Rucksack am Rücken, Ein ewiges Wandern.“ (Ludwig Leser, Fährmann Seite 292)

Verbindung mit Österreich

„Die Geschichte lehrt uns, daß dieser Grenzstreifen seit altersher kulturell und wirtschaftlich mit Österreich in enger Verbindung stand. Die Kolonisation und Missionierung dieses Raumes erfolgte von österreichischer Seite her. Lediglich im Oberpullendorfer Becken und in der Wart kam es ... zu einer bedeutenderen Seßhaftwerdung der Magyaren.“ (Edmund Zimmermann, Burgenland 1945-1965 Seite 16)

„Not und Hunger haben nicht vermocht, den Glauben unserer Bevölkerung an Österreich zu erschüttern. Ungebrochenen Mutes und voll Optimismus konnten die scheinbar unheilbaren Wunden des fürchterlichen Krieges systematische beseitigt werden.“ (Hans Bögl in Burgenland 1945-1965 Seite 5)

Mittlerrolle

„Mittler zu sein nach Ost und West. Diese Mittlerrolle ist das wesentlichste Merkmal der Kultur dieses Raumes. .... Diese Mittlerrolle ist die wesentliche Funktion dieser Persönlichkeiten, die diese Kultur trugen.“ (Probst Franz in Burgenland 1961 Seite 64). „Es hat Ungarn geistig viel gegeben und ist dennoch immer gutes und treues Österreich geblieben. Dies ist unsere Größe: wie das Burgenland drei Völker, Deutsche, Kroaten und Ungarn zu einer Einheit geschweißt hat, zu einem Volk, das die Heimat liebt und an die Heimat glaubt, so hat dieses Land immer die Kraft gehabt, von seinem Reichtum weiterzugeben, ohne sich selbst dabei zu verschenken und preiszugeben.“ (Probst Franz in Burgenland 1961 Seite 68)

„Dieses Land, das im Laufe seiner geschichtlichen Entwicklung das Los eines Grenzlandes zu ertragen hatte, ist immer auch Mittler gewesen. Und die Großen dieses Landes, ein Joseph Haydn und Franz Liszt, ein Ignaz Semmelweis und Joseph Hyrtl, sie alle sind nicht nur treue Söhne ihrer Heimat, sondern auch große Europäer gewesen ...“ (Edmund Zimmermann, Burgenland 1945-1965 Seite 16)

Lebens- und Aufbauwille

„In den Kriegs- und Nachkriegszeiten hatte von allen Bundesländern das Burgenland am meisten zu leiden. Nichtsdestoweniger durchströmte das nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstandene Land ein nie gekannter Lebens- und Aufbauwille“(August Ernst in Burgenland 1961 Seite 24)

„Es war ein harter und steiler Weg, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges viel Mühe und Anstrengung, Fleiß und Opfer verlangt hat. Dank der Zusammenarbeit alles Schichten der Bevölkerung ist das gemeinsame Werk, auf das wir heute stolz sein dürfen, so schön geworden.“ (Edmund Zimmermann in Burgenland 1945-1965 Seite 9)

„Das Leben an der Grenze hat sie stark gemacht, umd mutig haben sie in den 40 Jahren, in denen das Burgenland wieder bei Österreich ist, mit dem Aufbau begonnen. Wer heute auf den modernen Straßen durch das Burgenland fährt, der fährt durch ein Land des Bauens ... die Dörfer haben ein neues Gesicht bekommen und der Wunsch nach und der Wille zur Freiheit erfüllt die Menschen am Eisernen Vorhang.“ (Probst Franz in Burgenland 1961 Seite 36)

Grenzland

Ewiges Grenzland im Osten der neuen Heimat Österreich. ... Diese Burgen waren Zuflucht der Bedrängten, wie Trutzstätten gegen räuberischen Einfall, aber sie waren sehr oft auch verhaßtes Symbol herrischer Unterdrückung und schrankenloser Macht. (in Burgenland 1961 Sinowatz Seite 62)

„Die Burgenländer sind schon seit Jahrhunderten dazu bestimmt, an einer harten Grenze zu leben, nach vielen Schicksalschlägen mit Gottesvertrauen wieder zu beginnen. Das hat sie anders gemacht, beweglicher und anpassungsfähiger. Sie lieben ihre Heimat und bleiben ihr auch in der Fremde verbunden, aber sie kleben nicht am Boden. Heimatliebe und Fernweh schließen einander nicht aus in unserem Land. (Walter Dujmovits, Burgenland 1945-1965 Seite 150)

Wie Eisenstadt die Hauptstadt des Burgenlandes wurde

Erzählung von Paul Koller Bürgermeister von Eisenstadt

Aus der Zeit der 300-jährigenGeschichte Eisenstadts als Freistadt, die wir im heurigen Jahre feiern, müssen wir vier große Ereignisse herausgreifen: die Verleihung des Freistadtrechtes, die Errichtung des Kadetteninstitutes Militär-Oberrealschule die große Brandkatastrophe im Jahre 1904 und die Erhebung Eisenstadts zur Hauptstadt des Burgenlandes. Über das letztere Ereignis wurde ich berufen, meine Erinnerungen anläßlich der Dreihundertjahrfeier unserer Stadt zu veröffentlichen.

Am 30. April 1925 hat der burgenländische Landtag mit 20 gegen 9 Stimmen beschlossen, die Stadt Eisenstadt zum Sitz der Landesregierung zu erheben. Die Abstimmung mußte zweimal erfolgen, da bei der ersten für Eisenstadt 19, für Sauerbrunn 12 und für Pinkafeld 7 Stimmen abgegeben wurden. Nach einer Unterbrechung der Sitzung und nach neuerlichen Parteiberatungen wurden dann um 6 Uhr abends Abstimmung für Pinkafeld 11 Stimmen und 18 Stimmen dagegen, für Eisenstadt 20 Stimmen und 9 Stimmen dagegen abgegeben; die Zweidrittelmajorität war somit für Eisenstadt erreicht. Dieses Abstimmungsergebnis löste in Eisenstadt helle Begeisterung aus. Spontan versammelte sich die ganze Bevölkerung, jung und alt mit zwei Musikkapellen vor dem Rathaus. Gleichzeitig versammelten sich die Gemeinderäte und die Beamtenschaft im hellbeleuchteten Sitzungssaal der Stadt. Als ich als damaliger Bürgermeister der Freistadt Eisenstadt vom Fenster des Rathaussitzungssaales aus der versammelten Bevölkerung den Landtagsbeschluß bekanntgab, wollten der Jubel und die freudige Begeisterung kein Ende nehmen.

Die Vorgeschichte dieser sonderbaren Abstimmung des burgenländischen Landtages, zuerst 19 für Eisenstadt, 12 für Sauerbrunn, 7 für Pinkafeld, und dann die Freudenkundgebung in Eisenstadt über den Endbeschluß des Landtages muß man miterlebt haben, um beides zu verstehen. Viele der im Mittelpunkt dieses sogenannten burgenländischen Hauptstadtkampfes gestandenen Persönlichkeiten, wie die Landeshauptmänner Dr. Rauhofer, Dr. Leser und Dr. Waldheim, die Landesräte Till, Koch u.a., sind heute nicht mehr unter den Lebenden.

Dieser Hauptstadtkampf dauerte drei Jahre lang. Ernstlich standen einander nur Eisenstadt und die Orte der Südbahnlinie Sauerbrunn — Mattersburg gegenüber. Anhänger der Südbahnlinie gaben auch öfters zu verstehen, daß sie sich eher mit Wienerneustadt als mit Eisenstadt als Hauptstadt unseres Landes sich letzten Endes abfinden würden. Der Kampf zwischen Eisenstadt und Sauerbrunn-Mattersburg wurde beiderseits nicht nur in unzähligen Versammlungen, sondern auch in der Presse und mit Plakaten geführt. Pinkafeld war kein ernst zu nehmender Kandidat. Die burgenländischen Bauernbündler standen zu den damaligen sozialdemokratischen und christlichsozialen Mehrheitsparteien in Opposition und haben sich daher nur aus diesem Grunde für Pinkafeld eingesetzt. Noch fünf Tage vor dem historischen Landtagsbeschluß vom 25. 4. 1925 der Eisenstadt zur Landeshauptstadt erhob, fanden in Wienerneustadt Klubsitzungen gen der christlichsozialen und sozialdemokratischen Mitglieder des burgenländischen Landtages statt. In diesen Klubsitzungen wurde der Beschluß gefaßt, Eisenstadt zur Hauptstadt des Burgenlandes zu ernennen. Eisenstadt sollte auch der Sitz des burgenländischen Landtages bleiben, hingegen würde die Landesregierung in Sauerbrunn verbleiben. Auf diese Weise, hieß es in der Presseaussendung, werde das derzeitige Provisorium, das nicht zuletzt das Resultat des im Burgenland eingerissenen Protektionismus sei, wenigstens vorläufig verewigt. Noch am selben Tage - es war am Samstag, dem 25. 4. 1925 - gegen Abend hat mir ein Teilnehmer an diesen Klubsitzungen von diesem Eisenstadt feindlichen Beschluß Mitteilung gemacht. Die Eisenstadtgegner, sagte er, jubeln über diesen vorgefaßten sicheren Mehrheitschluß zu Gunsten Sauerbrunns.

Diese Nachricht knapp vor der entscheidenden Landtagssitzung war begreiflicherweise für uns Eisenstädter momentan niederschmetternd. Jetzt galt es für mich als Bürgermeister, rasch zu handeln. Es war für Eisenstadt Gefahr im Verzuge. Für die Einberufung des Gemeinderates war die Zeit zu kurz. Es konnten nur mehr die Fraktionsobmänner zusammengerufen werden, die mit der sofortigen Mobilisierung der öffentlichen Meinung - der österreichischen Presse - einverstanden waren. Noch am selben Tage fuhr ich nach Wien und erwirkte in den Nachtstunden durch das Amtliche Korrespondenzbüro nachstehendes Rundschreiben an die Wiener Presse:

„Die Stadtverwaltung der Freistadt Eisenstadt richtet an die Wiener Tageszeitungen die Einladung, einen Redakteur zu delegieren, der an einer Montag, den 27. ds._ Mts., stattfindenden Autorundfahrt durch das Burgenland teilnehmen wird, welche die drei für die Wahl der Landeshauptstadt in Betracht kommenden Orte Eisenstadt, Mattersburg und Sauerbrunn berühren soll. Anlaß dieser Rundfahrt ist die für Dienstag, den 28. ds. Mts., in Aussicht genommene entscheidende Beratung des Landtages über die Wahl der Landeshauptstadt für das Burgenland. Die Herren Redakteure werden Gelegenheit haben, sich während der Fahrt auf Grund eigener Wahrnehmungen ihr Urteil hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der vorliegenden Vorschläge zu bilden. Die Fahrt beginnt präzise 8 Uhr morgens in bereitgestellten Autos (Café Dobner bei der Sezession) und schließt nachmittag in Ebenfurth im Anschlusse an den Balaton-Expreß, sodaß die Teilnehmer gegen 7 Uhr abends wieder in Wien sein können."

Mit drei der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellten burgenländischen Privatautos wurden 12 Pressevertreter in Wien zu dieser Exkursion abgeholt. Über die organisatorischen und anderen Einzelheiten bei dieser für Eisenstadt entscheidenden Presseaktion werden wir ein anderes Mal schreiben . . .

Die Fahrt ging von Wien direkt nach Sauerbrunn. Sauerbrunn, der damalige Sitz der Landesregierung, war über das plötzliche Erscheinen der Wiener Pressevertreter Montag früh überrascht. Landeshauptmann Dr. Rauhofer wurde davon verständigt und empfing dann die Gäste in seinen Amtsräumen. Darüber schrieb die „V o l k s z e i t u n g „ am 28. 4. 1925 unter den Überschriften : „Die Landeshauptstadt des Burgenlandes vor der Entscheidung", „Autorundfahrt durch das Burgenland", „Die drei Städte". „Empfang beim Landeshauptmann" und sagte u. a. : „Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern Sauerbrunns und Eisenstadts. Es bewegten sich aber, zur Ehre der Burgenländer sei dies gesagt, diese berechtigten lokalpatriotischen Äußerungen in gemütlichen Formen." Sauerbrunn selbst wurde von der Presse nur als Kurort, der schon in Vorkriegszeiten von allen Österreichern gern besucht wurde, hervorgehoben.

Inzwischen war das Kommen der Pressevertreter in Mattersburg bekannt geworden. Der Aufenthalt dauerte dort nicht lange. Einhellig haben die Pressevertreter festgestellt und auch geschrieben, daß Mattersburg seit der Abtrennung Ödenburgs vom Burgenland an volkswirtschaftlicher Bedeutung viel gewonnen hat und jetzt über den größten Viehmarkt im ganzen Burgenland verfügt.

In Eisenstadt angekommen, waren die Pressevertreter sichtlich umgestimmt. Nicht wenig mag auch dazu der vorher drei Wochen andauernde Regen beigetragen haben. Die Straßen Sauerbrunns, Mattersburgs und die durch Wulkaprodersdorf waren damals noch nicht ausgebaut. In Eisenstadt gab es auch damals schon ein Pflaster, wenn es auch nur Katzenköpfe waren; aber nach einigen Stunden mehr in Kot schwimmender Fahrt, wie die Pressevertreter sagten, gab es in Eisenstadt wieder festen Boden. Schon bei unserer Einfahrt gab es am Oberberg eine Verkehrsstockung. Die beim Bau des Haydnkinos arbeitenden Fuhrwerke verstellten uns auf einige Minuten den Weg. Die heimfahrenden Wochenmarktbesucher belebten die Straße. Es war ja an einem Montag gegen Mittag. Ich fuhr im ersten Auto der Pressevertreter und konnte selbst ihre wiederholten Ausdrücke der Bewunderung für das rege Leben und den großen Verkehr in Eisenstadt mit anhören. Die Fahrt ging durch Eisenstadt zur ehemaligen Militär-Oberrealschule, wo schon damals der burgenländische Landtag auf das herrlichste untergebracht war. Nach der Begrüßung durch den Landtagsdirektor und der Besichtigung der Konferenz- und Klubräume sowie des Landtagssitzungssaales fuhren die Pressevertreter zum großen Empfang im Rathaus.

Im Bewußtsein, daß uns nur mehr die Presse dazu helfen konnte, Hauptstadt des Burgenlandes zu werden, wurde schon am Vortage, am Sonntag, alles getan, um diesen Empfang auf das eindrucksvollste zu gestalten. Zur Ausschmückung des Sitzungssaales wurden nicht nur die schönsten Palmen und Blumen des Esterházyschen Hofgartens, sondern auch die Bürgerfahnen aus dem XVIII. und XIX. Jahrhundert sowie das Richtschwert als Symbole der alten Freiheitsrechte der Stadt verwendet. Alle Gemeindevertreter, Amtsvorstände, Vertreter der Behörden, Anstalten und Organisationen und die gesamte Arbeiter- und Beamtenschaft der Stadt waren beim Empfang der Pressevertreter anwesend. Nach diesem feierlichen Empfang und dem im Hotel „Zum goldenen Adler“ eingenommenen Mittagessen besuchten die Pressevertreter den Hofgarten, die Treibhäuser, den Wolfkeller und zum Abschluß das Haydngrab in der Kalvarienbergkirche.

Beim Abschied versprachen sie uns, über ihre Eindrücke in der Hauptstadtfrage unbefangen und objektiv in ihren Zeitungen zu berichten und uns die notwendige Anzahl der Blätter, in denen diese Artikel erscheinen sollten, fair die burgenländischen Abgeordneten zuzusenden. Die Pressevertreter hielten ihr Versprechen. In ein bis zwei Spalten langen Artikeln und mit sehr vielen Bildern aus Eisenstadt veranschaulichten und schilderten sie ausführlich ihre in den drei Orten gemachten Wahrnehmungen. Im nachstehenden bringe ich einige kurze Auszüge aus diesen Artikeln, die alle am 24. 4. 1925 in der Presse erschienen sind.

Die „V o l k s z e i t u n g „ schrieb: „ ... so wie im alten Griechenland sich um die Ehre, die Geburtsstätte Homers zu sein, sieben Städte stritten, so wetteifern jetzt drei burgenländische Orte um die Auszeichnung, die Landesregierung in ihren Mauern beherbergen zu können Die Größe Eisenstadts, seine Anlagen usw. verleihen der Stadt jene Bedeutung, die sie bei der Wahl der Landeshauptstadt in hohem Grade berücksichtigungswert erscheinen läßt . ..“

Die „Neue Fr e i e P r e s se“ sagte u. a. : „ ... Der politische und kulturelle Mittelpunkt des Burgenlandes ist heute zweifellos Eisenstadt. Der Ort ist schon jetzt der Sitz des Landtages und zahlreicher Behörden I. Instanz ; er hat Mittelschulen, Handels- und gewerbliche Fortbildungsschulen, und sein mehr städtischer Charakter prädestiniert Eisenstadt mehr als jede andere Gemeinde des Landes für die Wahl . .

Die „N e u e Z e i t u n g“ schrieb, daß Eisenstadt als Hauptstadt mit den übrigen Landeshauptstädten in mancher Hinsicht einen Vergleich aushalten könne. So spreche alles dafür, daß Eisenstadt die prädestinierte Metropole des Landes sei. Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagte : „ ... Die Agitation ist so lebhaft, daß zur Stunde noch nicht abzusehen ist, ob nicht schließlich der Weg einer Volksabstimmung wird eschritten werden müssen, denn es liegt die Gefahr nahe, daß die wirtschaftlich stärksten Südgebiete des Burgenlandes aus einem ihren Wünschen widersprechenden Beschluß Landtages die Folgerungen ziehen und den Anschluß ihres Gebietsteiles an Niederösterreich oder Steiermark verlangen ... Eisenstadt, eine Stadt, die ein Schloß wie jenes des Fürsten Esterházy, Sehenswürdigkeiten wie das Stadtmuseum und das Grab Haydns aufweist und Bauten besitzt wie das Landtagsgebäude und das neue Hotel „Zur Rose“ … Das letzte Wort der Landesvertretung kann nur die Wahl Eisenstadts als neue Hauptstadt sein ...“Die „Illustrierte Kronenzeitung` brachte auf der Titelseite 11 Bilder von Eisenstadt und schrieb u. a. : „ . . . Eisenstadt, als einzige wirkliche Städtchen unter den drei Bewerbern, ist unstreitig der einzige würdige und geeignete Sitz der künftigen Landeshauptstadt . ..“ „Der Abend brachte 4 Bilder von Eisenstadt und je eines der anderen zwei Orte und schrieb u. a. : ... „alles spricht für Eisenstadt ....“ Das „Neue Wiener Journal“ sagte : _ .... es ist nicht leicht, in einem Tage einen Eindruck über eine Sache zu gewinnen, über die Berufenere und Sachverständigere nun schon drei Jahre streiten, ohne zu einer Einigung gelangen zu können . . . überdies ist Eisenstadt auch wirklich eine Stadt, eine Freistadt sogar, und ist als altes Kulturzentrum des Burgenlandes bekannt . . . „Illustrierte Wiener Extrablatt“ sprach sich für Eisenstadt aus und trat für eine Entschädigung Sauerbrunns ein.

„Der Tag“ schrieb u. a. : „ .. . Eisenstadt, die einzige wirkliche Stadt im Burgenland, eine Stadt mit Entwicklungsmöglichkeiten ...“ Und die „Reichspost“ schrieb schließlich : „ . . . Eisenstadt ist über seiner Tradition nicht eingeschlummert, das verbriefte Stadtrecht zeigt sich auch im äußeren Bild, überall regt es sich, verschiedenes wurde gebaut, das große Hotel Dreher - gemeint ist damit die „Weiße Rose“ - geht seiner Vollendung entgegen, und man merkt es, Eisenstadt bereitet sich mit allem Ernste als Sitz der Landesregierung vor . . . Eisenstadt bleibt einem im Gedächtnis. Es braucht keinen Vergleich mit den schönen Kleinstädten Österreichs zu scheuen und es ist reich an Sehenswürdigkeiten, die gesondert dastehen . . .“

Am 28. 4. 1925 fanden Klubsitzungen der burgenländischen Abgeordneten im Landhaus zu Eisenstadt statt. Schon am Vormittag dieses Tages konnten wir jedem der33 Abgeordneten und den leitenden Landesbeamten je ein Exemplar aller Zeitungen überbringen, die Artikel von der Presserundfahrt enthielten.

So mancher unserer Landtagsabgeordneten, der seine Bezirksinteressen vor die Interessen des Landes gestellt hatte, wurde durch die Presseaktion umgestimmt.

Durch den nun am 30. 4. 1925 erfolgten Landtagsbeschluß wurde der drei Jahre dauernde Streit um die allerwichtigste Landesfrage, einen ordentlichen Sitz der unseres jungen Landes, beseitigt und die Freistadt Eisenstadt zur Hauptstadt des Burgenlandes erhoben.

Hauptstadtfrage im Gemeinderat

Protokoll des Mattersburger Gemeinderates

II. Sitzung. 1925

aufgenommen in Mattersburg am 13. Februar 1925 in der um 7 Uhr abends abgehaltenen II. Gemeinderatssitzung.

Pkt. 39. Stellungnahme bezüglich der Hauptstadtfrage.

Gderat Walther betont, dass die Aufnahme der Landeshauptstadtfrage jetzt wieder aktuell ist, da die Amtsräume der Landesregierung von den betreffenden Eigentümern gekündigt wurden, und muss sich daher die Landesregierung anderswo Amtsträume besorgen. Die Gemeinde Mattersburg soll mt einer Resolution an die Landesregierung herantreten und verlangen, dass bei der Frage der Landeshauptstadt nicht nur das Materielle, sondern auch das Interesse des Volkes und die geografische Lage in Betracht gezogen werden solle. Da Mattersburg für den südlichen und nördlichen Teil des Landes leicht erreichbar und im ganzen Burgenlande jetzt schon der größte Verkehrsort ist, kann bei der Hauptstadtfrage nur Mattersburg in Betracht kommen.

Sollte die Hauptstadtfrage nicht bald gelöst werden, so ist das Land einer Aufteilung ausgesetzt, was der Einheit des Landes und auch den wirtschaftlichen Verhältnissen einen grossen Schaden zufügen werde. Redner liest einen Resolutionsplan vor und beantragt, dass eine Deputation mit dieser Resolution zur Landesregierung entsendet werden soll, wo unsere gerechten Wünsche vorgetragen werden sollen.

Auch in den Gemeinden des südlichen Teiles des Landes soll im Interesse der Gemeinde Mattersburg Propaganda gemacht werden.

Dr. Fletschar bespricht im Namen des bürgerlichen Kasinos die Notwendigkeit der Anschneidung der Hauptstadtfrage, indem die Sache jetzt aktuell werden kann, da die Landesregierung sich mit dem Bau eines Regierungsgebäudes befassen muss. Die Gemeinde Mattersburg hat im ganzen Lande die günstigste Lage und ist derjenige Punkt, wo zwischen südlichen und nördlichen Teil des Landes die Verbindung am günstigsten hergestellt werden kann. Hier ist der Eisenbahn- und Strassenknotenpunkt und führt die einzige mit dem südlichen Teil verbindende Strasse durch. Der grösste Beweis der günstigen Lage und des Verkehrs ist der immer mehr steigende Wochenmarkt, wo von allen Ländern des Bundes und von beiden Teilen des Burgenlandes Leute erscheinen.

Die Gemeinde soll der Landesregierung keine Versprechungen machen, sondern mit Hinweis auf unsere günstige Lage und auf die Wichtigkeit verlangen, dass bei der Entscheidung der Hauptstadtfrage einig allein nur unsere Gemeinde in Betracht kommen kann.

Gderat Suchard bespricht, dass doch, wenn die Gemeinde Mattersburg in der Hauptstadtfrage in Betracht käme - vorher über die zu übernehmenden Leistungen ein Projekt ausgearbeitet werden muss.

Gderat Kerpel spricht seine Freude darüber aus, das die Hauptstadtfrage wieder angeschnitten wird, doch glaubt er, dass die ganze Frage sehr idealistisch behandelt werde, und wird kaum ohne nennenswerte Opfer der Gemeinde eine Lösung dieser Frage möglich sein und beantragt, dass auch jetzt die berufenen Faktoren über die Leistungen / Arbeiter, Fuhrwerksbesitzer, Urbarialisten etc./ befragt werden sollen, damit die zu entsendende Deputation faktische Anträge und bindende Verpflichtungen der Landesregierung machen könne.

Johann Steiger erklärt dass einstweilen nur die Erbauung eines Landesregierungsgebäudes vorgenommen werden könne, was etwa 6 bis 7 Milliarden kosten würde, das Geld hat die Landesregierung zur Verfügung.

Josef Haider bespricht, dass die Gemeinde mit Versprechungen keine Konkurrenz machen soll, sonst könnten die Eisenstädter uns aufsitzen lassen.

Johan Rupp sen: Lizitieren soll man die Hauptstadt nicht, die Gemeinde ist nicht imstande solche Leistungen zu übernehmen, der Bund soll die Hauptstadt errichten.

Gderat Langecker berichtet, dass die erst mit der Partei in Fühlung treten müssen und erst nach dessen Ergebnis kann die Arbeiterschaft Versprechungen machen, für deren Einhaltung sie persönlich haften.

Urbarialpräses Michael Koch betont, dass er ohne Einwilligung der Forstwirtschaftsvorstehung keine Versprechungen machen kann.

Nach mehrseitiger Besprechungen und verschiedener Meinungen wurde einstimmig beschlossen:

Beschluss:

Es wird eine Deputation bestehend aus dem Bürgermeister, den Gderäten Jakob Walther, Michael Wilfing, Alesander Kerpel, und Joser Suchard, Urbarialpräses Michael Koch, Johann Rupp sen. Kaufmann, und Josef Haider Gastwirt, zur Landesregierung entsandt. Das Komitee soll von den berufenen Faktoren der Fuhrwerksbesitzer, Arbeiter etc. über die zu übernehmenden Leistungen Erhebungen einholen und sodann dem Gemeinderat, welcher am 19.II, 1925 um 7 Uhr abends tagen wird, Bericht erstatten, sodass die Deputation mit einer gebundenen Instruktion abgeschickt werden kann. Die politische Gemeinde erklärt jetzt schon, dass sie die nötige Baugrundfläche unentgeltlich beistellen wird.

III. Sitzung. 1925

aufgenommen in Mattersburg am 23. Februar 1925 in der um 5 Uhr nachmittags abgehaltenen III. Gemeinderatssitzung.

Pkt. 49. Gderat Walther schildert die Notwendigkeit und die Vorteile, wenn Mattersburg die Hauptstadt wäre. Auch sämtliche Nachbargemeinden aus diesem Umstande nur Nutzen ziehen, da alle ihre Grundstücke und Gebäude etz. sofort wertvoller wären, und wären die Gemeinden nicht gezwungen die langweilige und schwierige Rundreise nach Eisenstadt zu machen. Da Mattersburg allein nicht imstande ist, sämtliche Leistungen auf sich zu nehmen, ersucht der Redner die Vertreter der Gemeinden Mattersburg nicht nur moralisch sondern auch materiell zu unterstützen.

Bezirkshauptmann Faludi berichtet, dass Mattersburg sehr gute Aussichten habe Hauptstadt zu werden. Man will vorderhand nichts weiteres als ein Landtags- und Regierungsgebäude errichten, die Beamten könnten ihren jetzigen Wohnsitz vorläufig behalten bis der Wohnungsnot in Mattersburg abgeholfen wäre.

Gderat Kerpel schildert die Leistungen der Gemeinde Mattersburg, den Nutzen und Vorteil welchen die Hauptstadt zubringen wäre. Wegen eines Bauzuschusses beantragt Kerpel 50,000 Stück Anteilsscheine zu je 10 S als Lose herauszugeben, welche Lose in gewissen Zeiträumen mit verschiedenen Gewinnsten ausgelost werden sollen. Die Gemeinden sollen die Haftung übernehmen und wenn dieselben an Privatleuten nicht anzubringen sind, so wird die Gemeinde dieselben behalten.

Der Bürgermeister von Sauerbrunn erklärt, dass er in der Hauptstadtfrage der >Gemeinde Mattersburg nicht versprechen kann, verlangt aber, dass, indem Sauerbrunn als Kurort durch den Sitz der Landesregierung sehr geplagt sei und die Haus- und Villenbesitzer durch die Beschlagnahme von ihren schönsten Einnahmen absehen müssten, - dass hiefür der Gemeinde Sauerbrunn eine voll Entschädigung zugesichert werde. Der Bürgermeister betont noch, dass die Wohnräume grösstenteils als Amtsräume steuerfrei sind und haben daher sämtliche Gemeindelasten die paar Kleingewerbetreibenden zu zahlen.

Der Bezirkshauptmann beruhigt den Bürgermeister von SAUERBRUNN dadurch, wenn der Sitz der Landesregierung von S- wegkommt, so werden auch die Beamten / bis in MATTERSBURG für dieselben Wohnungen gebaut werden / grösstenteils nach Wr. Neustadt / wo Wohnungen frei sind/ übersiedeln, und können dann die Räume in SAUERBRUNN gänzlich für Kurzwecke verwendet werden.

Gderat Kerpel spricht über die Äusserungen des Bürgermeisters von SAUERBRUNN und behauptet, dass die Entschädigungsfrage den Bund und das Land angehe, und ist die Vollversammlung nicht berechtigt, darüber zu verhandeln.

Burgenland den Burgenländern ist das Schlagwort. Burgenland ist unter den Ländern finanziell am besten situiert, sollte das Land getrennt werden, so werde die Bevölkerung zu einem solchen Lande zugeteilt werden, wo die Belastung noch größer ist.

Bürgermeister Steiger bittet, dass die Bürgermeister die Hauptstadtangelegenheiten in ihren Gemeinden verhandeln sollen, und die nicht anwesenden Bürgermeister über die Tatsachen orientieren sollen, und das Resultat binnen 8 Tagen dem Gemeindeamte MATTERSBURG berichten sollen.

Der Bürgermeister von Marz verspricht alles was möglich ist zu tun und zu leisten, doch sollen wir nicht lizitieren, sondern der Bund soll sich für Mattersburg entscheiden. Er beantragt auch dass diesbezüglich Parteiversammlungen einberufen werden sollen.

Gderat Walther stellt den Antrag: Die Beschlüsse der Gemeinden sollen binnen 8 Tagen hereingebracht werden und wären die nichtanwesenden Gemeinden diesbezüglich zu verständigen. Die anwesenden Bürgermeister des Bezirkes MATTERSBURG begrüssen die Bestrebungen der Gemeinde MATTERSBURG und verpflichten sich, seitens ihrer Gemeinden innerhalb von 8 Tagen Beschlüsse über das Ausmass der Leistungen für den Aufwand der Hauptstadt bekanntzugeben.

Gderat Kerpel beantragt, dass in eine jede Gemeinde des Bezirkes zu der abzuhaltenden Vollversammlung von der Gemeinde Mattersburg ein Vertreter entsendet werden soll. Es sollen nicht nur die Parteien sonder das ganze Volk versammelt werden, der Betrag der einzelnen Anteilsscheine ist darum so nieder bestimmt, dass sich auch die kleinen Leute an der Aktion beteiligen können. Nach mehrseitigen Meinungen wurde einstimmig beschlossen:

Beschluss:

Eine jede Gemeinde des Bezirkes soll aufgefordert werden, zu bestimmter Zeit eine Vollversammlung abzuhalten, an der auch der Vertreter der Gemeinde MATTERSBURG teilnehmen und die nötigen Aufklärungen geben soll.

V. SITZUNG.

aufgenommen in Mattersburg 8. Mai 1925 in der um 8 Uhr abends abgehaltenen V. Gemeinderatssitzung.

Vizebürgermeister Michel Sieber eröffnet als Vorsitzender die Sitzung, stellt die vorschriftsmässige Einladung fest, konstatiert die Beschlussfähgkeit der Sitzung und ernennt zu Beglaubigern die Herren Michael Sieber und Mathias Strodl, und wird so dann auf die Tagesordnung übergegangen.

Pkt. 94. Stellungnahme in der Hauptstadtfrage.

Gemeinderat Walther berichtet über den Beschluss des Landtages in der Frage des Regierungssitzes, informiert die Anwesenden über die mit Sauerbrunn geplante gemeinsame Stellungnahme gegen die Entscheidung des Landtages und legt die wegen der Stellungnahme verfassten Proteste und Kundgebungen vor, und fordert die Gemeinde auf, kein Opfer zu scheuen und alle Mittel anzuwenden dass die Entscheidung das Eisenstadt der Sitz der Regierung werde, durch den Bund aufgehoben werde. Dr. Alois Flatscher berichtet über das Recht des Bundes wegen Aufhebung der Entscheidung des Landtages und schildert die Gefahren wenn Eisenstadt Hauptstadt wird. Andreas Ramberger gibt seiner Befürchtung Ausdruck, dass wenn Sauerbrunn Hauptstadt wird, alle in Mattersburg befindlichen Ämter nach Sauerbrunn verlegt werden könnten. Nach Aufklärung durch Dr. Flatscher berichtet Gderat Langecker, dass für Propaganda wegen der Stellungnahme 3200 S präliminiert wurden und beantragt, dass die Gemeinde 1/3 Tei1 der Kosten übernehmen solle. Redner legt den Gemeinderat diese Angelegenheit zu Herzen, und wenn auch nicht Mattersburg als Hauptstadt in Betracht kommt, so ist es trotzdem ein grosser wirtschaftlicher und kultureller Nutzen wenn die Hauptstadt in der Nähe des Ortes und zwar in Sauerbrunn errichtet würde.

Gderat Kerpel spricht sich gegen das Verhalten des Landtages aus, da dass Projekt Mattersburg im Landtage gar nicht zur Sprache kam, bespricht die eigenartige Vorgangsweise des Landtages und beantragt, dass im Interesse Sauerbrunns Propaganda gemacht werde.

Gderat Suchard gibt Aufschluss warum für Mattersburg im Landtage kein Antrag gestellt wurde, und bespricht weiter, dass die Gemeinde alle Gelegenheiten und Mitteln anwenden soll, dass Mattersburg endlich das Bild einer Stadt bekommt, und zwar durch Herrichtung einer Kanalisierung und der Strassen, der Häuserbau soll mit allen Mitteln gefördert werden und sollen Baugründe schon im vorhinein geschafft werden.

Beschluss:

Auf Antrag des Gemeinderates Langecker wird einstimmig beschlosssen, dass die Gemeinde bereit ist, von den präliminierten Propagandakosten / S 3200 / den 1/3 Teil zu leisten.

Der Arbeit **Burgenländische** eine Wehr!

Freiheit

Sozialdemokratisches Landesorgan

Versandgebühr bar bezahlt

Redaktion und Annahme von Bestellungen: Sauerbrunn, Schulgasse 130 Telephon 17
Administration: Druckerei „Gutenberg", Wr.-Neustadt, Wienerstr. 66
Aufnahme von Inseraten durch unsere Inseratenvertretung Robert Wurz, Wien VI, Barnabiteng. 4 Telephon 53-10 int.
Einzelnummer g 12

Sauerbrunn, am 8. Mai 1925 — 5. Jahrgang

Eisenstadt - Sitz der Landesregierung.

Vier Abstimmungen im Landtag waren ergebnislos über die Frage, wo die Landesregierung ihren endgültigen Sitz haben soll; erst die fünfte entschied für Eisenstadt. Endlose Parteienverhandlungen, Beratungen, Beschlüsse, Probeabstimmungen innerhalb der Klubs, Bezirkskonferenzen mit Weisungen an die Angeordneten, Propaganda durch Werbeversammlungen, Agitation von Mann zu Mann, das Aufgebot der Wiener Presse: dies alles, dazu noch mit größter Leidenschaftlichkeit betrieben, ließen befürchten, daß der Landtag nicht imstande sein wird, diese hochwichtige Frage selbst zu lösen, sondern die Bevölkerung zur Entscheidung wird aufrufen müssen. Wer kann absehen, was entstanden wäre, wenn das Fieber, das bis nun lokalisiert war, auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Interessenten, hinausgetragen worden wäre ins Volk, um dort dann durch Künste der Agitation eine ruhige, vernünftige Frage, wo im Interesse des ganzen Landes die Landesregierung hinkommen soll, unmöglich zu machen? Es ist im Interesse der Ruhe unseres Landes zu begrüßen, daß die Entscheidung nun doch durch den Landtag gefallen ist. Eine Zweidrittelmehrheit des Landtages hat für Eisenstadt gestimmt. Die feierlichste Form, in der sich der Wille der souveränen Volksvertretung äußern kann, ein Verfassungsgesetz spricht es aus, daß Eisenstadt der endgültige Sitz der Landesregierung und des Landtages zu sein hat.

Damit ist der Kampf zu Ende. Der Landtag hat gesprochen, seinen Willen hat die Minderheit zur Kenntnis zu nehmen, wie das die Gesetze einer jeden Demokratie gebieten. Jeder Versuch, nachträglich das Ergebnis umzuwerfen, oder seine Durchführung zu verzögern, wäre eine Auflehnung gegen den Geist der Demokratie und ein Verrat am Lande. Uns Sozialdemokraten würde so ein Versuch in geschlossener Front auf den Plan rufen, um die Souveränität des Landtages zu verteidigen. Denn wir sind demokratisch genug, um innerhalb unserer Reihen vor der Entscheidung einer jeden Meinung den breitesten Raum zur Aeußerung zu gewähren. Wir sind aber auch diszipliniert und einheitlich genug, um nach der Entscheidung wie ein Mann hinter einem Beschlusse zu stehen, auch die, welche anderer Meinung sind. Diese disziplinierte Einheitlichkeit unter allen Umständen unterscheidet uns von den Christlichsozialen, die durch die Hauptstadtfrage in zwei sich gehässig bekämpfenden Gruppen zerfallen, einer Parteikrise entgegentaumeln, die ihre Aktionsfähigkeit vernichten wird.

Nun, alle Kräfte angespannt, um den Beschluß in die Wirklichkeit umzusetzen! Nicht leicht war es, im Landtage zu beschließen, daß Eisenstadt Sitz der Landesregierung werde. Aber noch schwerer wird es sein, Landesregierung und Beamte in Eisenstadt unterzubringen. Die Schwierigkeiten müssen mit vereinten Kräften überwunden werden. Die Stadt Eisenstadt zusammen mit der Landesregierung: sie müssen sofort ans Werk schreiten. Ein jeder der diese Arbeit hemmt, begeht Verrat am Lande.

Der Anfang zur Lösung einer großen Frage ist gemacht. Er hat unsere Genossen hüben und drüben zusammengedrängt mit den Bürgerlichen. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei dieser Frage eine Einheitsfront entstehen mußte, die sich nach der Antwort auf die Frage formierte: Eisenstadt oder Südbahnlinie. Sozialdemokraten mußten in dieser Frage Bürgerlichen, die gleicher Meinung waren, näher stehen, als den eigenen Parteigenossen, die eine andere Lösung wünschten. Unsere Parteidisziplin ist stark genug, um uns zu erlauben, dies auszusprechen. Nun heraus aus der Einheitsfront territorialer Interessengemeinschaft! Laßt auflammen von Neuem unseren Parteigeist! Lasset daß er sich begeistere an unsern großen Zielen, die zwischen uns und die bürgerliche Welt eine unüberbrückbare Kluft aufreißen. Wenn es bis zur Entscheidung noch Eisenstädter und Südbahner gegeben hat ohne Unterschied der politischen Weltanschauung: jetzt darf es nur mehr Sozialdemokraten auf der einen und Bürgerliche auf der anderen Seite geben, ohne Unterschied der Bezirkszugehörigkeit. Die Landesregierung, mitten drinnen im roten Eisenstädter Bezirk, umgeben von den revolutionären Stoßtruppen unserer Organisation: sie wird am rechten Fleck sein, wenn sie einmal in Eisenstadt ist.

Und noch ein anderer Gedanke soll nicht einschlafen, wenn nun in Eisenstadt die ersten Spatenstiche gemacht werden. Der im Herzen eines jeden Burgenländers eingegrabene Gedanke, daß unsere wirkliche Hauptstadt Oedenburg ist und bleiben wird. Der Beschluß Eisenstadt: das ist die Notwendigkeit, die Verwaltung des Burgenlandes dauernd so einzurichten, daß sie mit der Bevölkerung des Landes verwachse. Aber nicht die Lösung der Hauptstadtfrage! Diese wird erst gelöst sein, wenn unter dem Jubel des ganzen Burgenlandes und nicht zuletzt der Eisenstädter, Oedenburg heimfällt ans Burgenland.

Quellenverzeichnis

Literatur

Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Dokumentattion der Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung: Um Freiheit und Brot Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Eisenstadt 1984

Schlag Gerald: Die Arbeiterbewegung im burgenländisch-westungarischen Raum bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

Schlag Gerald: Die Rolle der Burgenländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Regierung und Landtag 1922-1934

Feymann Walter: Schulkampf - Kulturkampf. Der Kampf gegen das konfessionelle Schulwesen.

Burgenland Grenzland im Herzen Europas. Wien 1961

Ernst August: Rückblick auf die historische Entwicklung des Burgenlandes

Probst Franz: Landschaft und Menschen im Burgenland

Sinowatz Fred: Land der Burgen und Schlösser

Hetfleisch Michael: Die burgenländische Wirtschaft / Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten

Burgenländisches Landesarchiv (Hrsg): Burgenland - Vierteljahrshefte für Landeskunde, Heimatschutz und Denkmalpflege. Eisenstadt 1927-1931

Burgenländisches Landesarchiv (Hrsg): Burgenländische Heimatblätter. 8. Jahrg., Heft 1-4

Burgenländische Landesregierung (Hrsg): Landeskunde. Wien 1951

Burgenländische Landesregierung (Hrsg): Burgenland 1945-1965. Eisenstadt 1965

Zimmermann Edmund: Burgenland gestern und heute

Gröller Gottfried: Die Wiedererrichtung des Burgenlandes

Paul Hans: Von der Aufbauarbeit unserer Wirtschaft

Dujmovits Walter: Burgenländer außerhalb des Burgenlandes

Burgenländisches Landesarchiv (Hrsg): 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv. Eisenstadt 1971

Guglia Otto: Die Angliederung des Burgenlandes an Österreich

Lindeck-Pozza Irmtraut: Zur Vorgeschichte des Venediger Protokolls

Dax Wolfgang: Burgenländisches Landesrecht. Grundlagen und Entwicklung

Schlag Gerald: Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921-1934

Mödlagl Otto: Burgenland im Ständestaat

Kriegler Johann: Die politischen Führuntgskräfte des Burgenlandes in der Ersten Republik

Rittsteuer Josef: Die kirchliche Entwicklung des Burgenlandes

Zimmermann Bernhard: Die Protestanten des Burgenlandes in der Bilanz eines halben Jahrhunderts 1921-1971

Vielmetti Nikolaus: Das Schicksal der jüdischen Gemeinden des Burgenlandes

Burgenländische allgemeine Lehrerbund: Burgenländische Lehrer-Zeitung. II.Jahrgang, Folge 1/2 Sauerbrunn 1923

Erhardt Johann (2006): Zwei bedeutsame Jahre für die Liszt-Gemeinde Raiding - 1911: Gründung des Liszt-Museums; 1924: Weihe der Liszt-Gedächtniskirche – Burgenländische Heimatblätter – 68: 129 - 152.

Göhring Walter: Ein starker Partner im Land - 50 Jahre Arbeiterkammer Burgenland. Eisenstadt 1999

Guglia Otto: Das Werden des Burgenlandes. Eisenstadt 1961

Helmer Oskar: 40 Jahre Burgenland - Ein Land wählt die Freiheit. Wien 1961

Hess Michael.: Landeshauptstadt? Leider nein. Die vergeblichen Bemühungen von Sauerbrunn, Mattersburg und Pinkafeld. (Burgenländische Heimatblätter Heft 3&4, 2021)

Hess Michael: „Erfreulich ist es, dass dieser Wahlkampf durchaus in ruhiger und sachlicher Weise geführt wird." Wahlkampf im Burgenland von 1922 bis 1930

Haromy F.F. (Hrsg): Das Burgenlandbuch. Wien 1950

Bauer Johann: Die Landwirtschaft

Wagner Johann: Die gewerbliche Wirtschaft

Schmidt Leopold: Volkskunde

Graupner Ludwig: Burgenländertum in Übersee

Haslinger Peter: Der ungarische Revisionismus und das Burgenland. Wien 1994

Hübner Alexander: Im Burgenland. Zehn Jahre Tagesschriftsteller. Eisenstadt 1931

Kriegler Johann: Politisches Handbuch des Burgenlandes I. Teil, Eisenstadt 1972

Landesverband für Fremdenverkehr im Burgenlande: Das Burgenland - Seine Bäder, Burgen, Sommerfrischen und Ausflugziele. Eisenstadt 1926

Löger Ernst: Heimatkunde des Bezirkes Mattersburg im Burgendland. Herausgegeben von der Lehrerarbeitsgemeinschaft Mattersburg.Wien 1931

Neschwara Christian: Überleitung ungarischen Rechts im österreichischen Burgenlnad nach 1921. Wien 2006

Nowak Hans: Burgenland - ein Heimatbuch für Volks-, Haupts- und Mittelschulen. Wien1950

Österreichisches Pressebüro (Hrsg): 40 Jahre Burgenland. Linz 1961

Paul Hans (Hrsg.): 50 Jahre Stadtgemeinde Mattersburg Festschrift. Mattersburg 1976

Schlag Gerhard (Hrsg.): Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Eisenstadt 1991

Steiner Leopold: Österreichische Monatshefte „Der Fährmann" Sonderheft Burgenland. Wien Juni 1927 4.Jg.

Verein 50 Jahre Wirtschaft (Hrsg.): 50 Jahre Wirtschaft im Burgenland. Eisenstadt 1971

Oswald Franz: Der Anschluss des Burgenlandes an Österreich. Ein schwerer Weg ...
Polt Karl Heinrich: Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.
Wiesler Josef: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Burgenland
Babanitz Franz: Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter
Kracher Michael: Der Aufstieg der Landarbeiter im Burgenland

Volksbildungswerk für das Burgenland: 25 Jahre Burgenland. Wien 1946

Posch Karl: Verfassung und Verwaltung
Hassinger: Landesforschung
Homma J.K.: Das Landesarchiv
Pittioni: Das Burgenländische Landesmuseum
Frisch: Die Entwicklung des Pflichtschulwesens im Burgenland 1921-1946
Nowak: Die Entwicklung des Mittel- und Fachschulwesens
Dechant: Volksbildungsarbeit im Burgenland
Lentsch: Die Entfaltung des burgenländischen Schrifttums
Gradwohl: Musikpflege im Burgenland
Mally: Burgenlands Malerei
Bauer: Die Landwirtschaft
Mad: 25 Jahre burrgenländische Landwirtschaft
Fux: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen im Burgenland
Wagner: Handel, Gewerbe und Industrie im Burgenland
Braun: Das Gesundheitswesen und die sanitären Einrichtungen

Volksbildungswerk für das Burgenland: Mein Heimatvolk-mein Heimatland. Ein Volksbuch für das Burgenland. Eisenstadt 1951

Homma: Das Landeswappen
Jahre des Aufstiegs: Pressestimmen

Volksbildungswerk für das Burgenland: Eisenstadt 300 Jahre Freistadt - Sonderheft der Burgenländischen Heimatblätter. Wien 1948

www.Atlas-Burgenland.at

Zimmermann Edmund: Im Spiegel der Zeit 1921-1971. 50 Jahre im Leben und Wirken der Landeshauptleute des Burgenlandes. Eisenstadt 1971

Foto

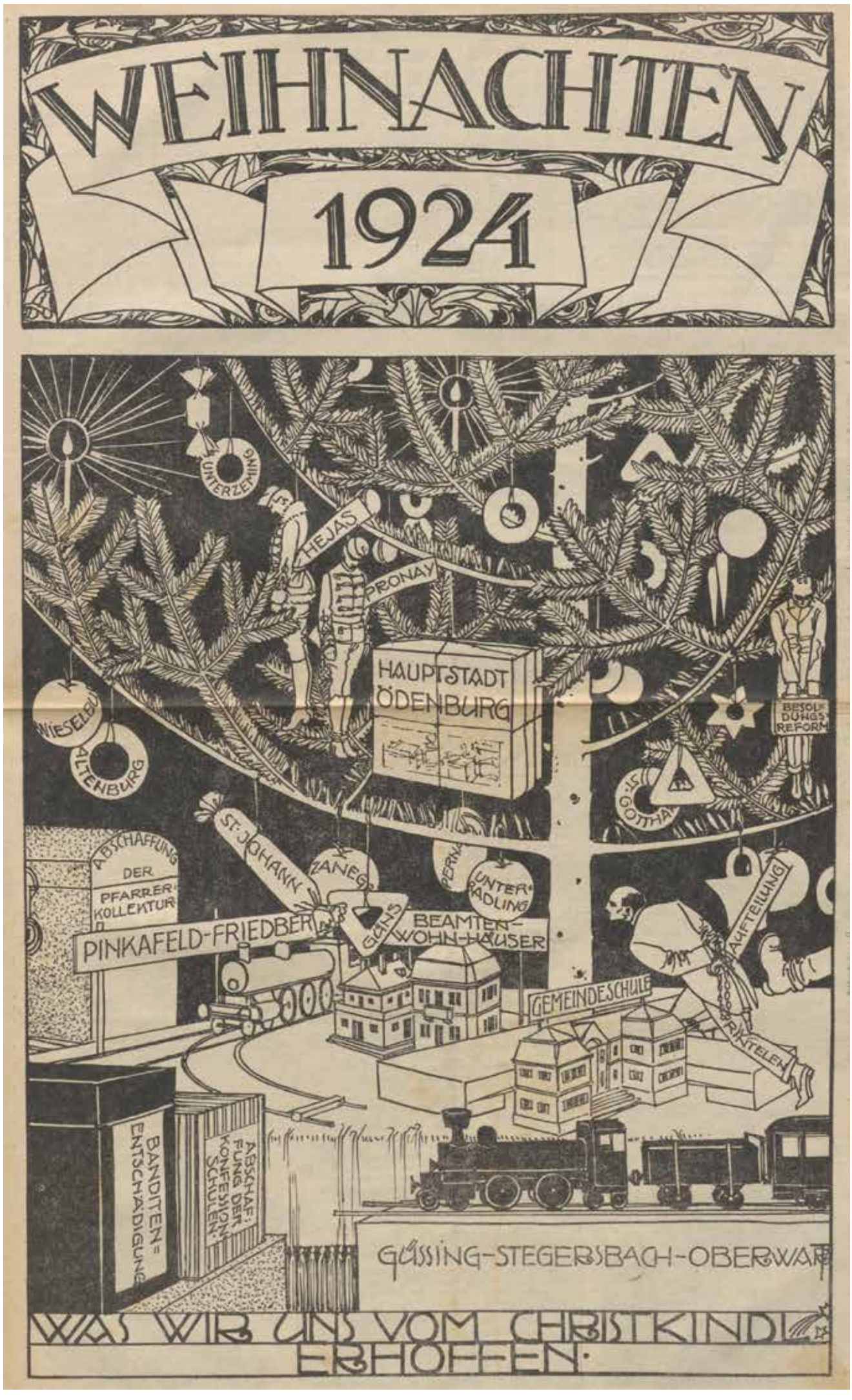
Archiv 70er Haus der Geschichten

Archiv Wolfgang Steiger

Lokalbahn Friedberg Von Einer flog zu Weit - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4520791

Pinkatalbahn (Von Thomas0829 - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=38773247)

Szombathely (Von Pan Peter - Saját kép, Gemeinfrei, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=8907094)


WEIHNACHTEN
1924
UNTERZEILING
HEJAS
PRONAY
HAUPTSTADT ÖDENBURG
BESOLDUNGS-REFORM
WIESELBURG
ALTENBURG
ST. GOTTHARD
ST. JOHANN
ZANEGG
PERNEGG
UNTER-RADLING
ABSCHAFFUNG DER PFARRER-KOLLEKTUR
PINKAFELD-FRIEDBERG
GÜNS
BEAMTEN-WOHN-HÄUSER
AUFTEILUNG
GEMEINDESCHULE
RIEGELEN
BANDITEN-ENTSCHÄDIGUNG
ABSCHAFFUNG DER KONFESSIONS-SCHULEN
GÜSSING-STEGERSBACH-OBERWART
WAS WIR UNS VOM CHRISTKINDL ERHOFFEN.